

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Januar 2002  
bis September 2004**

**NWO-Sonderheft Nr. 104**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von Januar 2002 bis September 2004**

**NWO-Sonderheft Nr. 104**

**Terror der Antichristen vom 01.01.2002-30.09.2004**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 2002 bis September 2004	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 2002 bis September 2004**

Das Leben gibt's gratis, der Rest ist käuflich. *Spottvers der 68er Bewegung*

**2002**

Das Euro-Bargeld wurde am 1. Januar 2002 in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 5. Januar 2002 (x887/...): >>**Was ist ein Defekt am "Interface"?**

Vom löblichen Versuch, die deutsche Sprache zu erhalten und sie unserem Zeitalter anzupassen

Die Mark ist weg, der EURO ist da. Er kam auf Englisch, im "Starter-Kit", und wurde in deutschsprachigen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern als "our new money" begrüßt. Geht es der deutschen Sprache bald genauso wie der Mark, ist sie auch bald Vergangenheit? Dies zu verhindern war erklärter Zweck der Verleihung des Jacob-Grimm-Preises an den Schriftsteller Rolf Hochhuth ... Wilfried Böhm, Autor des Beitrags "Von Grimm bis Hochhuth", trägt nachfolgend wesentliche Passagen aus den Reden bei der Preisverleihung zusammen:

... "Rolf Hochhuth (ist) in Rede und Schrift nicht müde geworden, kompromißlos für die deutsche Sprache zu streiten", sagte der Tübinger Literaturwissenschaftler und Publizist Gert Ueding in seiner Laudatio für Hochhuth. Um ihren Bestand sei diesem "am meisten angst", wie der Dramatiker selbst einmal bekannt habe. "Im Sprachimperialismus des Englischen sieht Hochhuth ... denn auch weit mehr als eine bloße Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs". Sprache sei Politik, habe Hochhuth unmißverständlich festgehalten.

Ueding zitierte dessen Credo: "Gegen die weltweit marschierende Globalisierung gibt es keine eindringlichere Warnung als die babylonische Sprachvielfalt: Wir Menschen sollten nicht zur Vereinigung aller kommen wollen, zum Einheitsstaat, zur Universalsprache. Es geht um diese Ein-Reich-ein-Slang-Schwärmerei, die unserer Epoche ... das Hirn lähmt."

Ueding beklagt: "Noch nie haben Journalisten so schludrig geschrieben, haben Politiker seichter und ungeschliffener geredet, ist unsere Sprache an deutschen Schulen mehr vernachlässigt worden als heute."

Hochhuths Wirken hingegen sei von dialogischer und rednerischer Prägung. "Der entschlos-

sene Griff in die Zeit, die aktuelle Stellungnahme, der kämpferische Ton sind (Hochhuths) Dramen und Essays und vielen seiner Erzählungen und Gedichte eigen, machen sie zu erratischen Stolpersteinen unseres glattfrisierten kulturellen Lebens. Mit seinem unerschrockenen, konsequenten Engagement zeigt sich ein kämpferischer Aufklärer von großem Format."

Walter Krämer (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Vereins Deutsche Sprache): "Wer keine Sätze bauen kann, kann bald keine Autos mehr bauen."

Der Institutionenpreis Deutsche Sprache sei ausgelobt "für Einrichtungen und Firmen, die sich im Alltag von Wirtschaft, Politik oder Verwaltung um ein klares und verständliches Deutsch bemühen und gezeigt haben, daß man deutsche Sprache auch dort flexibel, klar und ohne Verrenkungen verwenden kann", erklärte der Vorsitzende des Vereins Deutsche Sprache e.V. Walter Krämer in seiner Laudatio auf die Fachzeitschrift "Computer Bild", erste Trägerin dieses Preises.

Einen Satz wie "In der Pipeline ist das upgrade eines Kalibrationskits für proofscreen Monitore und als highlight eine digitizer für CAD-application", wie in anderen Computer-Fachzeitschriften, finde man in Computer-Bild nicht. Man empfinde es beim Blick auf das Angebot in diesem Bereich fast schon eine Erlösung, auf eine Zeitschrift zu stoßen, wo der Drucker kein Printer sei, wo es Schnittstellen und keine Interfaces gebe und Spiele Spiele heißen und nicht games, wo headsets zu Kopfhörern und Pixel zu Bildpunkten werden."

"Computer Bild" verzichte auf das lächerliche Imponiergehabe seiner Konkurrenz, das vor allem dazu diene, sich selbst auf ein hohes Roß zu setzen und die Leser einzuschüchtern.

Krämer zitierte Professor Joseph Weizenbaum von der Harvard-Universität, einen der weltweit angesehensten EDV-Experten, der heute wieder in Berlin lebt, von wo er in den dreißiger Jahren nach Amerika geflohen war. Weizenbaum beklagte die Vermanschung des Deutschen mit dem Englischen, die gefährlich sei, weil darin einer der Gründe für den relativen Rückstand der deutschen gegenüber der US-Computerwirtschaft liege. Weizenbaum: "Jeder Mensch denkt in seiner eigenen Sprache mit den ihr eigenen Nuancen. Die Sucht vieler Deutscher nach englischen Brocken erzeugt dagegen Spracharmut, Sprachgulasch. Ideen können so nicht entstehen."

Krämer stellte fest: "Sprache ist ein Produktionsfaktor, und diesen Faktor optimal zu nutzen, gelingt den meisten Menschen nur in ihrer Muttersprache." Wer keine Sätze bauen kann, der könne auch bald keine Autos mehr bauen. "50 Milliarden Mark habe die Daimler-Chrysler seit der Einführung von Englisch als Konzernsprache "in den Sand gesetzt". Krämer warnte vor der Sprache BSE (Bad Simple English). Sein Zeuge: Wendelin Wiedeking, der Vorstandsvorsitzende der Porsche AG: "Wenn Englisch oder Französisch die Konzernsprache ist, benachteiligt man automatisch alle, für die dies nicht die Muttersprache ist." Deshalb redeten die Ingenieure bei Porsche weiter Deutsch ...

Krämer schloß, "Computer Bild" werde geehrt, weil sie sich um die deutsche Sprache und um unser Sozialprodukt verdient gemacht habe.

Harald Kuppek (Chefredakteur der Zeitschrift "Computer Bild"): "Verantwortungsvoller Umgang mit Fremdwörtern"

"Wir sehen es als unsere Aufgabe an, englische Fachausdrücke einzudeutschen, aber nur, wenn es wirklich Sinn macht." Mit diesen Worten beschrieb Chefredakteur Harald Kuppek in seiner Dankesrede die Aufgabe, die sich "Computer Bild" gestellt habe. Durch allzu viele englische Fachausdrücke würden sowohl sehr junge als auch ältere Leser ausgegrenzt, aber auch viele Bundesbürger aus den neuen Ländern, die in ihrer Schulzeit keinen Englischunterricht hatten.

Deutsch-englische Wortphrasenadditionen führten unweigerlich zu einem Kauderwelsch. Wer es gebrauchte und sich obendrein geschäftig gebe, versuche mit sprachlichen Verrenkungen "kompetent und wichtig" zu erscheinen. Wenn seine Zeitschrift Fremdwörter gebrauchte, wür-

den sie sofort erklärt. "Geht es um E-Mails, bezeichnen wir diese im folgenden Nebensatz als "Elektronische Post" und das Internet erhält den Zusatz "Weltweites Datennetz". Für englische Fremdwörter, an denen man nicht vorbeikommt, würde die korrekte phonetische Aussprache mitgeliefert. Die Leser sollten sich in der verwirrenden Computerwelt besser zurechtfinden. Denn das Wichtigste für uns ist, so zu schreiben, daß der Leser uns versteht."

Stolz berichtete Kuppek, daß dieses Bemühen um sprachliche Einfachheit ein wesentlicher Erfolgsfaktor sei. Seine Zeitung sei Europas größte Computerzeitschrift und verkaufe an deutschen Kiosken deutlich mehr Exemplare als Stern, Spiegel oder Focus. Der "Kulturpreis deutsche Sprache" mache die Redaktion stolz und "motiviert uns für unser tägliches Tun".<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 12. Januar 2002 (x887/...): >>"Es grenzt an eine Lüge"

Interview: Auch der renommierte US-Historiker *Alfred de Zayas* übt harsche Kritik an der neuen Reemtsma-Ausstellung

*(DLF-Magazin): Herr Professor de Zayas, wie erklären Sie sich die jahrelange Akzeptanz der Reemtsma-Ausstellung in den 90er Jahren, der doch zum Beispiel Altbundespräsident Richard von Weizsäcker frühzeitig vorwarf, ein Pauschalurteil gefällt zu haben, das historisch, moralisch und menschlich nicht aufrechtzuerhalten sei?*

**Zayas:** Ich wundere mich auch, aber der Zeitgeist in Deutschland bringt halt merkwürdige Blüten hervor. Sie werden sich erinnern, nicht nur Richard von Weizsäcker, sondern auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt war sehr kritisch, und eine ganze Reihe Wissenschaftler. Bemerkenswert ist ja, daß seriöse Historiker die fundamentalen methodologischen Fehler bereits im Jahre '96 identifiziert hatten. Ich brauche bloß auf die Bilder hinzuweisen, die vermeintliche Opfer der Wehrmacht zeigten und in Wirklichkeit NKWD-Opfer darstellten. Und darauf haben mehrere Historiker schon 1996 und 1997 hingewiesen. ... Erst als nach über vier Jahren der polnische Historiker Bogdan Musial und sein ungarischer Kollege Kristian Ungváry in wissenschaftlichen Beiträgen diverse Fehler und unrichtige Legendierungen dokumentierten, wurde diese unseriöse Tendenzschau endlich zurückgezogen.

*(DLF-Magazin): Wenn wir jetzt uns von der alten Wehrmachtsausstellung Nr. eins einmal der ... neu eröffneten Wehrmachtsausstellung Nr. zwei zuwenden: Von welchem wissenschaftlichen Ethos und von welchem Erkenntnisinteresse müßte Ihrer Ansicht nach eine Ausstellung über das Verhalten der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion der Jahre '41 bis '45 ausgehen?*

**Zayas:** Die Konzeption müßte allumfassend und, ich möchte sagen, interdisziplinär sein. Es geht - freilich nicht nur - um Militärgeschichte, um Gefechtsstrategien oder Taktiken oder Schlachtenforschung. Es geht vielmehr um den politischen Zusammenhang und vor allem um die juristische, völkerrechtliche Einordnung.

Man muß begreifen, daß viele Tötungen im Kriege grausam und ganz entsetzlich sind, aber sie ereignen sich nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts. Und das ist ein Aspekt der damaligen Ausstellung, die besonders unvollständig und mangelhaft war. Nämlich die richtige Zuordnung: sind die gezeigten Greuel Kriegsverbrechen, oder sind sie - leider - legalisierte Barbarei, aber innerhalb des Kriegsrechts?

Darüber hinaus ist es notwendig, das Gesamtbild, den Kontext zu zeigen, vor allem für die Besucher, die den Kontext nicht kennen. Es ist beispielsweise absolut unerlässlich, daß der Besucher auch weiß, was die Kriegführung seitens der Jugoslawen, seitens der Tito-Partisanen, was die ukrainischen und sowjetischen Partisanen, also was die Rote Armee an Verhalten gegenüber der Haager Landkriegsordnung gezeigt hat, gegenüber der Genfer Konvention, gegenüber dem Schutz der Kriegsgefangenen und so weiter.

*(DLF-Magazin): Wie hat sie sich verhalten, Herr Professor?*

**Zayas:** Wie Sie wissen, hat dies die Wehrmachtuntersuchungsstelle für Verletzungen des

Völkerrechts in richterlichen Ermittlungen und eidesstattlichen Zeugnissen minutiös festgehalten. Darüber sind im Koblenzer Bundesarchiv und im Militärarchiv Freiburg laufende sieben Meter Akten erhalten. Und zwar auch über alliierte Kriegsverbrechen, wovon vielleicht drei Viertel auf den deutsch-sowjetischen Krieg entfallen. Da finden Sie Akten über Kriegsverbrechen aller Art, und zwar vom allerersten Tag des Angriffes auf die Sowjetunion an. Seit Juni 1941 gibt es Beweise für die Erschießung und leider auch für die Verstümmelung von deutschen Kriegsgefangenen in sehr, sehr hohen Zahlen.

*(DLF-Magazin): Sie meinen also, daß dieser Aspekt der Kriegsverbrechen seitens des sowjetischen Konfliktpartners auch mit dokumentiert werden müßte in einer solchen Ausstellung?*

**Zayas:** Das finde ich unerlässlich, das schuldet der Veranstalter einer Ausstellung seinen Besuchern. Die Besucher müssen diesen Kontext auch kennen, denn ansonsten kann man Ursache und Folge nicht verstehen. Die Barbarei dieses deutsch-sowjetischen Krieges ist nur dann wirklich vorstellbar, wenn man das Gesamtbild kennt. Aber es gab noch andere Mängel der ersten Wehrmachts-Ausstellung. Manche Kapitel sind z.B. total ausgespart, wie die Wehrmachtgerichtsbarkeit zum Schutze - und ich unterstreiche das - zum Schutze der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten. ...

Zum Verständnis der Wehrmacht muß man auch das Agieren der Rechtsabteilung der Wehrmacht einbeziehen. Man muß auch sehen, inwiefern in der deutschen Armee Disziplin gehalten worden ist oder nicht. D.h. konkret muß der Frage nachgegangen werden, inwiefern Ausschreitungen deutscher Soldaten, Wehrmachtsoldaten, sei es durch Vergewaltigung, sei es durch Plünderung, sei es durch Mißhandlung von Zivilisten, ... inwiefern also diese deutschen Soldaten bestraft worden sind. Des weiteren: wie scharf sind die Strafen gewesen? Das wäre eine ... ganz wichtige Aufgabe für deutsche Historiker, ... um zu einem einigermaßen realistischen Gesamtbild zu kommen.

*(DLF-Magazin): Wie würden Sie zusammenfassend das Agieren der deutschen Militärgerichtsbarkeit charakterisieren?*

**Zayas:** Auf sämtlichen Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges sind Fälle von deutschen Soldaten, die geplündert und getötet haben, dokumentiert und ebenso die dazugehörigen Feldurteile - fast alles ist in den Akten erhalten. Man müßte nur hineinschauen und Quellenstudium betreiben.

*(DLF-Magazin): Galt diese Kriegsgerichtsbarkeit auch bei Übergriffen gegen die jüdische Zivilbevölkerung in der Sowjetunion?*

**Zayas:** Es gibt solche Beispiele. Interessant wäre es allerdings, sie zu quantifizieren. Aber es gibt eine Reihe Beispiele in den Akten der Wehrmachts-Rechtsabteilung, wo Feldurteile von ordentlichen Wehrmachtsgerichten gefällt worden sind, mit Todesurteil oder sehr hoher Zuchthausstrafe, die verhängt worden sind, weil Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung begangen worden sind. Sie werden das vielleicht als schizophoren betrachten, ist aber so, und die Akten sind da, frei für jeden, sie auszuwerten, wenn man nur will!

*(DLF-Magazin): Wenn Sie Ihren, offensichtlich breiter angelegten, wissenschaftlichen Ansatz realisieren, handeln Sie sich wahrscheinlich von Kritikern den Vorwurf ein, Sie relativierten die singulären NS-Verbrechen. Beeindruckt Sie das?*

**Zayas:** Keinesfalls! Ich finde, es ist unsere Aufgabe als Historiker, das Gesamtbild darzulegen. Es geht in keiner Weise darum, irgendein Verbrechen zu banalisieren oder gar zu relativieren. Es geht vielmehr darum, Geschichte zu verstehen und ich finde, eine Geschichtsschreibung, die nur einen Teil des Geschehens beleuchtet, grenzt an eine Lüge.

(Alfred de Zayas ist amerikanischer Historiker und Völkerrechtler. Mit dem Harvard-Absolventen sprach Bernd Kallina für die Deutschlandfunk-Sendung "DLF-Magazin". Wir bringen das Hörfunk-Interview leicht gekürzt).<<

Der Euro wurde 28.02.2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaa-

ten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik  
Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen.

#### **Probleme kommen vom Festland**

Nach Thatchers Meinung nützt die EU Großbritannien nur bedingt: "Die unverblümete Wahrheit ist, daß der Rest der Europäischen Union uns mehr braucht, als wir sie brauchen." Deshalb sollte eine konservative Regierung die britische Rolle in Europa neu verhandeln. Gäbe es mehr britische Alleingänge, dann könne die Insel eine Weltmacht bleiben. Geht es nach Thatcher, dann sollte Großbritannien mit der EU kooperieren, aber auch die eigenen Interessen verteidigen und verfolgen.

Die größten weltpolitischen Probleme, die sie erlebt hat, seien vom europäischen Festland ausgegangen, schreibt Thatcher weiter in ihrem Buch. Ihre Beispiele: Marxismus und Nationalsozialismus. Die Lösung dieser Probleme hingegen sei nicht von dort gekommen.

Ob Thatchers Ideen im Falle eines Regierungswechsels in Großbritannien umgesetzt werden, ist unsicher. Die Tories sind zurzeit etwas europafreundlicher als früher und arbeiten an ihrer Modernisierung. Einigen Mitgliedern eines konservativen Schattenkabinetts wird allerdings nachgesagt, sie würden mit Thatchers Ideen übereinstimmen. Der konservative Spitzenmann Duncan Smith schrieb zu der Debatte, daß Großbritannien nur mit dem britischen Pfund seine Politik selbst kontrollieren könne: "Ich werde es niemals erlauben, daß die EU-Mitgliedschaft bedeutet, daß Großbritannien die Kontrolle über sein Schicksal verliert. Solange ich die Konservativen führe, werde ich immer für den Erhalt des Pfundes kämpfen."<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 23. März 2002 über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>Moskaus gescheiterter Störversuch

Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz darüber vorschläge.

Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:

"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjet-

union ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."

Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".

Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".

Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:

"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."

Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland 1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.

Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung.

Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.

Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.

Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vorausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952, übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.

Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich ge-

rade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.

Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.

Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.

Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitstreiter für ein vereinigtes Europa hatte.

Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.

All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des Westens" warnten.

Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "... Nur eines muß gesagt werden: Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."

Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze

zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."

Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.

1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.

Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.

Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.

Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich. Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".

Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.

Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952 dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."

Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu

erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."

Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."

Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.

Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library') in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.

Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."

Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:

"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Horden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschlossenheit abgehalten werden."

Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei "der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".

Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und

deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".

In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.

Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.

Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".

Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei, "deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.

Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungsschicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. April 2002 (x887/...): >>**Ge-  
burtstag: 50 Jahre Baden-Württemberg**

Am 25. April 1952 wurde Deutschlands Südwesten zu einem Bundesland vereinigt

Wie bei so vielem in der Bundesrepublik Deutschland sind auch beim Bundesland Baden-Württemberg die Wurzeln in der Politik der Besatzungsmächte zu suchen. So wie die West-Ost-Teilung des Territoriums der heutigen Bundesrepublik in die Westzonen einerseits und die Sowjetische Besatzungszone auf der anderen Seite die traditionelle deutsche Nord-Süd-Teilung entlang des "Weißwurstäquators" in den (preußisch dominierten) Norden und den (österreichisch dominierten) Süden überlagerte, ließ auch die Aufteilung Südwestdeutschlands in den US-amerikanisch besetzten Norden und den französisch besetzten Süden die traditionelle West-Ost-Teilung dieses Raumes in das westliche Baden und das östliche Württemberg in den Hintergrund treten.

Ursprünglich hatten die US-Amerikaner den gesamten deutschen Südwesten sowohl besetzen als auch verwalten und in ihrer Besatzungspolitik die traditionelle Teilung in Baden und Württemberg berücksichtigen wollen. So war beispielsweise der US-Oberst William Dawson, der spätere Verwalter des US-amerikanisch besetzten Nordteils Südwestdeutschlands, in seiner Heimat und in England ab dem Jahre 1942 systematisch auf die Verwaltung ausschließlich Badens vorbereitet worden. Frankreichs erfolgreiches Streben nach einer eigenen Besatzungszone machte jedoch einen Strich durch die Rechnung.

Wenn man nun schon der Grande Nation einen Teil der Beute abgeben mußte, sollte es wenigstens ein Teil sein, dessen Verlust nicht allzusehr schmerzte, und so erhielt Deutschlands Nachbar im Westen den jeweils schwächer industrialisierten Süden von Baden und von Württemberg. Der stärker industrialisierte Norden mit dem verkehrstechnisch wertvollen Autobahnstück zwischen Karlsruhe und Ulm fiel in US-amerikanische Hand. Da den Amerikanern

an einer effektiven Nutzung ihrer Besatzungsgebiete gelegen war, schlossen sie die in ihrem Machtgebiet liegenden Nordteile von Baden und Württemberg zu einem Land namens "Württemberg-Baden" zusammen.

Die Franzosen dachten historischer. Entsprechend dem Motto "divide et impera" ("teile und herrsche") verfolgten sie ihre traditionelle Politik, die Kleinstaaterei jenseits ihrer Grenze zu Deutschland zu fördern. Die einzige Veränderung, die sie vornahmen, war, daß sie das durch die Auflösung Preußens herrenlos werdende Hohenzollern mit ihrem Teil Württembergs zum Land Württemberg-Hohenzollern verbanden. Der Name "Baden" wiederum, den der von den Franzosen verwaltete südliche Teil des ehemaligen Großherzogtums und Freistaates erhielt, zeugte von dem Ziel, das gesamte Land in ihre Verfügungsgewalt zu bringen und damit die gesamte deutsch-französische Grenzregion zu beherrschen.

Im Gegensatz zu den wohlhabenden Vereinigten Staaten beutete die Französische Republik ihre Besatzungszone in einer Weise aus, die stellenweise sowjetische Ausmaße annahm. Die französischen Besatzer lebten aus dem Land. Sie zwangen die Bauern zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, holzten ganze Wälder ab, demontierten in großem Umfang Industrieanlagen und entnahmen Güter aus der laufenden Produktion. Traditionell schon ärmer und dann auch noch durch die französische Besatzung zusätzlich geschlagen drängte sowohl der Süden Badens als auch jener Württembergs nach einer Vereinigung mit dem jeweils reicheren Nordteil.

Der Wunsch der Südbadener wurde von ihren Landsleuten im Norden jedoch nicht geteilt. Zu sehr schreckte die Vorstellung, bei einer Wiedervereinigung des Landes unter französische Besatzung zu geraten. Welche große Bedeutung dieses Argument hatte, zeigen die privaten Notizen des badischen Landesbezirkspräsidenten Heinrich Köhler. Im Sommer 1948 schrieb der einstmalige Verfechter einer badischen Wiedervereinigung unter der Überschrift "Mein Umfall": "Mir wie Schuppen von den Augen! Baden Figur in Rheinpolitik der Franzosen. Ganz Baden als französisches Protektorat und Grundlage für Marsch entlang den Rhein."

Wenige Monate später notierte der Christdemokrat: "Bestreben der Franzosen auf ganz Baden - an Württemberg kein Interesse - und darüber hinaus alte Rhein-Bund-Politik. Folgen, hingesehen auf Erfahrungen Südbaden, verheerend. Partei wäre in Nordbaden erledigt. Rettung nur durch Anschluß an größeren Verband, der widerstandsfähiger als kleinste und kleine Länder. - Ist das Verrat? Nein, Rettung des Volkes."

Wie Köhler bereits feststellte, hatte Frankreich an Württemberg kein Interesse, und so ließen sich die Nordschwaben im Gegensatz zu den Nordbadenern ganz von ihrem Gefühl der Verbundenheit mit ihren Landsleuten im Süden leiten. Es läßt sich also grob konstatieren, daß Südbaden die badische Wiedervereinigung wünschte, während Nordbaden die Verbindung mit Württemberg wollte, das seinerseits mit seinen beiden Teilen seine eigene Wiedervereinigung erstrebte und dem nordbadischen Wunsche nach einem gemeinsamen baden-württembergischen Staate wohlwollend gegenüberstand.

Angesichts der geschilderten Ausgangssituation schien der baden-württembergische Gesamtstaat nur eine Frage der Zeit zu sein. Am 24. August wurde in Karlsruhe ein Staatsvertrag zwischen den drei Ländern des deutschen Südwestens vereinbart. Der christdemokratische Staatspräsident (Süd-)Badens, Leo Wohleb, verweigerte jedoch die für den Vertragsabschluß nötige Unterschrift. Die Frage, welche Rolle die französische Besatzungsmacht bei der Weigerung des (süd-)badischen Staatsoberhauptes spielte, ist leider bisher ungeklärt. Die Vierte Republik hatte natürlich kein Interesse an einem durch die Vereinigung mit Württemberg vor ihrem Zugriff geschützten Baden.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Dort heißt es in Artikel 118: "Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann ... durch Vereinbarung der

beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß."

Da der Versuch einer "Vereinbarung der beteiligten Länder" an der fehlenden Unterschrift des (süd-)badischen Staatschefs gescheitert war, wurde seitens der Befürworter des Südweststaates nun versucht, über die Bundesgesetzgebung die erwünschte Neugliederung zu erreichen. Zur Jahreswende von 1950 zu 1951 brachten die Bundestagsabgeordneten Kurt-Georg Kiesinger und Karl Gengler einen entsprechenden Gesetzentwurf ein.

Der Entwurf sah als Abstimmungsverfahren den sogenannten Vier-Bezirke-Modus vor. Das heißt, daß in den vier Bezirken Nordbaden, Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden einzeln abgestimmt und eine Mehrheit in mindestens drei der vier Abstimmungsbezirke als positives Gesamtvotum gewertet werden sollte.

Diese Gesetzesvorlage fand bei der im April 1951 stattfindenden Abstimmung im Bundestag eine breite Mehrheit. Da ein solches Gesetz angesichts der geschilderten Konstellation in Nordbaden sowie Württemberg einen Südweststaat erwarten ließ, rief Wohleb das Bundesverfassungsgericht an. Dieses lehnte die badische Klage jedoch am 23. Oktober 1951 ab, und so kam es noch im selben Jahr, nämlich am 9. Dezember 1951, zu der im Gesetz vorgesehenen Abstimmung.

Von den Abstimmungsteilnehmern votierten für den Zusammenschluß 93,5 Prozent in Nordwürttemberg, 91,4 Prozent in Südwürttemberg-Hohenzollern und 57,1 Prozent in Nordbaden. Damit war trotz der 62,2 Prozent in Südbaden für die Wiederherstellung der alten Länder die Entscheidung für Baden-Württemberg gefallen.

Ein Vierteljahr später wurde seine Verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Selbige wählte auf ihrer konstituierenden Sitzung vom 25. April 1952 den langjährigen Regierungschef Württemberg-Badens, Reinhold Maier, zum ersten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs.

Frisch gewählt holte der Freidemokrat seine Taschenuhr aus der Westentasche und verkündete vom Rednerpult der Versammlung:

"Meine sehr verehrten Abgeordneten. Gemäß Paragraph 14, Absatz 2, Satz 2 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, den 25. April 1952, zwölf Uhr 30 Minuten festgestellt.

Mit dieser Erklärung sind gemäß Paragraph 11 des zweiten Neugliederungsgesetzes die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt. Meine Frauen und Männer! Gott schütze das neue Bundesland."

Das Große Landeswappen: Im goldenen Schild lebt das Wappen des staufischen Herzogtums Schwaben fort. Es zeigt drei schreitende schwarze Löwen mit roten Zungen. Der goldene Schild wird von einem Hirsch und von dem Fabeltier Greif gestützt, die für Württemberg und Baden stehen.<<

Der deutsche Konzernchef Arend Oetker, Ex-Vorstand der Atlantik Brücke, berichtete am 17. Mai 2002 in der Berliner Zeitung (x357/9): >>"Die USA wird von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben."<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Juni 2002 (x887/...): >>**Gedanken zur Zeit: Vertreibung aus dem Geschichtsbuch**

Rüdiger Goldmann über unübersehbare Mängel in der deutschen Schulbuchliteratur

Seit Jahrzehnten wird die unzureichende und zum Teil mangelhafte Darstellung des Flucht- und Vertreibungsgeschehens in deutschen Geschichtsbüchern beklagt, ohne daß die Kultusminister wirksame Abhilfe schaffen, ja sie können sich noch nicht einmal über die Darstellung Deutschlands einigen.

Nun könnte man annehmen, daß nach den großen Fernsehserien, vielen neuen Veröffentlichungen über dieses Thema (Knopp, Grass, Brandes, Lemberg, Stanek, Pustejowsky, de Zay-

as, Slapnicka, Grulich, Hoffmann, Harasko etc.) hier ein Wandel eingetreten sein könnte. Mit Neugier greift man daher nach der neuesten Ausgabe von "Zeiten und Menschen", Band 4, aus dem Schöningh-Verlag in Paderborn. Für sie zeichnen mehrere Autoren verantwortlich, ohne daß die einzelnen Kapitel ihnen namentlich zugeordnet werden können.

Graphisch, von der Bebilderung und der Gliederung her ist das Buch übersichtlich und schülerfreundlich gestaltet. Das Begriffsverzeichnis jedoch ist recht mager geraten. Weder dort noch im Register taucht z.B. der Begriff der Menschenrechte auf, auch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948 sucht man vergebens. So verwundert es nicht, daß zwar ein Auszug aus der tschechoslowakischen Charta 77, nicht aber die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" des Jahres 1950 zitiert wird.

Während nun überraschenderweise die Vorgeschichte des Münchner Abkommens bzw. die des Sudetenlandes (auch mit einer Karte) einigermaßen zutreffend - jedoch ohne Zahlenangaben und ohne Hinweis auf die verfehlte tschechoslowakische Politik - wiedergegeben wird, häufen sich danach für die Jahre 1945/46 die Ungenauigkeiten und Fehler.

Da wird auf Seite 139 eine Statistik der Toten des 2. Weltkrieges abgedruckt, die sehr zweifelhafte Angaben enthält. Die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung werden aufgeteilt in Verluste der Bevölkerung des Deutschen Reiches und der "Volksdeutschen", wobei völlig unklar bleibt, was unter den letzteren zu verstehen ist. In einer Anmerkung wird darauf verwiesen, daß andere Schätzungen höher liegen, jedoch ohne daß diese Angaben gemacht werden. Kaum zu glauben ist die Angabe, daß in Italien 4,2 Millionen Menschen der Zivilbevölkerung ums Leben gekommen seien.

Problematisch ist auch die Beschriftung der Karte auf der gleichen Seite, wo von der "Befreiung Europas" die Rede ist. Dies kann ja im Hinblick auf die sowjetische Eroberungspolitik keinesfalls gesagt werden.

Auch die Karte auf Seite 205 ist unvollständig und zum Teil falsch, da die Nationalitätenverhältnisse in Ostmitteleuropa nicht genau angegeben werden und auch der Begleittext unklare und zum Teil falsche Angaben enthält.

Während der Gebietsumfang "Ostpolens" genau benannt wird, ist fälschlicherweise von "Millionen Polen" die Rede, die ihre Heimat verlassen mußten. Das dort verwendete Zitat "planvoll umgesiedelt" ist nicht belegt. Im Potsdamer Protokoll gibt es diese Aussage nicht. Und was soll man von dem Satz halten: "Insgesamt verloren über 12 Millionen Menschen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ihre Heimat/Seite 204?"

Nein, die Deutschen wurden aus den ostdeutschen Gebieten, dem Sudetenland und Südosteuropa vertrieben, nur zum geringeren Teil aus Polen und der Tschechoslowakei. Jugoslawien ist den Verfassern in diesem Zusammenhang auch nicht erwähnenswert.

Besonders zu kritisieren ist jedoch, daß hier die Verantwortlichen für die Vertreibung nicht benannt werden, weder die Schreibtischtäter noch die aktiv tätigen Vertreiber. Es fehlen die Namen von Josef Stalin, W. S. Churchill, E. Ochs, Eduard Benes, Josip Tito, E. D. Roosevelt etc. Es fehlen die staatsterroristischen Maßnahmen, die Flucht und Vertreibung auslösten und begleiteten. Während bei den deutschen Verbrechen stets nach den Tätern, den Verantwortlichen, der Sicht der Opfer gefragt wird, wird dies bei Flucht und Vertreibung ausgeblendet.

Und danach verschwinden diese deutschen Gebiete völlig aus der weiteren Darstellung der Geschichte. Von der totalen Entrechtung und Enteignung der Vertriebenen und der zurückgehaltenen deutschen Bevölkerung ist nicht die Rede, man beschränkt sich auf die Geschichte der beiden deutschen Staaten.

Immerhin wird auf Seite 208 ein Vertreibungsbericht aus dem Memelland abgedruckt. Man nimmt dies zum Anlaß einer Zeitzeugenbefragung, ohne daß das Geschehen von Flucht und Vertreibung in allen seinen Dimensionen erörtert würde. Hier müßte ein ganzes Kapitel zu

diesem Thema folgen, die Charta der Vertriebenen, ihr Anteil am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau des westlichen Deutschland, der Republik Österreich, ihr Anteil an der Aufrechterhaltung des Einheitsgedankens, ihr Anteil an der Abwehr der kommunistischen Ideologie und der sowjetkommunistischen Expansionspolitik.

Nichts dergleichen ist in diesem Buch zu finden. Die "westdeutsche" Nabelschau herrscht vor. Während dem "2. deutschen Staat" bis zu seinem Untergang und seinem Zusammenschluß mit dem westlichen Deutschland zahlreiche weitere Kapitel gewidmet werden, verschwinden die Ostgebiete und das Sudetenland ab 1945 im Orkus der Geschichte. Auch die Entscheidung zum Verzicht auf diese Territorien im 2+4-Vertrag und den Grenzankennungs- bzw. Nachbarschaftsvertrages ist kaum noch eine Zeile wert.

Das Schicksal von 17 Millionen Deutschen wird in "Zeiten und Menschen" unzureichend berücksichtigt. Die gegebene Darstellung ist zum Teil fehlerhaft und weist große Lücken auf.

Es ist die Frage, wer dafür verantwortlich ist und weiter, wie dies geändert werden kann.

Verantwortlich sind neben den Autoren und dem Verlag die Landesregierungen bzw. Kultusminister (in NRW Frau Behler, die mit der deutschen Nation stets auf Kriegsfuß stand), die die Schulbücher genehmigen. Aus den genehmigten Verlagsangeboten können sich die einzelnen Schulen die Bücher auswählen, für die einzelnen Fächer entscheiden dies die Fachkonferenzen.

Da die Arbeitsgemeinschaften für die "Ostkunde im Unterricht" heute kaum noch aktiv sind, müßten Schulbuchkommissionen eingesetzt werden, die diese Lücken aufarbeiten. Dies ist jedoch in Privatinitiative kaum zu leisten, und es ist im übrigen eine originäre Aufgabe der Ministerien für Kultur, Schule und Wissenschaft. Diese Aufgabe muß in Angriff genommen werden, wenn das deutsche Geschichtsbild, aber auch das Osteuropas und seiner Völker nicht in unverantwortlicher Weise verkürzt und entstellt werden soll.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 22. Juni 2002 (x887/...): >>**Samuel Salzborn - der neue Stichwortgeber der "antifaschistischen" Vertriebenenfeinde**

Guido Knopp behandelte in seiner neuesten Fernsehdokumentation nicht "Hitlers Kinder", "Hitlers Friseur" oder "Hitlers Kleingarten", sondern die Vertreibung. Günter Grass beschäftigt sich in seiner Novelle "Im Krebsgang" mit dem Untergang der "Wilhelm Gustloff", die Ufa kündigt gar die Verfilmung der Tragödie an, und mancher Zeitgenosse reibt sich verwundert und fragend die Augen: "Haben wir das Ende der historischen Einäugigkeit erreicht?" Ja, könnte es denn sein, daß sich die Öffentlichkeit des nur allzu gerne verdrängten Themas der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs sensibler anzunehmen begänne?

Abwarten und Tee trinken. Schließlich würde es nicht mit rechten Dingen zugehen, wären jene Volkspädagogen, "Antideutschen" und Vertriebenenverächter, die jahrelang beständig ihren mahnenden Zeigefinger erhoben hatten, über Nacht wie durch Zauberspruch verschwunden. Nein, sie sind präsenter denn je und schicken sich an, durch immer radikalere antideutsche Thesen die lange gepflegte eigene Maske moralischer Überlegenheit selber vom streitlusternen Haupt zu ziehen. Ihr neuer Haupt-Stichwortgeber heißt übrigens Samuel Salzborn.

Samuel Salzborn, geboren 1977 in Hannover, fungiert als Redakteur des "aggressiv-antifaschistischen" Zweimonatsblattes Der rechte Rand. Ebenso trat er als Korrespondent der anti-deutsch ausgerichteten Wochenzeitung Jungle World und Autor der Antifaschistischen Nachrichten hervor, konnte aber auch Beiträge im linksgerichteten Monatsblatt Konkret, der Frankfurter Rundschau und der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung veröffentlichen. Nach den Angaben seiner Internet-Seite studierte der Diplom-Sozialwissenschaftler als Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung Politik, Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaft an der Universität Hannover.

Salzborns Tätigkeit fällt in eine Welle der Themen-Spezialisierung durch "antifaschistische"

Jungautoren der neuen Generation. Weniger großangelegte Abhandlungen gegen "Rechtsextremismus" werden den linksgerichteten Buchmarkt der Zukunft beherrschen, als vielmehr spezifizierte Sonderabhandlungen über gezielt attackierte Einrichtungen, die Nähe zur politischen Rechten, zum Konservatismus oder explizit patriotischen Positionen aufweisen.

Verschiedene Autoren, vor allem aus dem "radikal-antifaschistischen" Spektrum, haben in der jüngsten Vergangenheit bereits inquisitorisch ihre Arbeitsmühe in ausgesuchte Spezialgebiete gesteckt. Das Spektrum der Esoterik beispielsweise bearbeitet seit längerem der Mitarbeiter der "Antifa"-Zeitschrift Der rechte Rand Andreas Speit, ein aus dem Braunschweiger "Linken Netzwerk" stammender Marxist.

Für den Bereich "Ökologie" bemühte sich Oliver Geden publizistisch um Öffentlichkeit. Im Bereich "Aussonderung 'reaktionärer' Tendenzen aus dem Pop- und Rockmusik-Bereich" traten Christian Dornbusch, Jan Raabe und Martin Büsser, alles Autoren der Zeitschrift Der rechte Rand, besonders in Erscheinung. Samuel Salzborn nun hat sich seit den späten 90er Jahren auf die beständige Anprangerung der Vertriebenenverbände spezialisiert.

Und an diesen läßt er, wie zu erwarten war, kein gutes Haar. Vertriebene zeigten seiner Auffassung nach schließlich Gebietsabzeichen von Regionen, "deren Namen Geschichte sind". Sie vollzogen "folkloristisches Trara", hielten "Reden mit gebietsrevisionistischem Getöse und völkerrechtlichen Anmaßungen".

In seiner kleinen Essaysammlung "Momentaufnahmen" präsentiert Salzborn "Ausschnitte aus einem Jahr journalistischer Arbeit gegen 'Vertriebenenverbände' und deutsch-völkische Außenpolitik". Artikel unter solch markigen Titeln wie "Den Ostlandrittern Paroli bieten!" werden dem Leser zum besten gegeben. Darin liest man Sätze wie folgenden aus Konkret 10/97 über eine Rede Wilhelm von Gottbergs: "Wenn er damit die Füße meinte, auf denen er stand, so waren sie zweifellos vorhanden. Oder meinte er die Socken?"

Dann hätte er nicht unrecht. Denn es war ohne Frage ein Verdienst der Wehrmacht, daß die 'Vertriebenen' sich seinerzeit auf die Socken machen mußten, um wenigstens ihr Dasein zu erhalten."

In seinem Buch "Grenzenlose Heimat" bezeichnete Salzborn die von den Vertriebenenverbänden ausgegebene Devise eines Beharrens auf dem "Recht auf Heimat" als "Volkstumskampf" um polnisches und tschechisches Staatsterritorium.

Über das "soziale Konstrukt" eines Vertriebenen-Status versuche der BdV, sein Revanche-Paradigma gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten ohne Einklang mit den "historischen Tatsachen" zu untermauern. Ein Konstrukt? Aber sicher, schließlich tauche die Bezeichnung "Vertreibung" in den alliierten Dokumenten nach dem Zweiten Weltkrieg noch gar nicht auf, erfährt man von Salzborn, naiv argumentierend oder sich ahnungslos stellend, und er setzt noch einen drauf: "Im übrigen ist jemand, der tatsächlich seinen ehemaligen Wohnort verlassen hat oder verlassen mußte, nicht automatisch sein Leben lang ein 'Vertriebener'."

Solch weise Erklärung liest sich fast, als würde ein neunmalkluger NS-apologetischer Geschichtsumschreiber behaupten: "Im übrigen ist jemand, der tatsächlich einmal einige Zeit in einem NS-Konzentrationslager verbrachte oder verbringen mußte, nicht automatisch sein Leben lang ein 'Holocaust-Überlebender'."

Die Opferdarstellung der Vertriebenen jedenfalls sei nur ein "Mythos". Schließlich müsse man ihre Geschichte im Kontext einer aggressiven deutschen Ostpolitik seit den Ordensrittern verstehen. Stets sei aus Westen der barbarische Drang nach Christianisierung und später Germanisierung der friedliebenden slawischen Völker zu spüren gewesen. Das "Einrücken der Ordensritter in Ost- und Westpreußen" sei "von Beginn an eine brutale Greuelgeschichte" gewesen, weiß Salzborn zu berichten, und auch, daß die Deutschen sich anschickten, "einen Großteil der dort lebenden Menschen zu ermorden". Die Deutschen - schlimmer und mörderischer als der ganze Rest der Menschheit, und das schon im Mittelalter. Was sonst soll uns dieser

lehrreiche historische Rückblick in die frühe Pruzzen-Zeit mitteilen?

Später weiß Salzborn noch zu berichten, daß Pommern erst infolge des Wiener Kongresses an Preußen gefallen sei und die Weimarer Revisionspolitik die Grundlage für die nationalsozialistische Volkstumspolitik hergestellt hätte. Die polnischen Repressionsmaßnahmen gegen die "sogenannte deutsche Minderheit" seien demnach "im wesentlichen eine innenpolitische Reaktion auf die von der Minderheitenpolitik des deutschen Reiches ausgehende Bedrohung der staatlichen Souveränität Polens" gewesen.

Schließlich hätten "die Deutschen" Massenausreibungen und systematischen Massenmord an den Polen entwickelt, hätten als "fünfte Kolonne" Hitlers gedient, "Wühlarbeit an den Grenzen des Deutschen Reiches" geleistet und die "Germanisierung" realisiert.

Die Ostpreußen hätten sich radikaler als andere Deutsche zu ihrem Volkstum bekannt. Die "Sudetendeutschen" hätten einen "völkischen Kampf" gegen den "emanzipatorischen" tschechoslowakischen Staat geführt, obwohl dieser ihnen doch das allgemeine Wahlrecht und Individual- und Menschenrechte garantiert habe. Gesonderte Gruppenrechte habe nun mal keine ethnische Gruppe der Tschechoslowakei erhalten, weiß Salzborn zu erläutern, ohne daß ihm der Gedanke entfleucht, daß die Tschechen bei bevölkerungspolitischer Zweidrittelmehrheit in Böhmen und Mähren womöglich nicht nur aus liberalistischem Menschenbild zu dieser Entscheidung gelangt sein könnten.

Immer wieder verzettelt sich Salzborn in Versuchen einer politischen Rechtfertigung des Vertreibungsverbrechens. Wie weit die latente Menschenverachtung aus derartigen Thesen spricht, wird anhand von Salzborns dauerhaftem Bemühen sichtbar, die Vertreibung als eine notwendige, letztlich gar nicht so üble Angelegenheit darzustellen. Es sei schließlich "als konfliktpräventive, friedensstiftende Maßnahme" nur die "Ausweisung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" möglich gewesen. Unter Berufung auf den Historiker Martin Broszat erklärt Salzborn, die "Umsiedlung" sei von den "betroffenen Deutschen fast als Erlösung empfunden" worden, ohne nach den Hintergründen zu fragen.

In Konkret 7/2000 rechtfertigte Salzborn die "Umsiedlung" der Deutschen, da diese "völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen" festgelegt worden sei. Der juristische Beschluß reicht nach dieser Definition aus, um moralische Unangreifbarkeit auszudrücken. Ein Schelm denke an das Schlagwort von den "schrecklichen Juristen" der NS-Herrschaft, die so manches heutigen Maßstäben nicht mehr genügende Urteil von sich gegeben haben.

Doch mit dem Rassenwahn der NS-Zeit könne die Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nicht verglichen werden, so Salzborn weiter: "Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen, sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern - schließlich hatten die sogenannten deutschen Minderheiten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt ..."

Diese Argumentation lohnt es, genauer betrachtet zu werden. Salzborn spricht von "Deutschen Minderheiten" und meint offenbar auch die Landstriche Pommern, Schlesien und Ostpreußen damit. Es fragt sich allerdings, wer seiner Auffassung nach dort die "Mehrheit" gestellt hat. Marsmännchen oder Sioux-Indianer womöglich?

Auch legitimiert er die Vertreibung von Millionen Menschen der angestammten Bevölkerung, um ein "Konfliktpotential" zu entschärfen. Besser hätten es Milosevic, Karadzic oder andere heutzutage als Kriegsverbrecher angeklagte serbische Größen der Gegenwart während des Balkankrieges auch nicht formulieren können. Vertreibung zwecks "Konfliktprävention", nachgeholfen mit etwas Gewalt, wenn's nicht anders geht. Und Vertreibung als "antifaschistischer" Akt?

Hier spätestens wird erkennbar, was vom ach so humanen "Antifaschismus" zu halten ist. Was wäre denn gewesen, wenn die Nationalsozialisten eine Handvoll Juden mit "Ehrenarier"-

Auszeichnung von ihren rassistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgenommen hätten? Nach Salzbornscher Diktion dürfte dann kaum noch der Begriff "Rassismus" angesichts der diesbezüglichen NS-Verbrechen erhoben werden.

Auch sein Heranziehen einer allgemein gehaltenen feministischen Theorie, die Kriegsvergewaltigungen als Teil der männlichen Kriegsführung zu erklären versucht, wirft erst einmal Fragen auf. Viele Beispiele aus anderen Kriegen beweisen, daß keinesfalls Kriegsführung mit massenhaften Vergewaltigungen deckungsgleich ist. Beispielsweise haben sich die deutsche Wehrmacht und die Westalliierten in dieser Hinsicht viel weniger frauenfeindlich verhalten als die Sowjetarmee.

Was will uns Salzborn also mit seinen Exkursen sagen? Daß Vergewaltigen im Krieg "normal" sei? Nicht so schlimm? Daß die deutschen Frauen und Mädchen es verdient hätten, hätten "sie" doch Polen zwangsgermanisiert oder Juden vergast? Salzborn spielt hier massiv mit antideutschen, rassistischen Ressentiments, kokettiert gar mit der Rechtfertigung von Sexualverbrechen.

Salzborns gesamte Argumentation fußt auf zwei Absichten:

1. Das historische Faktum der Vertreibung herunterzuspielen, schönzureden und zu rechtfertigen.
2. Die kulturelle und politische Arbeit der Vertriebenenverbände als imperialistisch, friedensfeindlich, anrühlich und politisch schädlich darzustellen.

Auf diese Weise soll den Vertriebenen die Unterstützung in der Politik und den Medien entzogen werden, finanzielle Unterstützungen sollen abgeschafft, die kulturelle Arbeit der Vertriebenenverbände also letztlich behindert werden.

Salzborns politisches Ziel ist dabei, eine Aufweichung polnischer und tschechischer Staatshomogenität durch eine angeblich drohende ethnische Aufsplitterung seitens deutscher Kräfte zu verhindern. Über die persönlichen Motive des jungen Autors kann dabei nur spekuliert werden, will man nicht annehmen, es handle sich nur um einen durch familiäre Bindungen vorgeprägten westslawischen Nationalchauvinisten. Es dürfte weniger mit Slawenliebe denn mit Deutschenhaß zu tun haben, was Salzborn da von sich gibt.

Der antideutsche Rassismus, der in Argumentationslinien vieler "antifaschistischer" Autoren offen zu Tage tritt, ist auch in Salzborns Spiel mit den Begriffen latent erkennbar. Regelmäßig werden in Salzborns Schrift "Grenzenlose Zukunft" die Begriffe deutsch und Deutscher nur in Anführungsstrichen geschrieben (außer wenn er sie als Vollstrecker nationalsozialistischer Verbrechen beschreibt!), polnisch oder tschechisch dagegen nicht in Anführungsstrichen.

Dabei wird die altbekannte Kollektivschuldthese aufgewärmt. "Die" Deutschen hätten Konflikte geschürt, deshalb hätten auch alle Deutschen weg gemußt aus der schönen neuen Welt Polens und Tschechiens. Verbreiter derartiger argumentativer Geistesblitze hätten - 70 Jahre früher geboren - womöglich auch gut zu dogmatischen NS-Rasseideologen reifen können. Damals störten die slawischen "Untermenschen", und mit Hilfe einiger juristisch einwandfreier Erlasse konnte man mittels etwas Phantasie jede kleine "Umsiedlung" rechtfertigen, um staatsnationalistische Grenzvereinigungen durchführen zu können.

Rührend wird es natürlich, wenn Antideutsche zu tapferen Staats-Nationalisten mutieren, um den Schutz der "Territorien souveräner osteuropäischer Staaten" vor ethnischer Partikularisierung durch deutsche Kreise zu sichern. Oder um die im Potsdamer Abkommen manifestierte Machtbalance und massiv bedrohte Ordnung Europas wieder zu festigen.

Auch diese Wendung zum Status-quo-Fetischisten ist mit dem verinnerlichten "antifaschistischen" Geschichtsbild zu erklären: Da der Nationalsozialismus 100prozentig böse war, sind auch "die Deutschen" böse, denn "die Deutschen" haben ja den Nationalsozialismus - abgesehen von einigen ganz wenigen kommunistischen Widerstandskämpfern - unterstützt und getragen.

Dann war jeder, der gegen den Nationalsozialismus kämpfte oder unter ihm zu leiden hatte, gut. Dann sind die Polen und Tschechen ohne Ansehen möglicher Verbrechen gut, dann sind die Ausländer, die Nicht-Deutschen überhaupt, gut. Dann sind Linke gut, Rechte aber nicht. Und dann ist die alliierte Nachkriegsordnung gut, denn sie legte ja den bösen Deutschen mächtige Fesseln an. Und so muß diese Ordnung geschützt werden, wo es nur geht, um sie vor einer neuerlichen Aggression der bösen Deutschen zu verteidigen. Trivialer geht's zwar nimmer, aber was soll man von jungen Menschen in Zeiten der Pisa-Studie anderes erwarten als die Aneinanderreihung von Platitüden.

Seine "Gnade der späten Geburt" kann man Salzborn zu dessen Verteidigung zugute halten. Er ist aufgewachsen in einer Gesellschaft, deren politisches Klima vielerorts von einseitigen Schuldzuweisungen an die deutsche Adresse, vom Ausgleich ohne Gegenleistung des Auslandes, von einer oft lebensmüden, unselbstbewußt wirkenden Nation geprägt war.

Salzborn ist somit nur das radikale, aber konsequente und logische Produkt seiner Prägung durch die Gesellschaft (und im speziellen des linksgerichteten Umfeldes, in das er schließlich geraten ist). Er ist ein Kind seiner Zeit, die glaubt, in Ent-Ethnisierung, in Antigermanismus, schwarz-weiß gestrickter Geschichtsideologie und einer gehörigen Portion Aggressivität im Vertreten des scheinbar Richtigen eine moralisch höhere Stufe menschlichen Seins erklommen zu haben. Die Zeit wird ihnen ihre Anmaßungen vertreiben. Doch bis dahin wird man sich mit derartig fragwürdigem Gedankengut intensiv beschäftigen müssen.

Kein Mensch mit gesundem Verstand kann Millionen vertriebenen Menschen ernsthaft den Vorwurf machen, sich kollektiv an NS-Verbrechen beteiligt und deshalb ihr Recht auf Heimat verwirkt zu haben. Die Vertriebenen sind auch nicht deshalb ein Anprangerungsobjekt Salzborns und seiner Unterstützer, weil sie einen dominierenden gesellschaftlichen Einfluß hätten. Sie stören vielmehr, weil sie einen Stachel im verinnerlichten "antifaschistischen" Geschichtsbild darstellen. Sie erzählen vom Leiden und Sterben deutscher Menschen im 20. Jahrhundert.

Sie gefährden dadurch das zählebige Propagandabild vom alleinig bösen Deutschen. Deshalb sollen sie weg von der Bildfläche. Sie würden die eingebildeten Gewißheiten und das scheinmoralische Fundament "antifaschistischer" Geistesherrschaft in Deutschland beeinträchtigen. Ja, deshalb sollen sie weg.

Das Vorwort zu Salzborns jüngster Arbeit "Heimatrecht und Volkstumskampf" schrieb Wolfgang Kreutzberger, 1939 in einer Emigrantenfamilie geboren und seit 1973 Akademischer Direktor mit Professoren Aufgaben am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Kreutzberger, ein durchaus "antifaschistisch" tätiger Wissenschaftler, bemühte sich, eine anerkennungsvolle Einleitung abzugeben. Dennoch spürt der Leser an Zwischentönen, daß selbst er es scheinbar nicht ganz leicht damit hatte, sämtlichen der sehr extremen Thesen Salzborns vorbehaltlos zu folgen.

Immer wieder hört man von Salzborn den Vorwurf, die Vertriebenen versuchten sich heute als unschuldige Opfer darzustellen, wo es doch keinen historischen Vorgang gegeben habe, der es erlaube, den "Transfer der deutschen Bevölkerung" generalisierend als "Vertreibung" zu bezeichnen. Die Vertriebenen versuchten Hitlers außenpolitischen Zielsetzungen nachträglich wenigstens teilweise zum Erfolg zu verhelfen.

Unhistorisch setzt Salzborn die autochthone deutsche Bevölkerung der Ostgebiete mit ausländischen Neu-Zuwanderern in die Bundesrepublik gleich und mokiert sich darüber, daß diesen keine Doppel-Staatsbürgerschaften zugestanden werden sollen. Möglichenfalls wären ihm diese Menschen und ihr Schicksal auch gleichgültig, wenn sie sich nicht so wunderbar als Instrument gegen das gehaßte Deutschland einsetzen ließen.

Ist das alles jetzt nur ein irrationaler, pathologisch einzuordnender Deutschenhaß aus der Tiefe einer kranken Seele oder dient der zur Schau getragene Antigermanismus in heutiger Zeit viel-

leicht eher als gutbürgerlicher Zugang zu den Futtertrögen des bundesdeutschen Lehrbetriebs und der linksgerichteten Wissenschafts-Schickeria?

Man würde Salzborn gerne zurufen, daß es den Vertriebenen nicht um Haß und Gewalt gehe, daß sie nicht Hitlers Großraumpolitik verteidigten, daß sie sich seit jeher um Ausgleich mit den östlichen Nachbarn bemüht haben. Man möchte ihm von den Bildern der Vertreibung erzählen, von den toten Kindern, den schreienden Frauen, den zertrümmerten Höfen. Doch wozu? Salzborn sind die Quellen offen zugänglich, und er hat sich bewußt für die Position entschieden, denjenigen zu spielen, der angibt, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben.

Daß er mit dieser Ignoranz nicht nur eine peinliche Randerscheinung bleibt, liegt an einem breiten Unterstützerumfeld in Medien, im Gewerkschafts- und Universitätsbereich, das anscheinend ein politisches Interesse daran hat, Autoren wie Salzborn ein Forum für deren Thesen zu bieten, sie als "antifaschistisch" geschulte Nachwuchsideologen auch gegen das Spektrum der Vertriebenenverbände aufzubauen.

Und zweifellos, das muß man dem jungen Sozialwissenschaftler Salzborn zugute halten, versteht er wissenschaftlich zu arbeiten und sich in sein Thema zu vertiefen. Er besitzt Beharrlichkeit und den nötigen Fanatismus, im guten Sinne des Wortes, um bei einem Thema zu bleiben. Durchaus bemerkenswert für jemandem im Alter von Anfang/Mitte 20. Ein vergeudetetes Talent möglichenfalls.

Betrachtet man Salzborns frühe journalistische Arbeiten in der Essaysammlung "Momentaufnahmen" von 1998, dann den Band "Grenzenlose Heimat", 2000 im eindeutig ... radikalen Linken ... "Espresso-Verlag" erschienen, und schließlich das Buch "Heimatrecht und Volkstumskampf" von 2001, so erkennt man eine Entwicklung hin zu sprachlicher Mäßigung. Die eigenen Thesen werden entemotionalisiert, theoretisiert und zunehmend wissenschaftlicher Ausdrucksform angepaßt.

Die Richtung liegt klar. Salzborn scheint erkannt zu haben, daß man als Universitätsprofessor mehr Euro verdient, denn als Journalist für einige Blättchen der radikalen Linken. Alles wird also schön: die Beamtenstelle, die öffentlichen Zuschüsse, die Seminare und Projektgruppenarbeiten gegen Vertriebenenverbände, der vanillefarbene Himmel über einem Land, in dem "Deutsche" eines Tages keine störende Stimme mehr erheben werden.

Im Wintersemester 2001/2002 arbeitete Salzborn bereits als Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Zudem forschte er als Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung am Seminar für Sozialwissenschaften (EWF) der Universität Köln an einer Doktorarbeit zum Thema "Volksgruppenrecht".

Der erste Schritt auf der bundesdeutschen Karriereleiter ist also gemacht. Und den zweiten wird die Hans-Böckler-Stiftung wohl sicher auch noch anschieben, oder? ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 22. Juni 2002 über Preußen (x887/...): >>Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den

Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oli-

va erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Eini-

gungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. November 2002 (x887/...):

#### >>**Deutsche Flüchtlinge in Dänemark**

Mit *Leif Guldman Ipsen* hat ein Däne über das Lager Oksbøl geschrieben

Dänemarks Einstellung zum Zweiten Weltkrieg, in den das Land nur am Rande verwickelt war, ist zwiespältig - jedenfalls für jene Dänen, die über historische Kenntnisse verfügen und sich bemühen, beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Ist Dänemark, wie die offizielle Version noch immer lautet, 1940 von Deutschland heimtückisch überfallen worden, oder gab es für Deutschland damals gar keine Wahl, als das Land zu besetzen?

Gehörte das Königreich zu den siegreichen Alliierten, obgleich es zwischen Deutschland und Dänemark keinen Kriegszustand gab und eine vor allem aus England geführte Widerstandsbewegung erst spürbar aktiv wurde, als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete?

Wie soll man die Tatsache deuten, daß mehr Dänen freiwillig auf deutscher Seite zusammen mit vielen europäischen Kameraden gegen den Bolschewismus kämpften, als in der Widerstandsbewegung tätig waren?

Und wer von ihnen stand zumindest aus historischer Sicht eher auf der "richtigen" Seite?

Der Zwiespalt, die Unsicherheit und die Doppeldeutigkeit des dänischen Selbstverständnisses schimmern durch fast jede dänische Darstellung aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Deutsche Leser haben nicht selten den Eindruck, daß dänische Autoren Klippen der jüngsten dänischen Geschichte sorgsam umschiffen, daß sie Ereignisse glätten und sich bemühen, alles in rosigem Licht erscheinen zu lassen - jedenfalls in dänischen Augen.

Ein dänischer Offizier, *Leif Guldman Ipsen*, hat die Geschichte des größten Lagers für ost-

deutsche Flüchtlinge in Dänemark, des Lagers Oksbøl, in der Zeit von 1945 bis 1949 geschrieben. Er nennt sein Buch "Menschen hinter Stacheldraht". Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß alles stimmt, was er beschreibt.

Er führt sorgsam aus, wie das Lager entstand, nämlich als Ausbildungslager der deutschen Wehrmacht auf einem Truppenübungsplatz der dänischen Armee, wie es von deutscher Seite vergrößert wurde, wie Baracken erbaut wurden, in denen dann 12.000 bis 15.000 Soldaten untergebracht werden konnten.

Anfang 1945 trafen die ersten Flüchtlingstransporte aus Ost- und Westpreußen in dänischen Häfen ein, weil anders die Menschen vor der Roten Armee nicht in Sicherheit gebracht werden konnten. Die Wehrmacht nahm sie in ihren Liegenschaften auf, so auch im Lager Oksbøl. Dann kam die Kapitulation der Wehrmacht. Dänen übernahmen das Lager und machten es zum größten Lager deutscher Flüchtlinge.

Der Autor zählt auf, welche gewaltigen Anstrengungen Dänemark machte, um jedenfalls ein Existenzminimum der Flüchtlinge zu sichern, und es kann nicht bestritten werden, daß im Vergleich etwa zu den Lagern, in die Deutsche in von den Polen besetzten Gebieten gepfercht wurden, die Verhältnisse im skandinavischen Land human waren. Hier wurde niemand zu Tode gequält, es wurden keine Frauen vergewaltigt, hier ließ man niemanden verhungern, wie es in polnischen oder tschechischen Lagern gang und gäbe war.

Natürlich war das Lagerleben nicht komfortabel. Das Lager war überfüllt, das Essen in der Anfangszeit außerordentlich knapp. Ungeziefer breitete sich in den überbelegten Baracken aus. Krankheiten grassierten. Die Menschen waren ohne Hoffnung, weil niemand ihnen sagen konnte, wann sie endlich nach Deutschland heimkehren durften. Die Siegermächte hatten die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in ihren Besatzungszonen zunächst verboten. Aber die Ostpreußen, Danziger, Westpreußen und Pommern hatten wenigstens ihr Leben gerettet.

Die Flüchtlinge hatte ihre eigene Selbstverwaltung mit Bürgermeister, Lagerpolizei, Schulen, einem kleinen Theater, einer von deutschen Emigranten gestalteten, der Umerziehung dienenden Zeitung. Es muß anerkannt werden, daß das Vier-Millionen-Volk der Dänen sich bemüht hat, nicht nur die 35.000 Flüchtlinge im Lager Oksbøl, sondern alle insgesamt 250.000 Flüchtlinge auf dänischem Boden so lange unter einigermaßen humanen Bedingungen über die Zeit zu bringen, bis sie in ihr Vaterland zurückkehren konnten. Und dennoch bleibt bei der Lektüre auch dieses Buches ein merkwürdiges Gefühl zurück.

Es bleibt der Eindruck, daß es von seiten der Dänen kein Verständnis gab für das Schicksal jener vor den Greueln der bolschewistischen Armee geflohenen Frauen, alten Männer und Kinder. Sie sahen in ihnen weniger die dem Tod oder der Verschleppung entkommenen leidenden Mitmenschen, sondern sie blieben in den Augen der Dänen Feinde.

Die Autor spricht an zwei Stellen von "unschuldig vertriebenen Menschen", und das ist viel angesichts der offiziellen Ansicht der deutschen Bundesregierung, die kaum verdeckt die Meinung vertritt, die Vertriebenen hätten selbst schuld an ihrem Schicksal. Aber man ist traurig, wenn dann der Autor die Bemühungen der Dänen, den Flüchtlingen das Überleben zu sichern, als "undankbare Arbeit" bezeichnet. Wurde für diese Arbeit nicht vielfältig gedankt, trug sie nicht ihren Wert und ihren Dank in sich, wenn durch die dänischen Bemühungen 250.000 Zivilisten das Überleben ermöglicht wurde?

Warum geht der Verfasser nicht ein auf die Tatsache, die jedem Besucher des Flüchtlingsfriedhofes Oksbøl sofort ins Auge springt, daß die Anzahl der dort begrabenen Säuglinge und Kleinkinder unverhältnismäßig hoch ist?

An einer Stelle klingt es im Buche an, daß Ipsen sehr wohl weiß von der in den letzten Jahren aufgebrochenen Diskussion über das Verhalten amtlicher dänischer Stellen, die dänischen Ärzten und Krankenhäusern verboten hatten, deutschen Flüchtlingen medizinische Hilfe zu leisten, um so zu beweisen, daß Dänemark den Deutschen Widerstand geleistet hat? Den un-

menschlichen Anordnungen fielen Tausende von kleinen Kindern zum Opfer, die ohne weiteres hätten gerettet werden können. Der Verfasser schweigt - auch eine Art der Vergangenheitsbewältigung.

Kann man, wie es der Autor tut, die Anlandung von Flüchtlingen, die er als "Überschwemmung" bezeichnet, als "Völkerrechtsbruch" bezeichnen?

Das Buch von Leif Guldmann Ipsen liefert alle sachlichen Informationen über das Lager Oksböl. Es enthält viele Bilder. Ihm fehlt jedes Mitgefühl für die Lage jener Ostdeutschen, wie man es von einem humanistisch und christlich geprägten Menschen erwartet hätte. Trotz allem gebührt den Verantwortlichen Dank, die damals unseren Landsleuten in Dänemark das Überleben ermöglichten. ...

Leif Guldmann Ipsen: "Menschen hinter Stacheldraht - Flüchtlingslager in Oksböl 1945-1949" ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 30. November 2002 (x887/...):  
>>"**Willkommen im Think Space von Speak Youth**"

Die Sprache ist ein Spiegel der Nation, wenn wir in diesen Spiegel schauen, so kommt uns ein großes treffliches Bild von uns selbst entgegen", sagte Friedrich Schiller und sein kongenialer Dichterfreund Johann Wolfgang von Goethe zog den Schluß: "Die Sprache zugleich reinigen und bereichern ist das Geschäft der besten Köpfe".

250 Jahre später: Die deutsche Sprache wird verunstaltet, sie verarmt, wird durch Anglizismen zu einer Art Hilfssprache für das Englische degradiert, als Wegbereiter für einen mißverständenen American Way of Life eingespannt und kommerziellen Interessen dienstbar gemacht.

Tönt es uns doch ausgerechnet aus der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main entgegen: "Willkommen im Think Space von Speak Youth. In dieser Kommunikations-umgebung sammelt sich das Wissen der Jugend-Marketing-Initiative Speak Youth".

Wer dieser freundlichen Einladung im Internet folgt, wird schnell feststellen, daß sich nicht "die Jugend" spontan ihrem Lebensgefühl folgend dem anglizistischen "Denglisch" hingibt. Es ist vielmehr eine Allianz von Marketing- und Medien-Interessenten, Fashion- und Food-Designern, Publizisten, Soziologen, Medienkünstlern und sogenannten Zukunftsforschern, die, ihren eigenen ökonomischen Interessen dienend, die jungen Leute von heute systematisch ihrer deutschen Muttersprache entfremdet.

"Speak Youth" stellt sich als eine Jugend-Marketing-Initiative von Axel Springer Young Mediahouse und CCID Brand Reality Dept. dar, wobei CCID für das "Center for Media, Knowledge Cultures, Imagination and Development an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt" steht, das sich als public-private-partnership auffaßt. Eine Art Wahlspruch des Ganzen lautet: "We develop future".

Nach ihrem Selbstzeugnis sind Zentrum ihres Wirkens die wissenschaftlichen, künstlerischen und techno-kulturellen Fragen am Beginn des 21. Jahrhunderts, die massiven ökonomischen und institutionellen Veränderungen, die mit Ausdrücken wie "globale Ideenökonomie", "Wissenschaftskulturen" "global vernetzte Wissensräume" und "transkulturelle Kommunikation" verbunden sind.

Zu den Projekten in Entwicklung oder bereits in Umsetzung gehören unter anderem: Mental Tracker (ongoing), Think Space (ongoing), CCID Mediascope Award und Knowledge Monitoring. Die Abteilungen innerhalb des CCID an der Johann Wolfgang Goethe-Universität heißen: Cross Intelligence Dept., Media Cultures, Communication, Network, Media in Appliance and Reception, Knowledge Transfers und Transnational Relation, Media Esthetics.

Weil aber alles nichts wäre ohne Marketing, also Absatzpolitik, Konsum und Verkauf, wurde die Jugend-Marketing-Initiative "Speak Youth" ins Leben gerufen, denn: "In der sensiblen Jugend ist es heute eine größere Herausforderung denn je, Marken relevant zu kommunizie-

ren. Die verdichtete Medienumgebung und ein komplexes Konsumentenverhalten fordern neues Denken. Die Vernetzung von Marke und Produkt zu relevantem Inhalt sowie die Kooperation zwischen image- und interessenkonformen Unternehmen sind Möglichkeiten, eine kommunikative Durchdringung in der Zielgruppe und dem Mindset Jugend zu erreichen".

Konsequenterweise ist "Get young minds connected" das Motto von "Speak Youth" mit dem Ziel, ein "erweitertes Verständnis bei Agenturen, Markenartiklern, Entertainment und Medien im Umgang mit der jungen Zielgruppe und dem Mindset Jugend zu entwickeln". Zielstrebig erfolgt die praktische Umsetzung der Marketing-Ideologie. Die Aktivitäten reichen von internationalen Konferenzen über den "Konspirativen Tisch" in Berlin am 23. Oktober 2002, an dem, wörtlich: "namhafte Exzellenzen aus den Bereichen Markenartikler, Agenturen, Medien und Entertainment zusammen kamen" bis hin zum Internet-Auftritt, wo die jungen Leute freundlich begrüßt und auch gleich Mitglied des "Speak Youth Networks" werden können.

Die Frage bleibt, ob sich Goethe die besten Köpfe, deren Geschäft die Reinigung und Bereicherung der Sprache sein soll, so vorgestellt hatte, wie die Professoren, Publizisten und Medizern, die heute so mit der "youth speaken". Der Feststellung jedenfalls, die sein Freund Schiller traf, nämlich, daß die Sprache ein Spiegel der Nation sei, entspricht die Universität, die Goethes Namen trägt, in diesem Fall auf geradezu makabre Weise.

Frage bleibt aber auch, wie lange in Deutschland die Mißachtung der eigenen Sprache hingenommen wird und sich die Menschen als Bürger, Steuerzahler und Kunden den gegenwärtigen Zustand gefallen lassen.<<

Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>**Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)**

In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.

**Die Familie ist die Keimzelle** einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schoße der Familie entwickelt das Kind seine erste Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung.

Diese erste Beziehung bedeutet für den weiteren Verlauf des Lebens die Bindung an die menschliche Gemeinschaft. Ist diese Bindung von einer grundsätzlich bejahenden Grundstimmung, von Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit geprägt, wird das Kind später als gefestigter, verlässlicher und mutiger Mitmensch im Leben stehen. Als Eltern haben Vater und Mutter die schöne und anspruchsvolle Aufgabe, ihre Kinder durch Vorbild und gleichwertige, liebevolle Gestaltung des ehelichen und familiären Zusammenlebens an ihre spätere Aufgabe als Frau und Mann und als verantwortungsbewußte Bürger heranzuführen.

Neben der Pflicht, die Familienmitglieder mit den notwendigsten Gütern zu versorgen, obliegt der Lebensgemeinschaft der Familie die vornehme Aufgabe, den Durst ihrer Mitglieder nach geistigem Austausch, nach Bildung, Geselligkeit und Gastfreundschaft, nach den vielfältigen Facetten menschlichen Zusammenlebens zu stillen.

Der Naturrechtsphilosoph Johannes Messner schreibt folgendes: "Familienkultur drückt sich äußerlich aus in den Formen des Umgangs der Familienmitglieder miteinander, in ihrer ge-

gegenseitigen Hilfsbereitschaft im täglichen Leben, in der Selbstlosigkeit ihrer Liebe zueinander, überhaupt in all dem, was man als "die Kinderstube" bezeichnet, die den Menschen unverlierbar durch das Leben begleitet."

Eine starke Stütze findet die Familienkultur in der Orientierung an den der menschlichen Natur innewohnenden ethischen Werten, die in Sitte und Brauchtum zum Ausdruck kommen. Eine gefestigte Familienkultur bildet den Kern für die Gestaltung des Zusammenlebens einer größeren Gemeinschaft, einer Gemeinde, eines Staates in Freiheit und Würde.

Als gesetzlich verankerter Grundpfeiler des gemeinschaftlichen Zusammenlebens genießen Familie und Ehe entsprechend ihrer Bedeutung besonderen Schutz. In der Familie werden die Errungenschaften unserer freien demokratischen Gesellschaft sowie ihre bewährten Traditionen an die neue Generation weitergegeben. Darüber hinaus hat der Halt in der Familie unzähligen Menschen über Jahrhunderte hinweg über schwere Schicksalsschläge sowie Entwurzelung durch Kriege und andere gesellschaftliche Mißstände hinweggeholfen.

Seit einigen Jahrzehnten sind nun die Familie und ihre Träger Angriffsziel für radikale gesellschaftliche Veränderungen geworden. Um das Ausmaß der Zersetzung der traditionellen Familie und die Auswirkung auf das Gefühlsleben von Frauen, Männern und Kindern zu verstehen, muß die Geschichte der letzten Jahrzehnte beleuchtet werden.

### **Krieg und seine Folgen**

Durch die Zäsur der beiden Weltkriege wurden familiäre Bande für Generationen schwersten Zerreißproben ausgesetzt. Ein normales, gar ruhiges Familienleben war für unzählige Menschen während vieler Jahre unmöglich geworden. Kriegsdienst und Gefangenschaft der Männer sowie Vergewaltigung, Verschleppung oder Evakuierung von Frauen und Kindern und die Flucht vor dem Feind oder Sieger verstreute unzählige Familien über das ganze Land und über die Landesgrenzen hinaus. (Nebenbei sei bemerkt, daß diese Tatsache auch für die heute geführten Kriege gilt.)

Beim Zusammenbruch aller Orientierungsmöglichkeiten während des Krieges und nach Kriegsende blieb aber die Familie der rettende Anker und Kern der sozialen Beziehungen. Bei Kriegsende wirkte die Familie wie ein Magnet. Viele Menschen suchten nach ihren Familienangehörigen voller Erwartungen und Hoffnungen auf Geborgenheit, Liebe und ein Stück Normalität.

Es vergingen jedoch manchmal Jahre, bis die einzelnen Familienmitglieder von einander Nachricht erhielten. 1956 kamen die letzten deutschen Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. "Der angegriffene Gesundheitszustand der Männer wurde zu einer Belastung für die ganze Familie. Bis sie überhaupt wieder zu körperlichen Kräften kamen, mußten sie monatelang gepflegt werden." "Dauerte die Genesung sehr lange, hatten die Männer oft seelische Probleme. Die Erniedrigungen und Strapazen der Gefangenschaft, der Verlust des Selbstbewußtseins durch den verlorenen Krieg und die lange Krankheit, verbunden mit körperlicher Schwäche" hinterließen ihre seelischen Spuren.

Die Frauen hatten sich verändert. Sie waren selbständiger und aktiver geworden. Die Männer mußten erkennen, daß die Frauen einen großen Teil des Chaos der End- und Nachkriegszeit bewältigt hatten. Auch "die Kinder hatten während der Abwesenheit der Väter Verhaltensweisen erlernen müssen, die eher in Richtung Eigenständigkeit, Kooperation und Verantwortung gingen." Schöner und besser ist es immer, wenn sich das Kind am Vorbild und mit Unterstützung und Anleitung des Vaters zu einem selbstbewußten und eigenständig denkenden Mitbürger entwickeln kann.

Leider war der Familienalltag im Deutschland der Nachkriegszeit, wie ihn Sibylle Meyer und Eva Schulze in ihrem Buch "Von Liebe sprach damals keiner" schildern, sehr häufig von der Abwesenheit der Ehemänner und Väter geprägt. Alle Beteiligten litten und leiden Jahre unter den Kriegsfolgen und Trennungsproblemen.

Unser Anliegen ist es, aufzuzeigen, daß durch jeden Krieg seelische Verletzungen bei allen Beteiligten entstehen, die die Menschen über ein bis zwei Generationen hinweg in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen begleiten.

### **Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität**

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschuß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit.

Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan**, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".

Amerikanische Sozialwissenschaftler und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."

So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:

An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.

**Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe.** Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen. Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.

**Die Zahl der von der Frankfurter Schule** und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflusst-

ten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.

Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft.

Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.

So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform.

Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irreführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen.

### **Der radikalfeministische Kampf gegen den Mann**

Wenn wir den Radikalfeminismus und seine Auswirkungen auf das Seelenleben von Frau und Mann diskutieren, meinen wir selbstverständlich nicht die bürgerliche Frauenbewegung und ihre berechtigten Ziele. Sie setzte sich zu Recht für frauenspezifische Anliegen wie echte Gleichwertigkeit von Frau und Mann, Ausbau des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes, die Besserstellung der unehelichen Kinder, gleiche Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten, das kirchliche und politische Frauenstimmrecht usw. ein.

Die erwähnten Forderungen und die Anliegen der Frauenbewegung sind aus der geschichtlichen und gesellschaftlichen Situation Anfang des 20. Jahrhunderts heraus entstanden, waren berechtigt und erforderten eine Lösung. Zahlreiche Errungenschaften, die sich auf das Zusammenleben von Mann und Frau positiv ausgewirkt haben, sind dem Einsatz und dem Engagement vieler Frauen und Männer jener Zeit zu verdanken. Ziel war damals nicht der Kampf gegen den Mann.

Erst in den letzten Jahrzehnten floß eine neue, in ihrem Grundgehalt andere Auffassung der Frauenrolle ein: Die Frau soll im Machtkampf gegen den Mann die Oberhand gewinnen und behalten. Anstatt den Frauen in ihrem Anliegen zu helfen, sich gefühlsmäßig mit dem Mann gleichwertig zu fühlen und zu einem harmonischen Zusammenleben von Mann und Frau beizutragen, instrumentalisieren die Radikalfeministinnen die unterschiedlichsten Gefühle, die Frauen Männern gegenüber haben können, für ihren Kampf.

Den Frauen wurde eingeredet, daß die Gleichwertigkeit der Geschlechter nur zu erreichen sei, indem sich die Frau gegen den Mann stellt. Der Mann wurde zum Feind erklärt. So sieht man heute Frauen, die sich ausgesprochen stark vom traditionellen Frauenbild distanzieren und im Kampf gegen den Mann leben.

Eine andere Form der Abgrenzung vom männlichen Geschlecht zeigt sich in einer überbetonten Weiblichkeit, die oft mit einer bewußt gewählten Lebensform ohne Mann einhergeht. Das "Coming out" lesbischer Frauen wird propagiert, und Forderungen nach der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe sind Ausdruck davon und kamen bereits in einigen Ländern der Welt zur Verwirklichung. Diese vermeintliche Befreiung der Frau ist die Hauptstoßrichtung für eine radikale Veränderung des Verhältnisses der Geschlechter geworden. Die Radikalfeministinnen gehen aber noch weiter. Dazu schreibt Maria Mies:

"Jede Person ist früher oder später gezwungen, Partei zu ergreifen. Und Partei ergreifen heißt, daß etwas in uns selbst zerrissen wird, daß das, was wir für unsere Identität hielten, sich zersetzt und neu geschaffen werden muß. Dies ist ein schmerzhafter Prozeß. Die meisten Männer und Frauen versuchen, ihn zu vermeiden, weil sie Angst haben, daß die letzte Insel des Friedens und der Harmonie in der kalten, brutalen Welt des Geldes, der Machtspiele und der Habgier zerstört wird."

Wie recht sie hatte mit ihrer menschenverachtenden Äußerung!

Wenn wir die psychischen und physischen Folgen des Zweiten Weltkriegs auf die Hinterbliebenen und deren Söhne und Töchter in Betracht ziehen, ist es offensichtlich, daß der Kampf der Radikalfeministinnen gegen den Mann eine weitere seelische Verunsicherung von Frauen und Männern zur Folge hat. Zum Verlust von Identität und Selbstwertgefühl kommt die eigenaktive Ablehnung der traditionellen Mutter- und Vaterrolle durch Frau und Mann hinzu. Um den ideologisch motivierten gesellschaftlichen Veränderungen zu entsprechen, konnten sie sich mit ihrer Aufgabe als Vater und Mutter nicht mehr identifizieren und sie auch nicht mehr ausfüllen.

### **Folgen für die Familie und das Gemeinwohl**

Die ständige negative Bewertung der Frauen- und Mutterrolle bewirkt eine starke Verunsicherung vieler Frauen bezüglich des Stellenwerts von Partnerschaft und Kindererziehung. Die gefühlsmäßige Verunsicherung kann dazu führen, daß eine Mutter sich ihren Kindern nicht mehr wirklich zuwenden kann. Sie beginnt sich innerlich von ihrer Aufgabe zu distanzieren. Aus dieser inneren Abkehr von der Frauen- und Mutterrolle resultiert eine folgenschwere Störung des familiären Klimas. Dem Kind wird eine echte Sicherheit und das volle Engagement seiner Mutter fehlen.

Die marxistische Gleichsetzung von väterlicher Autorität und männlicher Verantwortung mit autoritärer Machtausübung über Frau und Kind hinterläßt tiefe Spuren der Verunsicherung und Desorientierung. Durch die zusätzlichen radikalfeministischen Attacken wird der Mann von der Wahrnehmung seiner Erziehungsaufgabe abgedrängt.

Solch jahrelange Verunglimpfung väterlicher Autorität und ein häufig erbarmungsloses Engespanntsein ins Berufsleben treibt viele Familienväter in die innere Emigration. Der Mann entzieht sich seiner Aufgabe als Ehemann und Vater. Sein Gefühlsleben und seine Energie werden einerseits vom harten Überlebenskampf in der globalisierten Wirtschaftswelt in Anspruch genommen, andererseits wird er aus ideologischen Gründen in der Entfaltung seines männlichen Wesens zurückgebunden.

Was fehlt, wenn der Mann seinen Platz als Familienoberhaupt und Vater nicht ausfüllt? Es ist nicht die sogenannte starke Hand, sondern die Erfahrung der männlichen Fähigkeit und das Bedürfnis des Mannes, andere zu beschützen, Sicherheit und Orientierung zu geben. Zweifellos spielt auch die größere physische Kraft für die Persönlichkeitsbildung des Knaben eine wichtige Rolle. Der Vater mit seiner Fähigkeit, körperlich anspruchsvollere Aufgaben zum Wohl der Familie und der Mitmenschen zu lösen, ist für den heranwachsenden Jungen wichtiges Vorbild.

"Das Fehlen des Vaters ist also durch den Ausfall einer Identifizierungsmöglichkeit oft schwerwiegend, weil dadurch ein wesentliches Stück Lebenswirklichkeit nicht gelernt wird,

nämlich die Realität Mann. An dieser Realität orientiert sich normalerweise das Mädchen durch seine weibliche Unterschiedenheit, der Junge durch seine Gleichheit."

### **Zusammenfassung**

Die traditionelle Familie mit den Vorzügen, wie sie eingangs beschrieben wurden, ist durch den freudo-marxistischen Angriff auf unsere bewährten kulturellen Werte einem gefährlichen Zersetzungsprozeß ausgesetzt. Glücklicherweise gibt es immer noch viele Familien, die sich ihre Familienkultur nicht nehmen lassen wollen. Allerdings haben es diese nicht so leicht, in einem vom Zeitgeist durchtränkten Umfeld standzuhalten und ihren Kindern eine gesunde Lebensorientierung auf den Weg mitzugeben.

Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.

Gleichzeitig fühlen sich Frauen und Männer im Sog der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung gezwungen, sich in den außerhäuslichen Arbeitsprozeß einbinden zu lassen. Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu.

Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungsprogramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen. Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen.

Martin Massow schreibt in seinem lesenswerten Buch "Nach dem Feminismus": "Die Kollektiverziehung gleichaltriger Säuglinge und Kleinkinder führte aber auch in der DDR bald zu dem in der Kinderheilkunde seit hundert Jahren bekannten Ergebnis, daß Säuglinge und Kleinstkinder in der Massenpflege nur mit erheblichem Risiko aufgezogen werden können. Diese Fehlentwicklungen zeigen auch im 'goldenen Westen' vernachlässigte Kinder, die durch die Elternemanzipation aus dem Familienverband entlassen wurden.

Die wachsenden Zahlen von Halbweisen und Scheidungskindern, die sich selbst überlassen sind, kommen nicht von ungefähr, denn die Zerschlagung der Familienstrukturen ist feministisches Programm. ... Die Leidtragenden sind die entelerten Nachkommen.

Die Konsequenzen aus einer vernachlässigten Kindheit bekämen laut Prof. K. Hurrelmann, Universität Bielefeld, nicht nur die Kinder, sondern die ganze Gesellschaft zu spüren. ... Da immer mehr Mütter berufstätig seien und es kaum Alternativen gäbe, sei oft das Recht der Kinder auf angemessene Betreuung nicht gewährleistet. Besorgniserregend sei die Zunahme psychosomatischer Leiden bei den Zwölf- bis Siebzehnjährigen."

Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfährige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen.

**Wer diese Tatsachen kennt, wird alles daran setzen, unsere Nachkommen und ihre Familien vor der Zersetzung der Familie zu schützen, weil jeder Mensch die Erfahrung einer gesunden Familie für eine geglückte Entwicklung braucht. Es scheint nicht einfach zu sein, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es. Unsere Nachkommen werden es uns danken.<<**

**2003**

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6.

Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<< Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete am 25. Januar 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"**Bedingungslose Kapitulation!"**

Vor 60 Jahren forderten die Angloamerikaner die militärische Selbstaufgabe des Gegners. Der Januar vor 60 Jahren brachte mit der deutschen Niederlage von Stalingrad nicht nur die offensichtliche militärische Kriegswende, sondern auch die entscheidende Weichenstellung für die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Am 26. Januar 1943 kamen nämlich US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Briten-Premier Winston Churchill in Casablanca überein, den Krieg gegen die sogenannten "Achsenmächte" nur mit deren "bedingungsloser Kapitulation" zu beenden. Das bedeutete, daß Deutschland, Italien und Japan den Kampf nur um den Preis der militärischen Selbstaufgabe einstellen konnten und sich politisch dem Willen der Sieger zu ergeben hatten. Eine Zukunftsaussicht, die bei den betroffenen Völkern unterschiedliche Reaktionen auslösen mußte.

Während sich in Italien Kräfte regten, die durch einen Sturz Mussolinis und seines faschistischen Regimes einen milderen Kriegsschluß zu erreichen suchten, bewirkte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation in Deutschland und in Japan eine Versteifung des Widerstandes und damit letztlich eine Verlängerung des Krieges. Denn Goebbels und die japanischen Propagandisten benutzten das unerhörte Übergabeverlangen als willkommenes Zeugnis alliierter Unterwerfungsabsichten und beschworen den Durchhaltewillen ihrer Völker.

Die Militär-Opposition gegen Hitler war über die "Casablanca-Forderung" unglücklich. Sie sah sich durch dieses von den Westmächten geforderte Kriegsende um wesentliche Erfolgsaussichten gebracht, weil sie nach einem gelungenen Sturz Hitlers ihrem Volk auch keinen weniger demütigenden Waffenstillstand versprechen konnte. Wie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) vorliegende Dokumente ausweisen, haben Vertrauensleute des deutschen Widerstands monatelang in der Schweiz mit US-amerikanischen Geheimdienstlern um einen akzeptableren Kriegsschluß gerungen, ohne das geringste Zugeständnis zu erreichen.

Diese Vergeblichkeit drohte manchen Regime-Gegner in Deutschland mutlos oder für die Durchhalte-Propaganda anfällig zu machen. Man konnte in der Berliner Bendlerstraße nicht ahnen, daß in Washington große Zweifel an der Ernsthaftigkeit eines Putsches gegen Hitler gehegt wurden beziehungsweise die Militär-Opposition bei den Westalliierten im Verdacht stand, sich mit einer Revolte nur geschickt aus der Verantwortung für die bevorstehende Niederlage herauswinden zu wollen.

Statt die angestellten Sondierungen als Hoffnungszeichen für ein baldiges Kriegsende zu deuten und sich wie im Falle Italiens kooperativ zu zeigen, interpretierte man in Washington und in London die deutschen Kontaktaufnahmen als langstrategische Kriegslist der Wehrmachtsgeneralität.

So hatte der britische Lord Vansittart bereits wenige Tage nach der ersten Fühlungnahme der deutschen Widerständler einen bissigen Fünfzeiler über die "Verschwörer-Generale" (the conspiring generals) verfaßt und darin ihren vermeintlichen Versuche, "den Nazis die Schuld für den Krieg zu geben" und selbst insgeheim schon "den nächsten Krieg vorzubereiten", mit den Worten angeprangert:

"Little Hans, in a tight corner, / Wondered what next he could try So to look even littler / He bumped off his Hitler / And said 'What a good boy am I'."

Das heißt auf Deutsch soviel wie: "Klein Hans, in einem engen Eck, / überlegte, was er als Nächstes versuchen könnte, / so, um noch harmloser auszusehen, / brachte er seinen Hitler um / und sagte: 'Was für ein guter Knabe bin ich doch!'"

Als am Abend des 20. Juli 1944 offenkundig wurde, daß Hitler das Attentat in der "Wolfschanze" überlebt hatte und zum Gegenschlag ausholte, kommentierten die Angloamerikaner das Scheitern des Unternehmens fast mit einer gewissen Erleichterung. Das dokumentiert ein US-Geheimbericht vom 30. Juli 1944. Unter der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitler-Wunders" ("Best result of the Hitler-Miracle") überliefert er die freimütige Einschätzung der Lage Deutschlands und der Alliierten.

Danach sprachen "die Leute, welche Deutschland und die Deutschen am besten kennen, über das glückliche Entkommen Hitlers" ("The people who know Germany and Germans best were talking ... about Hitler's lucky escape") und kamen zu der Überzeugung, daß Hitlers Überleben ein Glücksfall für die Alliierten gewesen sei ("lucky for the Allies"). Und zwar deswegen, weil den "konspirierenden Generälen", die sich gegen Hitler erhoben hätten, danach keine Möglichkeit mehr geboten sei, den verlorenen Krieg allein Hitler anzulasten.

Diese gleichermaßen niederschmetternde wie verständliche Mißdeutung des Attentats vom 20. Juli 1944 fand auch in einer englischen Karikatur ihren Ausdruck. Auf ihr ist unter der Überschrift "Look out for the Phoenix" ein als Friedensengel verkleideter "Good German" zu sehen, der wie ein Phönix aus der Glut des verlorenen Krieges aufsteigt und neben der Palme in der rechten Hand den "Nucleus" für den nächsten Krieg ("Next War") in der Linken hält. Vor dem Hintergrund solcher Unterstellung glaubte Roosevelt die von den deutschen Regime-Gegnern ausgehenden Signale bedenkenlos ignorieren zu können.

Dagegen mußte er bestimmte Gegenstimmen ernster nehmen. Zu ihnen gehörte als gewichtigster Bedenkensträger Papst Pius XII. Dieser wurde sogleich nach Bekanntwerden der "Unconditional-Surrender-Forderung" beim "Persönlichen Repräsentanten des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei Seiner Heiligkeit", Botschafter Myron C. Taylor, vorstellig und drückte seine Besorgnis über die zu erwartenden Folgen eines solchen Ansinnens aus.

Er wies den Vertreter Roosevelts auf das Ungewöhnliche einer derartigen Unterwerfungsforderung hin und warnte vor ihrem kriegsverlängernden Effekt. Immerhin stünden an der Spitze der gegnerischen Armeen auch Männer mit Ehrgefühl, für die eine totale Unterwerfung unter den Sieger unannehmbar sei; außerdem würden bei der schier unausbleiblichen Verlängerung des Krieges viele Tausende unschuldiger Menschen noch das Leben verlieren. "Und dies auch in der früher friedlichen Heimat, welche nunmehr gleichfalls in das blutige Kampfgeschehen einbezogen wird", wie er nach dem ersten alliierten Bombenangriff auf Rom im Juli 1943 mahnend hinzufügte.

Präsident Roosevelt fühlte sich durch diese Vorhaltungen in Erklärungszwang genommen und verlegte sich in der Rechtfertigung seiner Übergabe-Forderung auf eine Doppelstrategie. Er ließ dem Papst von Taylor versichern, daß die von den Alliierten verlangte "bedingungslose Kapitulation" der "Nazi-Armee" keineswegs gegen das deutsche Volk gerichtet sei oder eine "Entehrung Deutschlands" bezwecke, sondern einzig und allein der Absicht diene, "der Welt zu zeigen, daß die deutsche Wehrmacht nicht unbesiegbar" sei, wie dies viele glaubten.

Zugleich wollte er dem Pontifex durch die in Casablanca beschlossene "Unconditional-Surrender-Forderung" seine Entschlossenheit signalisieren, nicht "die Fehlannahme von 1918 zu wiederholen, nach welcher der deutsche Soldat im Felde unbesiegt geblieben" sei, woraus sich dann bekanntlich die "gefährliche Dolchstoßlegende" entwickelt habe.

Pius XII. zeigte sich über die Versicherung, das deutsche Volk nicht unterwerfen zu wollen, zwar erleichtert, vermochte jedoch die vorgebrachte Begründung für die "bedingungslose Kapitulation" mit dem angeblichen Verhindern einer neuen "Dolchstoßlegende" nicht vorbehaltlos anzunehmen. Sie erschien ihm wie eine "Schutzbehauptung", hinter welcher andere Absichten als die erklärte Vermeidung einer neuerlichen Geschichtsklitterung steckten.

Auch die bald nachgeschobene Beteuerung, man wolle mit Hilfe der "Unconditional-Surrender-Forderung" die "atheistische Seuche des Nazismus" austilgen, bedurfte in den Au-

gen des Papstes noch der Einbeziehung des gleichermaßen atheistischen Bolschewismus, um glaubhaft zu werden.

Mit den weiteren Bombardierungen Roms und anderer italienischer Städte sowie der im Februar 1944 erfolgten Zerstörung der altherwürdigen Benediktinerabtei auf dem Monte Cassino durch alliierte Kampfflugzeuge geriet die Washingtoner Rechtfertigung der "Bedingungslosen Kapitulations-Forderung" in zunehmend größere moralische Unglaubwürdigkeit.

Wie Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt bei ihren jüngsten Archivstudien in den Vereinigten Staaten feststellen konnten, waren die von Pius XII. gehegten Zweifel an der Stimmigkeit der vorgebrachten Begründungen in der Tat berechtigt.

Denn Roosevelt lehnte es nicht nur ab, in einer öffentlichen Kundmachung dem deutschen Volk seine guten Absichten zu beteuern, sondern versicherte auch seinem alten Freund, General John Persing, im Ersten Weltkrieg US-amerikanischer Generalstabschef und erklärter Deutschenfeind, daß er den Zweiten Weltkrieg so beenden wollte, wie die USA den Ersten nach dem Willen Pershings hätten zu Ende führen sollen, nämlich "bis nach Berlin durchzumarschieren" und ganz Deutschland zu besetzen.

Ein "Endsieg"-Gedanke, den auch der Vater von Roosevelts Finanzminister Morgenthau, Henry Morgenthau der Ältere, in einem Interview mit der "New York Times" am 19. September 1919 vertreten hatte, als er davon sprach, daß man Deutschland 1918 hätte zwingen müssen, "to fight to a finish with the United States". Wie im übrigen auch einflußreiche US-Senatoren in jenen Jahren gemeint hatten.

Die ideologisch-missionarische Vorstellung vom Kampf der "im Lichte Stehenden" mit den "Mächten der Finsternis" hatte damals schon Einzug in die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gehalten. US-Präsident Woodrow Wilson verkörperte im Ersten Weltkrieg die Lichtgestalt und hatte in dem "finsternen Autokraten" Wilhelm II. seinen zu überwindenden Antipoden.

Als Schlachtruf "Hang the Kaiser!" kam diese ideologisierte Kriegsführung bei den breiten Massen an und gipfelte bekanntlich im Artikel 2.227 des Versailler Friedensvertrags, welcher "Wilhelm II. von Hohenzollern wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge" von einem "besonderen Gerichtshof" aburteilen lassen wollte. Die Weigerung der holländischen Königin, den unter ihrem Asyl-Schutz stehenden deutschen Ex-Kaiser auszuliefern, ersparte der Welt diesen Schauprozeß.

In den Augen Roosevelts ein selbstverschuldeter Fehlschlag der Sieger des Ersten Weltkriegs, dessen Wiederholung er als Sieger des Zweiten Weltkriegs auf keinen Fall riskieren wollte. Daher mochte er sich mit einem herkömmlichen Waffenstillstand als Kriegsende nicht zufriedengeben, hätten ihm dann doch die verantwortlichen NS-Führer, mit Adolf Hitler an der Spitze, unter Umständen auch wieder entkommen können. Die sollten jedoch dieses Mal ihrer Strafe nicht entgehen. So kam für Roosevelt als Kriegsschluß nur die "bedingungslose Übergabe" in Frage.

Aber nicht nur als "Lehre aus der Geschichte der verpaßten Gelegenheiten" von 1918/19, sondern auch in Konsequenz vorangegangener Erklärungen Franklin Roosevelts; besonders der Jahre 1941 und 1942. So bezeichnete er am 14. August 1941 in der Atlantik-Erklärung ("Atlantik-Charta") die "vollständige Zerstörung der Nazi-Tyrannie" als Ziel seiner Politik und trug den Mitgliedern des sogenannten "Washington-Paktes" vom 1. Januar 1942 auf, "im gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte" den "vollständigen Sieg zu erringen" und "keinen gesonderten Waffenstillstand und keinen Sonderfrieden zu schließen".

Und noch wenige Tage vor seiner Zusammenkunft mit Winston Churchill in Casablanca hatte Präsident Roosevelt in seiner alljährlichen Budget-Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom "totalen Krieg" ("total War") gesprochen, den man "hart" zu Ende zu führen gedenke. Sein Botschafter in Spanien, Carton J. Hayes, wurde kurz darauf in einer "Adresse an führende offizielle Persönlichkeiten in Spanien" deutlicher, als er erklärte, daß "die Vereinigten

Staaten entschlossen" seien, "weder einen Verhandlungsfrieden noch einen Kompromiß von den Achsenmächten zu akzeptieren, sondern bis zum völligen und endgültigen Sieg zu kämpfen". Da war der Schritt bis zur Verkündung der "Unconditional-Surrender-Forderung" von Casablanca nicht mehr allzu groß.

Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, mußte folgerichtig die deutsche Wehrmacht völlig besiegt und das Reich vollständig unter Kontrolle genommen werden. Für eine eigene deutsche Zentralregierung war bei einem solchen Kriegsende naturgemäß kein Platz. Entsprechend wurde die Regierung Dönitz wenige Wochen nach der "bedingungslosen Kapitulation" von den alliierten Siegern abgesetzt und in Gefangenschaft geführt. Ein Vorgang, der gleichfalls in der europäischen Staatengeschichte seinesgleichen suchte - aus Washingtoner Sicht jedoch konsequent erschien.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 25. Januar 2003 (x887/...): >>**Preußens Wiedergeburt - eine realistische Vision?**

Der jüngste Vorstoß kommt vom stellvertretenden Vorsitzenden der Liberalen Preußen lebt - als Idee, als Ideal und vielleicht auch irgendwann wieder als staatsrechtliche Realität. Jedenfalls dürfte das rigorose Verdikt der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die den Staat Preußen zum Symbol alles Übelen auf dieser Erde, insbesondere des Militarismus, hochstilisiert und folglich für tot erklärt hatten, nicht das letzte Wort der Geschichte gewesen sein.

Vor zwei Jahren, als wir den 300. Jahrestag der Krönung des ersten preußischen Königs - im ostpreußischen Königsberg - feierten, gab es die ersten, noch behutsamen Anzeichen einer Wiederbelebung Preußens. Ein sozialdemokratischer Landesminister dachte in Potsdam laut darüber nach, warum eigentlich ein aus Brandenburg und Berlin zusammengesetztes neues Bundesland nicht Preußen heißen sollte. In der offiziellen Feierstunde der Landsmannschaft Ostpreußen ging Festredner Prof. Wolfgang Stribny noch einen Schritt weiter und entwarf die Vision eines aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zusammengewachsenen Bundeslands Preußen.

Die Vision erregte viel Aufmerksamkeit, wurde - wie nicht anders zu erwarten - auch kritisiert, aber doch nicht im bislang gewohnten Stile total verdammt. In der Öffentlichkeit, auch jenseits der deutschen Grenzen, war der Begriff Preußen nicht mehr einseitig negativ besetzt.

Nach Ablauf des Preußenjahres aber wurde es wieder still um Preußen. Diese Zeitung, die sich inzwischen den Zusatztitel Preußische Allgemeine Zeitung gegeben hatte, war so ziemlich die einzige, die noch regelmäßig über preußische Tugenden, preußische Geschichte und Preußens Zukunft schrieb.

Doch war die gute Idee auch in der politischen Klasse nicht vollends in Vergessenheit geraten. Den jüngsten Vorstoß machte der stellvertretende FDP-Vorsitzende Walter Döring: Er regte eine grundlegende Neuordnung der Länderstruktur an, mit nur noch neun Bundesländern, darunter einem aus Berlin und Brandenburg zu bildenden Preußen.

Die Idee verdient schon deshalb Beachtung, weil offensichtlich mehr als eine "Einzelmeinung" dahintersteckt. Es kann kein Zufall sein, daß hochrangige Repräsentanten der SPD, der Union, der Grünen und der FDP nahezu zeitgleich öffentlich über eine Neuordnung der Bundesländer nachdenken.

Christine Scheel von den Grünen will mit elf Ländern auskommen, dem Christdemokraten Wolfgang Schäuble würden sogar acht oder sieben Länder reichen. Und Sozialdemokrat Matthias Platzeck erinnert an die überfällige Selbstaflösung des von ihm regierten Landes Brandenburg zwecks Verschmelzung mit Berlin. Ob er damit liebäugelt, selber einmal preußischer Ministerpräsident zu werden, ließ er vorerst noch unerwähnt.

Immerhin: Die Reform der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland steht weiterhin auf der Tagesordnung - und da ist auch Platz für die Idee, eines der neuen Länder Preußen zu

nennen. *Hans-Jürgen Mahlitz*. <<

Am 1. März 2003 fand in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

Nordamerikanische und britische Truppen griffen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für den Irakkrieg im Jahre 2003 (x348/40-42): >>9/11 - Die Mutter aller Lügen

*\_von Oliver Janich*

Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.

Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinns gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.

### **Die Smoking Gun**

Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.

Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Deshalb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.

Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (*ae911truth.org*) angeschlossen, die die oben beschriebene Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte.

### **Luftabwehr? Fehlanzeige!**

Aus kriminalistischer Sicht gibt es jedoch hunderte von weiteren Widersprüchen. Am auffälligsten ist zunächst, daß es den angeblichen Attentätern gelungen sein soll, die gesamte Luftwaffe der größten Militärmacht der Welt auszuschalten. Erklärt wird dies mit Inkompetenz. Doch das Abfangen von Flugzeugen, die auch nur leicht vom Kurs abkommen, ist reine Routine. Von September 2000 bis Juni 2001 wurden 67 Flugzeuge von der Flugabwehr NORAD abgefangen (AP, 12.8.2002). Im Jahr 2000 waren es insgesamt 129.

Die Flieger sind normalerweise auf einem 15-Minuten Alarm, was bedeutet, daß sie innerhalb von etwa acht Minuten in der Luft sein können (Calgary Herald vom 13.10.2001). Ab 8:13 Uhr betrachtete die Flugsicherung Flug 11 als entführt (AP 12.8.2002). Um 8:46 Uhr krachte

Maschine 11 in den Nordturm. Um 9:38 Uhr soll Flug 77 ins Pentagon gestürzt sein. Insgesamt waren also fast eineinhalb Stunden Zeit, um etwas zu unternehmen. Das ist für die militärische Abwehr eine Ewigkeit.

Nun sind in den Jahren danach etliche sich widersprechende Erklärungen aufgekommen, wieso kein Flugzeug abgefangen wurde. Eine dieser Erklärungen ist, daß niemand damit gerechnet hätte, daß Terroristen Flugzeuge als Waffen benutzen könnten (Condoleezza Rice laut CBS am 16. Mai 2002). Das ist längst widerlegt, weil die Flugabwehr vor 9/11 etliche solcher Übungen abgehalten hat.

Alleine am 11. September fanden laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mindestens vier solcher Kriegsspiele statt (C-Span, 11.2.2005) Übungsszenario: Flugzeuge werden entführt und in das World Trade Center und andere Hochhäuser geflogen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Übungsszenario am selben Tag auch Wirklichkeit wird, geht gegen Null. Bei staatsterroristischen Anschlägen sind parallele Manöver hingegen häufig zu beobachten. Auf diese Weise können die Behörden unbehelligt operieren. Kommt aus Versehen eine nicht informierte Polizeibehörde den Geheimdiensten ins Gehege, erklärt man, es sei nur eine Übung.

Im Falle von 9/11 hatte diese Parallelität eine weitere Funktion. Durch die gleichzeitig stattfindenden Manöver konnten die Sicherheitskräfte nicht mehr zwischen echten und falschen Radarsignalen unterscheiden. Normalerweise werden Übungen natürlich streng von der realen Situation getrennt.

In diesem Fall geht aber eindeutig aus den Überwachungsbändern, die vom Magazin *Vanity Fair* auf seiner Website veröffentlicht wurden, hervor, daß die Lotsen nicht mehr wußten, welches gekidnappte Flugzeug echt war und welches nur zu einer Übung gehörte. Verantwortlich für diese Übungen war Colonel Robert Marr. Er hat als diensthabender Kommandant im Zentrum der nördlichen Flugabwehr (NEADS) dafür gesorgt, daß die Abfangjäger zu spät vor Ort waren. Begründet wird dies mit Mißverständnissen und Irrtümern. Alleine die Tatsache, daß dieser Mann nicht auf jeder Titelseite ist und niemals vor irgendeinem Gericht erscheinen mußte, spricht Bände. ...

### **Rumsfelds Visionen**

Doch aus solchen Erklärungsnotén könnten sich die Verantwortlichen notfalls noch herausreden. Aber daß das Loch im Pentagon viel zu klein für eine Boeing war und keinerlei eindeutig identifizierbare Wrackteile zu erkennen waren, kann nicht wegdiskutiert werden. Auch dafür werden die kuriosesten Begründungen geliefert, etwa, daß sich das Flugzeug aufgrund der Geschwindigkeit vaporisiert, also praktisch in Luft aufgelöst hätte. Es bleibt dann aber immer noch die Frage, warum es vom am besten überwachten Gebäude der Welt keine Videoaufnahmen gibt, die eine Boeing zeigen.

Die vom Spiegel am 8. Februar 2002 als Beweis gefeierten Bilder des Einschlags zeigen alles mögliche, nur keine Boeing. Bis heute hält das FBI 84 Videos unter Verschuß, die unmittelbar nach den Anschlägen rund um das Gebäude beschlagnahmt wurden. Eine Klage des Anwalts Scott Hodes - spezialisiert auf das Freiheitsinformationsgesetz (FOIA) - auf Freigabe der Bänder scheiterte. Beim angeblich in Shanksville abgestürzten Flug 93 sind ebenfalls keinerlei Wrackteile - wie sonst üblich - zu sehen.

### **Weisheiten**

*"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."*

(G. W. Bush, 10. November 2001) ...

*"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."*

(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)

*"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."*

(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

**Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.**

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayetteville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.

... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."

Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph, "schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."

Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001 wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.

Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.

Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News, 5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)

Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gedrängte Finanzminister Paul O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.

Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung.

Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor,

der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.

Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab. Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<

Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebtuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/...): >>Auf dem Weg zur Weltherrschaft

### **Vereinte Nationen - UNO**

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzen, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diene. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

### **Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO**

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwögenannt wurde), Alger Hiss



San

rung"

(kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.

Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Per-

sönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.

Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.

So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

## **2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"**

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt - einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll.

Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. ... eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) ... inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."

Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

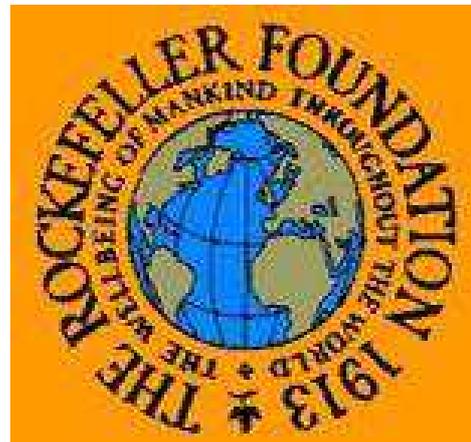
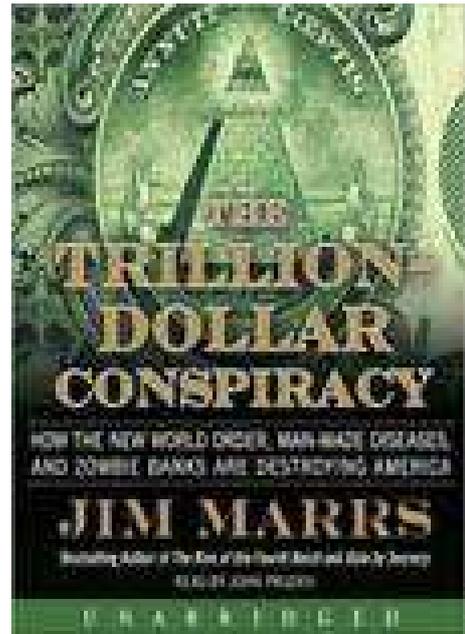
Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Welt-diktatur nicht ausfindig macht. ...

**Stiglitz und der Herdentrieb**



Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Andererseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen".

Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kommende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

*(1. Thessalonicher 5,1-5) Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*

*Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.*

*Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.*

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedentreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

*(Daniel 2, 41-43) Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.*

*Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen.*

*Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.*

Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen!

Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon.

Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

#### **4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen**

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.

George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.

Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.

Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt.

Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?

Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.

Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 22. März 2003 (x887/...): >>"Neues deutsches Sprechen"

Wir sind keine Kids, sondern Kinder", stellten die 139 Schülerinnen und Schüler im niedersächsischen Gifhorn am internationalen "Tag der Muttersprache" fest. Und: "Wir wollen klares Deutsch, klares Englisch. Kein Denglisch. Keine überflüssigen Anglizismen." Sie hatten sich zuvor an ihrer Christoph-Kolumbus-Schule intensiv mit der Sprachpanscherei, der Mischung von Deutsch und Englisch beschäftigt.

Auch Gifhorns Bürgermeister Manfred Birth lehnte die Sprachenmischung ab: "Die Mutterspra-

che ist wichtiges Kulturgut eines Volkes. Sie ist nicht statisch, sondern verändert sich. Aber sie darf in dieser Veränderung nicht von anderen Sprachen überdeckt werden." Hannelore Pirllich vom Verein Deutsche Sprache fügte hinzu: "Ohne unsere Muttersprache wird unsere Kultur sprachlos."

Die Gifhorner Schülerinnen und Schüler, ihr Bürgermeister und der Verein Deutsche Sprache wissen, was in einer Zeit der systematischen Zerstörung der deutschen Sprache richtig und notwendig ist. Damit sind sie den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland weit voraus. Beteiligen sich doch diese berufenen Vertreter der deutschen Kulturpolitik mit Eifer an den Bemühungen, unser Land mit Anglizismen zu überziehen. Gemeinsam mit dem Bundesminister für Bildung und Forschung und dem Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veranstalten sie einen sogenannten "Girl's Day".

Am 8. Mai dieses Jahres - ansonsten im politischen Spektrum vom Gedenken an Kapitulation, Niederlage bis hin zu "Befreiung" besetzt - sollen bundesweit junge Mädchen mit ihren künftigen Berufschancen vertraut gemacht werden. Schon in den beiden vergangenen Jahren stand der Zukunftstag für Mädchen unter dieser albernem Bezeichnung. Inhaltlich handelt es sich dabei um eine gute Idee, mit der den Kindern und Eltern geholfen werden soll, erste praktische Einblicke und Kontakte in verschiedene Berufsfelder und Unternehmenszweige zu gewinnen, um zukunftsgerechte Berufsentscheidungen treffen zu können.

So hatten denn auch in den beiden Vorjahren diese Mädchentage, dort, wo sie informations- und ereignisreich gestaltet wurden, ein positives Echo. Die unsinnige Bezeichnung "Girl's Day" für eine deutsche Unterrichtsveranstaltung hat offenbar niemand in den vielen Kultusministerien in Frage gestellt, auch nicht in den zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen, die sich an der Vorbereitung und Gestaltung dieses Tages beteiligen.

Das sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Bundesanstalt für Arbeit (BA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH).

Tatsache ist: Diese allumfassende gesellschaftliche Repräsentanz des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens unserer Republik tritt unter dem Namen "Girl's Day" an, um den jungen Mädchen in Deutschland die Arbeitswelt zu zeigen.

Die ganz persönliche berufliche Zukunft soll "auf Englisch" beginnen. Die Unterhaltungsindustrie liefert den Spaß dazu mit "Halloween" und "Red Nose Day", während die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien das Ganze mit englischsprachiger Musik berieseln. Daraus folgt: Die jungen Leute von heute werden systematisch ihrer deutschen Muttersprache entfremdet und damit geistig und kulturell unterworfen.

Auch die grüne Bundesverbraucherministerin Renate Künast leistet ihren Beitrag zu dieser Art Jugenderziehung. Gemeinsam mit der Deutschen Landjugend und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat sie das "biofood project" auf die Beine gestellt, das durch die Lande zieht. Dabei sollen Tausende Kinder und Jugendliche erfahren, "was sie essen" und woher die Nahrungsmittel kommen.

Dumm nur, daß "biofood project" nicht einmal Englisch ist, denn "Bionahrung", die Frau Künast wohl meint, heißt im englischsprachigen Raum "organic (grown) food". Die Ministerin macht sich international bestenfalls lächerlich, denn die Bezeichnung ihres "biofood projects" ist "Denglisch", wie die Abkürzung für Deppenenglisch lautet.

Die Kinder von Gifhorn wehren sich. Sie wissen, daß ihre Muttersprache nicht nur die am meisten gesprochene Sprache in Europa ist, sondern wegen der Mittellage Deutschlands auch die meisten Sprachkontakte auf unserem Kontinent hat. Sie achten das Englisch als weltweit wichtigste Fremdsprache, die es zu lernen gilt, wenn man in der Muttersprache geistig und emotional "zu Hause ist". Die Kultusminister und mit ihnen Politik und Wirtschaft unseres

Landes sollten in Gifhorn in die Schule gehen und dort lernen.<<

In Athen unterzeichneten am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) die Beitrittsverträge.

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete am 26. April 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>**Die Rolle von Juden im Bolschewismus**

Johannes Rogalla v. Bieberstein greift in seinem neuesten Buch ein brisantes Thema auf

Die Behandlung des höchst brisanten Themas durch einen auch im Ausland anerkannten Fachmann dürfte zu einer objektiveren Sicht der jüngsten Geschichte beitragen. Professor Nolte schrieb hierzu ein gewichtiges Vorwort. Ein Rußlandexperte von Harvard stellte 1996 fest: "Die Unterstellung, daß das internationale Judentum den Kommunismus erfand, um die christliche oder 'arische' Zivilisation zu zerstören, habe die ideologische und psychologische Begründung der 'Endlösung' geschaffen."

Zwar lehnte die Mehrheit der Juden den bis dahin unvorstellbaren Terror der Bolschewisten ab, was aber nicht verhinderte, daß die christliche Welt auf die bolschewistische Bedrohung mit Antisemitismus reagierte. Der amerikanische Autokönig Henry Ford prangerte in seinem Weltbestseller "Der internationale Jude" die Juden generalisierend als "Revolutionsmacher", speziell in Deutschland und Ungarn, wo Bela Kun eine jüdische Räterepublik errichtet hatte, an. Sein Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und lieferte den Nationalsozialisten willkommene Munition für ihren Kampf gegen die Juden. Es war nur folgerichtig, daß Ford Hitler unterstützte.

Daß nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Bücher über Antisemitismus und Nationalsozialismus erschienen, aber kein einziges über den "jüdischen Bolschewismus", glaubt der israelische Historiker Jacob L. Talmon darin begründet, daß es sich um ein explosives Thema handelt, nämlich um die historische Verantwortung und Schuld der Juden für den Bolschewismus.

Wenn Daniel Goldhagen in "Hitlers willige Vollstrecker" behauptet, der Antisemitismus habe mit dem Handeln der Juden nichts zu tun, ist im günstigsten Fall anzunehmen, daß er die Geschichte nicht kennt.

Wenn Elie Wiesel schreibt: "Die Mörder (der Juden) waren Christen", könnte man mit sehr viel mehr Recht darauf hinweisen, daß jüdische Bolschewisten den Tod von Millionen Menschen auf dem Gewissen haben.

In der Tschecha, der bolschewistischen Geheimpolizei, betrug der Anteil von jüdischen Spitzenfunktionären im Jahr 1934 39 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von lediglich zwei Prozent. Trotzki war der erste Vorsitzende der "Gesellschaft der Gottlosen".

Sein Stellvertreter, Emeljan Jaroslowski, ebenfalls Jude, erklärte: "Wir wollen alle Kirchen der ganzen Welt in ein riesiges Meer von Flammen stürzen." Von 54.000 russischen Kirchen 1914 waren 1940 noch ganze 500 übriggeblieben. Der "kriegerische Atheismus" wurde in der Sowjetunion unter führender Beteiligung der jüdischen Revolutionäre Trotzki und Jaroslowski mörderisch verwirklicht.

Juden arrangierten sich vielfach mit den Bolschewisten als dem geringeren Übel. Im Bürgerkrieg befanden sie sich in einer Zwangslage: bei den Bolschewisten mißfiel ihnen vieles, aber bei den "Weißen" mußten sie wegen der Gleichsetzung von Jude und Bolschewik das Schlimmste befürchten. Die gewaltige Überrepräsentanz von jüdischen Bolschewiken war für die Antisemiten in Rußland und aller Welt ein "Sowjetjudää". Es wurde aber unterschlagen, daß die jüdischen Kommunisten alles andere als Repräsentanten der Juden waren.

Ähnliches gilt von den Hauptverantwortlichen für den Holocaust: Himmler, Heydrich, Eichmann und Höß waren demonstrativ aus der Kirche ausgetreten. Im Kreis seiner Vertrauten ließ Hitler keinen Zweifel daran, das Christentum nach dem "Endsieg" auszurotten.

Trotz zahlreicher Juden in den Reihen der Bolschewiken ist die Rede vom "jüdischen Bolschewismus" eine böswillige Verallgemeinerung. Antibolschewistische Juden in Berlin verurteilten 1923 die Parteinahme von Juden für den Bolschewismus als schwere, verhängnisvolle Schuld. Jakob Mazeh, der Moskauer Oberrabbiner, hatte seinerzeit Trotzki beschworen: "Die Trotzki machen die Revolution, und die Bronsteins müssen dafür bezahlen."

Wie in der Tschecha war auch in der Komintern der Anteil jüdischer Kommunisten außerordentlich hoch. Erster Präsident der Komintern war der Jude Sinowjew, ihre reisenden Funktionäre waren ausnahmslos Juden. Dennoch bildeten jüdische Kommunisten in der Gesamtheit der Juden eine Minderheit. Die Juden Mittel- und Westeuropas waren überwiegend bürgerlich-liberal oder sozialdemokratisch orientiert. In der Weimarer Republik betrug der Anteil der Juden an der kommunistischen Reichstagsfraktion etwa zehn Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von 0,7 Prozent.

In Österreich stammten linksradikale KPÖ-Mitglieder vielfach aus jüdischen Familien. Antisemitische Agitatoren arbeiteten mit der Gleichsetzungstheorie Jude gleich Revolutionär. Man sprach vom Revolutionsjuden ... So wuchs der Antisemitismus dramatisch an. Die in Ungarn vom Juden Bela Kun errichtete Räterepublik verfügte über überwiegend jüdisches Führungspersonal. Von 48 Volkskommissaren waren 30 Juden, von 202 Spitzenbeamten 161. Nach dem Zusammenbruch brandete eine Haßwelle durch das Land. Dem "weißen" Terror fielen rund 5.000 Menschen zum Opfer, unter ihnen etwa 3.000 Juden.

Auch in der Sowjetunion führte die Überrepräsentanz jüdischer Funktionäre zum unbändigen Haß gegen die Juden, der in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts zum "Holocaust an den sowjetischen Juden" führte. Die "Protokolle der Weisen" galten als Beweis für die Drahtziehertheorie. Nach ihr gab es eine geheime jüdische Weltregierung, die eine jüdische Weltherrschaft herbeiführen will. Stalin suchte sich durch skrupellosen Antisemitismus als russischer Patriot zu empfehlen.

Daß sein Vertrauter Kaganowitsch zweiter Mann in der Sowjetunion wurde, diente als Alibi, daß er nichts gegen die Juden habe. Kaganowitsch wie der ebenfalls jüdische Chef der Tschecha, Jagoda, trugen die Hauptverantwortung für den Tod von 14,5 Millionen Menschen während der Kollektivierung der Landwirtschaft, vor allem in der Ukraine. Dies steigerte den Antisemitismus und führte in der Ukraine und in Galizien zu blutigen Pogromen.

Der jüdische Soziologe Manès Sperber wandte sich wegen der "Säuberungen" vom Kommunismus ab. Er räumte ein, "daß Juden nicht immer nur die Opfer, sondern auch Täter waren". Nach dem Ersten Weltkrieg eskalierte die Judenfeindschaft in den USA, weil die eingewanderten Juden einen "Vortrupp des Bolschewismus" darstellten. Der britische Globe unterstellte am 5. April 1919, daß der Bolschewismus der "erste Angriff des Judentums auf das Christentum" sei.

In Berlin war die sowjetische Botschaft der Herd der bolschewistischen Agitation. In der KPD gab es viele jüdische Spitzenfunktionäre. Jedoch mehr noch als in Berlin traten in München jüdische Revolutionäre in Erscheinung, was zu einem aggressiven Antisemitismus führte. Die jüdische Kommunistin Ruth Fischer vertrat die These, ohne den Bürgerkrieg in Bayern wäre München nie zur Geburtsstätte der Hitler-Bewegung geworden.

Bei der Tagung "Yiddish and the Left" 2001 in Oxford kritisierte Tony Michels das Widerstreben seiner Zeitgenossen, öffentlich die "disproportionale" Zahl der jüdischen Mitglieder der kommunistischen Parteien zu diskutieren. Jedoch Tatsachen verschwinden nicht durch Verschweigen. Es gilt, zunächst die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und dann nach einer Erklärung für sie zu suchen. Der hohe Anteil von Juden an kommunistischen Parteien ist weitgehend darin begründet, daß sie jahrhundertlang unterdrückt wurden und sich durch den Anschluß an den Bolschewismus ihre Befreiung erhofften.

Es ist jedoch keine böswillige Unterstellung, sondern Tatsache, daß gerade jüdische Revolu-

tionäre das Christentum zu vernichten suchten. Henryk M. Broder wies anlässlich der Eröffnung des jüdischen Museums in Berlin am 24. September 2001 im Spiegel darauf hin, daß das Museum nur "brave Juden" präsentiere, aber nicht "unerwünschte" wie Karl Marx und Rosa Luxemburg. Ohne die Existenz jüdischer Kommunisten wäre die Vorstellung vom jüdischen Kommunismus weder entstanden noch plausibel zu machen.

Die Kampfansage des Bolschewismus an die bürgerliche und christliche Welt hat den Antisemitismus noch verstärkt. Diesen Zusammenhang zu ignorieren und, wie Goldhagen, zu behaupten, Antisemitismus habe nichts mit dem Handeln der Juden zu tun, verfälscht die Geschichte. Die Identifizierung von Juden mit Bolschewisten diene den Nationalsozialisten als perfekter Vorwand für ihren Massenmord an den Juden.

Biebersteins Buch dürfte nicht allgemeinen Beifall finden, da es nicht der Political Correctness entspricht. Aber die These von durchgängig jüdischen Opfern ist ebenso unhaltbar wie die von "Hitlers willigen Vollstreckern. Die sorgfältigen Belege seiner Ausführungen vermögen Juden wie Nichtjuden vom hohen Roß der Selbstgefälligkeit" und des arroganten Pharisäismus herunterzuholen, sofern beide entschlossen sind, sich nicht von vorgefaßter Ideologie, sondern von Tatsachen leiten zu lassen und die Geschichte so zu sehen, "wie es eigentlich gewesen ist". ...

Johannes Rogalla v. Bieberstein, "Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität", ... Dresden 2002 ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Integration ist keine "Einbahnstraße"**

Deutschland ist ein überaus gastfreundliches Land. Wir haben viele "Gäste", acht Millionen, neun Millionen, vielleicht auch noch mehr. Ganz genau wissen wir es nicht. Wie das eben so ist bei Gästen: Sie kommen, sie gehen - letzteres eher selten.

Unter all diesen "Gästen" sind allein über zwei Millionen Türken. Und unter diesen ist uns in den letzten Wochen ein "Gast" besonders aufgefallen: Tuncer Kilinc, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats in Ankara. Nahezu unbemerkt von der veröffentlichten Meinung bereiste er kürzlich Deutschland und weitere türkisch besiedelte Länder Westeuropas, um - wie die Stuttgarter Nachrichten zutreffend formulierten - "die politischen Truppen der Türkei zu mustern".

Der General visitierte Kulturvereine und politische Gruppierungen, religiöse Organisationen und Sportvereine. Seine immer gleiche Botschaft: Haltet zusammen in der Fremde, zeigt nationale Identität, vertritt die nationalen Anliegen und Ziele eures - türkischen - Vaterlandes "wie eine einzige Faust"! Das Gegenteil also von Integration...

Zur Ehrenrettung des Generals soll aber auch erwähnt werden, daß er mit Vertretern der von Köln aus operierenden islamistischen Organisation "Milli Görüs" heftig aneinandergeriet: Sie seien "Frömmel und Fanatiker". Solche Leute sind den traditionell laizistisch orientierten türkischen Militärs ebenso suspekt wie dem deutschen Verfassungsschutz.

Die Regierung in Ankara freilich sieht das ganz anders. Sie wies ihre Botschaften in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten an, die Zusammenarbeit mit Milli Görüs enger zu gestalten, was man durchaus auch als "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" interpretieren kann.

Milli Görüs, im Verfassungsschutzbericht als "extremistisch" eingestuft, will nach eigenem Bekunden "den deutschen Staat mit neuem muslimischem Selbstbewußtsein von Grund auf umkrepeln" und bedient sich dabei aller möglichen örtlichen Organisationen, zum Beispiel der "Islamischen Föderation" in Berlin. Zumindest behauptet dies FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte in seinem Buch "Der Krieg in unseren Städten". Prompt wurde der mutige Journalist mit Klagen überzogen, so daß eine zweite Auflage des inzwischen vergriffenen Buches vorerst nicht möglich ist.

Der "Islamischen Föderation" geht es um Macht, Einfluß und Geld. Sie ist als Religionsgemeinschaft anerkannt, ein Status, den sie sich laut taz mit "Lügen im Namen Gottes" vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht erschlichen hat. Das bedeutet im Klartext: Sie darf an 20 Schulen etwa 3.500 Kindern islamischen Religionsunterricht erteilen, großzügig finanziert aus den ansonsten leeren Kassen des rot-roten Berliner Senats.

Während also diese Organisation, unterstützt von einem deutschen Gericht, Zensur durch die Hintertür praktiziert, während ein türkischer General seine hier lebenden Landsleute zu engstirnigem Nationalismus aufhetzt, debattiert unser Bundestag über Zuwanderung und Integration. Den Herren Volksvertretern sei in Erinnerung gerufen: Integration ist keine Einbahnstraße! Und wer als Gast in unser Land kommt, wer als solcher behandelt werden will, der soll sich auch wie ein Gast benehmen!<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Debatte um den Bombenkrieg und Jörg Friedrichs Buch "Der Brand"**

Wieder andere waren in der Glut so zu Asche geworden, daß man die Überreste mehrköpfiger Familien in einem einzigen Waschkorb davontragen konnte". Das Grauen des Luftkrieges ist in Deutschland lange Zeit relativ marginal untersucht worden. Die ungeheuerere Dimension der Vernichtung wurde eher selten mit ganzer Schärfe dargestellt. Jörg Friedrich, einem Außen-seiter der Historikerzunft, blieb es vorbehalten, in "Der Brand" den "Totengesang auf die verlorene Vergangenheit" deutscher Städte anzustimmen.

Friedrichs monumentales Werk löste in Großbritannien und Deutschland nicht nur bei Wissenschaftlern heftige Streitigkeiten aus. Die Bild-Zeitung druckte Teile des Buches ab; massive Gegenangriffe des Daily Telegraph folgten. Ist Winston Churchill als Kriegsverbrecher zu beurteilen? War der gegen Deutschland geführte Luftkrieg ein Massenmord?

Lothar Kettenacker, der am Deutschen Historischen Institut in London arbeitet, hat ein interessantes Buch herausgegeben. Darin diskutieren und bewerten Deutsche und Engländer, Historiker und Publizisten Friedrichs provokante Thesen. Die meisten Texte erschienen bereits in Zeitungen; andere Beiträge sind eigens für diesen Band verfaßt worden.

Warum fristete die Erinnerung an das Bombenmassaker, dem etwa 600.000 deutsche Zivilisten, davon 15 Prozent Kinder, zum Opfer fielen, im Vergleich zur Holocaust-Debatte ein Schattendasein? Die Sorge vieler Ideologen, Schuld könne "aufgerechnet" werden, ein Vorwurf, der jetzt auch gegen Friedrich erhoben wird, ist sicher an erster Stelle zu nennen. Auch wollte man in der Zeit des Kalten Krieges, wie manche Autoren glauben, die Westmächte nicht in Verlegenheit bringen.

Im ersten Teil des Buches analysieren Militärgeschichtler allgemeine Hintergründe des Luftkrieges, die Friedrich zu wenig berücksichtigte.

Übten Briten und Amerikaner letztlich nur "Vergeltung"? Richard Overy und Horst Boog halten diese These für wissenschaftlich überholt. Schon 1917/18 und während der 20-er Jahre erwogen britische und amerikanische Experten, in einem künftigen Krieg die Zivilbevölkerung des Gegners anzugreifen, um die Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung zu untergraben. Die Idee des "moral bombing", der Glaube, daß man das feindliche Land dort treffen müsse, wo es am schwächsten sei, war lange vor 1939 geboren.

Seit Anfang 1942 unterschieden Briten und Amerikaner nicht mehr zwischen militärischen und zivilen Zielen und praktizierten flächendeckende Bombenangriffe gegen Deutschland. Sie hofften, den deutschen "Sozialkörper", besonders die Arbeiterschaft, zu brechen.

Luftmarschall Harris betonte 1943, daß England "die deutschen Städte und ihre Einwohner auslösche". Deutschland sollten, verkündeten britische Offizielle, "die Eingeweide herausgerissen" werden. Churchill und Roosevelt billigten vorbehaltlos diese Strategie. Der britische Premierminister redete von "Ausrottung" und gedachte, "menscheneleere Räume" zu schaffen. In den letzten sechs Monaten des Krieges, als die Entscheidung längst gefallen war, hagelten

ebenso viele Bomben auf Deutschland wie in der gesamten Kriegszeit vorher. Jetzt erst sanken Städte wie Dresden, Würzburg und Potsdam in Schutt und Asche.

Die meisten Autoren sind davon überzeugt, daß die alliierte Luftoffensive scheiterte. Es sei erwiesen, schreibt Hans Mommsen, daß die Bombenangriffe fatalerweise die Soldarisierung der Deutschen mit dem NS-Regime verstärkten. Auch gelang es nicht, das deutsche Wirtschaftssystem spürbar zu schwächen, sondern die Rüstungsindustrie steigerte ihre Produktion. Die zweite Hälfte des Buches beinhaltet die deutsche und britische "Opferdebatte", die Friedrich ausgelöst hat.

Der rein wissenschaftliche Ertrag von "Der Brand" mag eher dünn ausfallen. Doch wolle Friedrich vor allem, darin sind sich die meisten Autoren einig, die Tragödie des sinnlosen Massensterbens und eine gemordete Stadtkultur betrauern. Andere wiederum befürchten, daß Friedrich, obwohl er über den Holocaust geforscht hat, dem "Geschichtsrevisionismus" und der "Aufrechnung" Vorschub leiste.

Als extremes Beispiel hierfür darf der konservative britische Autor Correli Barnett gelten. "Nun hat sich Jörg Friedrich diesem gefährlichen Pack von Revisionisten angeschlossen, die Großbritannien einen historischen Dolch in den Rücken stoßen".

Hans-Ulrich Wehler unterstellt Friedrich, dieser wolle das jahrelange Bombardement als "Unikat" des Massenmordens interpretieren, betrachte es isoliert vom übrigen Kriegsgeschehen und betreibe einen "modischen Opferkult", indem er Holocaust und Luftkrieg semantisch gleichsetze. So bezeichne Friedrich Bomberpiloten als "Einsatzgruppen" und Keller als "Krematorien".

Darf man derartige Vergleiche prinzipiell nicht anstellen? Die Vernichtung der Städte erfolgte in erster Linie durch "Feuerstürme", die Brandbomben verursacht hatten. Der Luftkrieg basierte auf der "Wissenschaft vom Feuer".

Klug und ausgewogen argumentiert die Schriftstellerin Cora Stephan. Friedrich relativiere nicht, sondern erzähle einfach nur Tatsachen, ohne sie explizit "verbrecherisch" zu nennen. Es sei absurd, eine Barbarei gegen die andere aufwiegen zu wollen. Aber Friedrich mache klar, daß die einstigen Sieger ihre Verstrickungen in schweres Unrecht ebenso zu bewältigen hätten. Diese Gedächtnislücke sei zu schließen, damit Europa ein "gemeinsames Fundament" erhalte.

*Lothar Kettenacker (Hg.), "Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45", ... Berlin 2003 ...<<*

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5/6 berichtete im Mai/Juni 2003 (x853/...): >>BUCHBESPRECHUNG

*Johannes Rogalla von Bieberstein, "Jüdischer Bolschewismus, Mythos und Realität" ... 2002 ...*

### **Das Ende eines Mythos**

Daß sich der wissenschaftliche Bibliothekar einer deutschen Universität an ein solch brisantes Thema wagt, verdient höchste Anerkennung. Es wäre zu begrüßen, wenn sich mehr Fachleute hierzu äußern würden. Daß der Autor bereits über die These von einer freimaurerisch-jüdischen Verschwörung in Belgien, Österreich, Israel, Polen und Frankreich referierte, beweist, daß er in internationalen Fachkreisen anerkannt ist. Hierfür spricht auch das Vorwort von Professor Nolte. Die zahlreichen Anmerkungen (1.561 auf 312 Seiten) erlauben etwaigen Skeptikern, die Ausführungen zu überprüfen.

Bieberstein war langjähriger Gesprächspartner des russisch-französischen Historikers Leon Poliakov, dessen "Geschichte des Antisemitismus" in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Der Erinnerung an diese Gespräche widmete Bieberstein sein Buch.

Nach Poliakov ist der jüdische Bolschewismus "ein geschichtsmächtig gewordener politischer Mythos". Die Charakterisierung des Bolschewismus als "jüdisch" trug ganz wesentlich zum

Antisemitismus der braunen Machthaber bei.

Nolte macht in seinem Vorwort darauf aufmerksam, "daß unter den Vorkämpfern der Komin-tern eine starke Minderheit, wenn nicht sogar die Mehrheit von Juden und Jüdinnen gebildet wurde." Wenn die Nazis deswegen die Juden gleichsam in Sippenhaft nahmen, ist das genauso unstatthaft, wie wenn Simon Wiesenthal in seinem Buch "Recht nicht Rache" behauptet, der Antisemitismus habe sicher eine katholische Wurzel (S. 403).

Der Rußlandexperte der Harvard-Universität, Richard Pipes, stellte 1996 fest, daß eine der "desaströsesten Konsequenzen" der russischen Revolution die "Identifikation von Juden mit dem Kommunismus" gewesen sei. Daher komme der Frage der "jüdischen Involvierung in den Bolschewismus" ein mehr als akademisches Interesse zu: "Die Unterstellung, daß das 'internationale Judentum' den Kommunismus erfand, um die christliche oder 'arische' Zivilisation zu zerstören, habe die ideologische und psychologische Begründung der Endlösung geschaffen" (S. 11 ff.).

Antibolschewistische Juden schrieben 1923: "Der grimmige Haß auf die Bolschewiki verwandelt sich in einen ebensolchen Haß gegen die Hebräer. Und nicht nur in Rußland."

Der amerikanische Filmproduzent Harry Warner warnte: "Vergiß nicht, daß du ein Jude bist. Jüdische Kommunisten werden den Zorn der Welt auf den Rest der Juden richten" (S. 13).

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson bemerkte am 17. Mai 1919 während der Pariser Friedenskonferenz, daß der Bolschewismus "jüdisch geführt" sei (S. 16). Die Tatsache, daß unter den Bolschewiken viele Juden waren, führte zu den Greueln des Antisemitismus und der Judenpogrome in Rußland.

Nach dem israelischen Historiker Jacob L. Talmon loderten für die unter ihrer Zurücksetzung leidenden und auf Erlösung hoffenden osteuropäischen Juden nach dem Ersten Weltkrieg zwei "messianische Feuer": Einmal die "zionistische Erlösung" in einem eigenen Judenstaat und die "kommunistische Weltrevolution" (S. 6).

Zwar lehnte die große Mehrheit der Juden den politischen Terror des jüdischen Trotzki ab, jedoch die christliche Welt reagierte auf die bolschewistische Bedrohung "vielfach summarisch" antisemitisch. Der amerikanische Autokönig Henry Ford prangerte in seinem Weltbestseller "The International Jew" die Juden generalisierend als "Weltbolschewisten" an und brandmarkte sie in "hervorragendem Maße" als "Revolutionsmacher" an, speziell auch in Deutschland und Ungarn, wo Bela Kun eine Jüdische Bolschewistenherrschaft errichtet habe" (S. 17).

Fords Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und erzielte eine unglaubliche Wirkung. Nicht zuletzt lieferte er den Nazis willkommene Munition im Kampf gegen die Juden, die eine "Wesensgleichheit" von Juden und Kommunismus bzw. Bolschewismus behaupteten. Eine "Jews-equal-Bolsheviks-Agitation" ließ sich in vielen Ländern zwischen den beiden Weltkriegen nachweisen und zeitigte vorübergehend auch in England starke Wirkung. Es ist wohl nicht allgemein bekannt, daß Ford Hitler unterstützte (S. 18).

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen Tausende von Büchern über Antisemitismus und Nationalsozialismus, jedoch kein einziges über den "jüdischen Bolschewismus".

Nach Talmon liegt der Grund hierfür darin, daß es sich um ein explosives Thema handele. Es verweise nämlich auf die "historische Verantwortung und Schuld von Juden". Es kontrastiere mit der herrschenden Vorstellung von jüdischer Unschuld und jüdischem Leiden. Dagegen meint der mehr als umstrittene Politologe Daniel Jonah Goldhagen, daß der "Antisemitismus nichts mit dem Handeln der Juden zu tun" habe (S. 22).

Der Pressesprecher der sozialdemokratischen Regierung Preußens, Hans Goslar, berichtete, daß die "russische Judenheit sofort die Gefahr erkannte, daß durch die 'Herrschaft' Trotzki eine ungeheure antisemitische Bewegung entfacht werde" (S. 25 ff.).

Goslar hatte ein gewisses Verständnis für die "russisch-jüdischen Freiheitsapostel", die den

Weg nach Deutschland gefunden hatten, denn "ein Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Sollten da nicht die Juden sich mit elementarer Wucht auflehnen?" Allerdings stellt er auch fest: "Was der einzelne Jude Unliebsames verübt, wird stets als jüdische Tat, nicht als menschliche Verirrung festgenagelt." Ganz ähnlich werden ja auch Vergehen einzelner Geistlicher gern "den Kirchen" angelastet.

Wenn Elie Wiesel meint, "die Mörder waren Christen", könnte man mit wenigstens demselben "Recht" die grauenhaften Verbrechen und Massenmorde der Tschecha "den Juden" zuschreiben. Noch 1934 betrug der Anteil von jüdischen Spitzenfunktionären der Tschecha 39 %, bei einem Bevölkerungsanteil von 2 % (S. 74, 141).

Trotsky war der erste Vorsitzende der "Gesellschaft der Gottlosen". Sein Stellvertreter, Emeljan Jaroslawski, erklärte:

"Wir wollen alle Kirchen der ganzen Welt in ein riesiges Meer von Flammen stürzen." Während es 1914 in Rußland 54.000 Kirchen gab, waren es 1941 nur noch ganze 500 (S. 75).

Kirchenfeindliche Äußerungen wurden besonders von solchen Propagandisten des Kommunismus formuliert, die aus jüdischen Familien stammten. Der "kriegerische Atheismus", zu dem sich der als Karl Sobelsohn geborene Radek 1919 in der Kommunistischen Internationale bekannte, wurde in der Sowjetunion auf mörderische Weise verwirklicht. Dort kam es zur umfassendsten Religions- und Kirchenverfolgung der Geschichte. Davon ist in den Geschichtsbüchern für gewöhnlich nicht die Rede.

Die jüdischen Revolutionäre Trotsky und Jaroslawski waren hieran maßgebend beteiligt. Die Ermordung des Zaren durch den christlich getauften jüdischen Anführer des Exekutionskommandos, Jurowski, löste unter Christen weltweit Unruhe aus. Dieser Mord wird den Juden von russischen Nationalisten bis heute im Sinn einer Kollektivschuld angelastet (S. 81). Verbrechen von jüdischen Kommunisten wurden als jüdische "Taten des angeblich 'jüdischen Bolschewismus' gebrandmarkt. Hierbei wurde unterschlagen, daß auch Marxisten aus christlichen Familien religionsfeindlich eingestellt waren (S. 81 ff.).

Der jüngeren jüdischen Generation erschien der Sozialismus als "Arznei" um der Unterdrückung, der sie unter den Zaren ausgesetzt waren, abzuhelfen. Juden arrangierten sich mit den Bolschewisten als dem geringeren Übel. Daß die Sowjetmacht als "jüdisch" diffamiert wurde, führte zu Pogromen. Allein 1919 wurden in der Ukraine 100.000 Juden ermordet. Unter russischen Juden gab es aber auch entschiedene Gegner der Bolschewiken.

Fromme Juden empfanden den Kampf der Bolschewisten gegen die orthodoxe Kirche als Unrecht. Im Bürgerkrieg befanden sich die Juden in einer Zwangslage. Zwar mißfiel ihnen vieles an den Bolschewisten, aber bei den "Weißen" mußten sie wegen der Gleichsetzung von Jude = Bolschewik das Schlimmste befürchten.

Auf den Parteikongressen der Bolschewiken in den Jahren 1917-22 waren 15-20 % Juden bei einem Bevölkerungsanteil von 2 %. Im siebenköpfigen Politbüro waren 1917 4 Juden. So war auch der erste sowjetische Staatschef, Jakob Swerdlow, Jude. Er gab den Befehl zur Ermordung der Zarenfamilie. Die Überrepräsentanz von jüdischen Bolschewiken war für die Antisemiten in Rußland und aller Welt eine jüdische Macht", bzw. ein "Sowjetjudäa".

Es wurde jedoch übersehen oder unterschlagen, daß die jüdischen Kommunisten alles andere als Repräsentanten der Juden waren. Wenn in unseren Tagen jüdische Funktionäre Christen für den Holocaust zumindest mitverantwortlich machen wollen, ist das nicht weniger verleumderisch als wenn behauptet würde, die Juden seien Bolschewiken und für die Massenmorde in der Sowjetunion verantwortlich. Es dürfte längst bekannt sein, daß die Hauptverantwortlichen am Holocaust wie Heinrich Himmler, Adolf Eichmann, Reinhard Heydrich und Rudolf Heß demonstrativ aus der Kirche ausgetreten waren. Hitler und Himmler verkündeten im Kreis ihrer Vertrauten, daß die Ausrottung des Christentums als jüdisches Produkt nach dem "Endsieg" auf ihrem Programm stand (S. 74).

Die "roten Assimilanten" oder "nichtjüdischen Juden" suchten mit dem Christentum auch das religiöse Judentum zu überwinden, um ein atheistisches Zukunftsreich zu begründen.

Maxim Gorki äußerte den Verdacht, der Einsatz von Juden in exponierten Stellungen könnte der Versuch gewesen sein, sie zu kompromittieren. Jaroslawski rief zum Kampf gegen das "Regiment von Jesus" aus, ließ Jesus und die Gottesmutter auf vulgäre Weise verhöhnen und Heilige auf Ikonen symbolisch erschießen (S. 135). 1930 forderte er eine internationale antireligiöse Zentralstelle, welche die wachsende Bewegung gegen die Religion steuern sollte.

1933 reagierte der katholische Theologe Konrad Algermissen hierauf mit seinem Buch "Die Gottlosenbewegung der Gegenwart und ihre religiöse Überwindung". In ihm sprach er von der "Weltgefahr des Bolschewismus", dessen "Ziel die vollständige Ausrottung des Gottesglaubens" sei. Er bemerkte, daß beim Bolschewismus jüdische Kräfte in besonderem Maße mitwirkten und führte neben Jaroslawski "führende Bolschewisten" wie Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Litwinow und Swerdlow auf, die alle jüdischer Abstammung seien. Bei Algermissen finden sich jedoch keinerlei judenfeindliche Äußerungen.

Nach seinen Angaben wurden zwischen 1918-1924 achttausend "geistliche Personen hingerichtet". In Kiew wurde der Metropolit Wladimir zu Tode gequält (S. 135 ff.). In der ganzen christlichen Welt rief der beispiellose Kampf gegen die Kirchen tiefe Beunruhigung hervor. Der Moskauer Oberrabbiner Jakob Mazeh beschwor Trotzki: "Die Trotzki machen die Revolution, aber die Bronsteins müssen dafür bezahlen" (S. 136).

Wenn es auch viele Juden gab, die sich den Bolschewisten angeschlossen hatten, ist die Rede vom "jüdischen Bolschewismus" eine böswillige Verallgemeinerung. Antibolschewistische Juden haben 1923 in Berlin die Parteinahme für den Bolschewismus als schwere, verhängnisvolle Schuld verurteilt (S. 140).

Wie in der Tschecha war auch in den Komintern der Anteil jüdischer Kommunisten außerordentlich hoch. Erster Präsident der Komintern war der Jude Sinowjew. "Die reisenden Funktionäre der Komintern waren fast ausnahmslos Juden" (S. 145). Aber die jüdischen Kommunisten bildeten eine Minderheit in der Gesamtheit der Juden. So waren die Juden Mittel- und Westeuropas ganz überwiegend bürgerlich-liberal oder sozialdemokratisch ausgerichtet. Die große Mehrheit der demokratischen Juden war ebenso wie die jüdischen Frommen entschiedene Gegner des religions-, eigentums- und freiheitsfeindlichen Sowjetsystems (S. 156).

In der Weimarer Republik betrug der Anteil von Juden an der kommunistischen Reichstagsfraktion etwa 10 %, bei einem Bevölkerungsanteil von 0,7 %. Das erste Zentralkomitee der KPD umfaßte ein Drittel jüdischer Kommunisten. Der Anteil von Juden an der kommunistischen Bewegung in Deutschland war anfangs "erheblich" (S. 158).

Der "deutsche Oktober 1923" wurde zum großen Teil von jüdischen Weltrevolutionären angezettelt und von Antisemiten als Beweis für Verschwörertheorien gewertet (162).

In Bayern wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Räterepublik errichtet. Trotz prominenter Juden in ihren Reihen empfanden auch bürgerliche Juden sie als Bedrohung, weil sie leicht als "Judenherrschaft" denunziert werden konnte. Etliche schlossen sich den Freikorps an, so auch Leutnant Willy Toller, ein Vetter von Ernst Toller, der am 7. April 1919 eine sozialistisch-kommunistische Räterepublik ausgerufen hatte (S. 170).

Die Münchner Räterepublik heizte den Antisemitismus mächtig an. Der von Lewien proklamierte "Kampf auf Leben und Tod der Bourgeoisie" vom 28. April 1919 hatte nach dem Scheitern der Revolution Konsequenzen nicht nur für jüdische Revolutionäre, sondern Juden schlechthin. Sie wurden als "Höllenhunde der jüdischen Weltrevolution" dämonisiert und haben auch Hitler inspiriert. Es war nicht nur die kommunistische Ruth Fischer, die äußerte, "daß ohne diese Vorgänge München nicht zum Geburtsort der Hitler-Bewegung geworden wäre" (S. 174).

In Österreich stammten linksradikale KPÖ-Mitglieder vielfach aus jüdischen Familien. Anti-

semitische Agitatoren arbeiteten mit der Gleichsetzungstheorie: Jude = Revolutionär. Der Radikalismus revolutionärer Juden trug zu einem dramatischen Anwachsen des Antisemitismus bei. In Ungarn errichtete der Jude Bela Kun eine Räterepublik, deren Führungspersonal überwiegend jüdisch war. So kam es zum Namen einer "Judenrepublik". Von 48 Volkskommissaren in Ungarn waren 30 Juden, von 202 Spitzenbeamten 161. Die Londoner "Times" nannte das Regime von Bela Kun die jüdische Mafia" (S. 183).

Diese Gruppe hatte sich dem religiösen Judentum entfremdet und stand der christlichen Kultur feindselig gegenüber. Bela Kun hatte "seine Herrschaft mit einem wilden Krieg gegen die Kirche" begonnen. Nach dem Zusammenbruch der Räterediktatur kam es zu einer Rachewelle. Dem "weißen" Terror fielen rund 5.000 Menschen zum Opfer, davon etwa 3 000 Juden.

Die Überrepräsentanz jüdischer Funktionäre in der KPdSU führte zum Haß der Bevölkerung gegen alle Juden. In den 30er Jahren erfolgte die "Säuberung" mit so starken antisemitischen Untertönen, daß man von einem "Holocaust an den sowjetischen Juden" sprach (S. 193).

In der messianischen Phase des Bolschewismus spielten Kommunisten aus jüdischen Familien eine dominierende Rolle. Die "Protokolle der Weisen" galten als Beweis für eine Drahtziehertheorie. Derzufolge gab es eine geheime jüdische Weltregierung, die eine jüdische Weltherrschaft herbeiführen wolle. Stalin schaltete einen Großteil der Elite der weltrevolutionären Bolschewiki aus. Die heimliche Verwandtschaft zwischen Nazis und Bolschewiken wurde in vertrauten Nazikreisen ausdrücklich anerkannt. Thomas und Heinrich Mann bezeichneten das NS-Regime als SA-Bolschewismus.

Am 21. Mai 1933 stellte das Blatt der liberalen palästinensischen Juden "Haarez" fest: "Hitler und seine Fraktion ahmen Moskau in jeder Weise nach" (S. 195). Stalin suchte sich durch seinen Antisemitismus bei den Russen als Patriot zu empfehlen und zugleich die Juden als Sündenböcke für die Defizite der Sowjetunion darzustellen.

Daß sein jüdischer Vertrauter Lasar Kaganowitsch zweiter Mann der Sowjetunion wurde, diente als Alibi, daß er nichts gegen die Juden habe. Neben Kaganowitsch wurde der ebenfalls jüdische Chef der Tscheka zum Hauptverantwortlichen am Tod von etwa 14,5 Millionen Toten in der Ukraine. "In der Literatur über den Völkermord wird die 'Kulaken-Verfolgung' explizit mit anderen Genoziden verglichen" (S. 197 ff.).

Der jüdische Politologe Manes Sperber wandte sich wegen der "Säuberungen" vom Kommunismus ab. Er räumte ein, daß "Juden nicht immer nur die Opfer, sondern auch Täter" waren. Unter abtrünnigen Kommunisten und unter Kindern jüdischer Kommunisten wird schon länger ein Diskussion über die jüdische Mittäterschaft am Kommunismus bis hin zum Verbrechen" geführt (S. 204 ff.).

Die Nazis gaben sich als "Bollwerk des Westens gegen den Weltbolschewismus" aus, um so Unterstützung zu finden. Viele Soldaten der Wehrmacht nahmen diese Rechtfertigung des antibolschewistischen Kreuzzugs für bare Münze. Hierdurch wurden sie durch das, was sie in der Sowjetunion gesehen und erfahren hatten, bestärkt.

Rudolf Kommos, der Leiter der Antikomintern-Pressestelle, strich in seinem 1939 erschienenen Buch "Juden hinter Stalin" die Kirchenfeindlichkeit der Kommunisten heraus, räumte aber ein: "Der Typus des bolschewistischen Juden ist keinesfalls der Rabbiner, sondern der Gottlose." Für viele zionistische Schüler war die Tatsache von Bedeutung, daß Karl Marx Jude war. Der Leiter der "Roten Kapelle", Leopold Trepper, bekannte: "Ich wurde Kommunist, weil ich Jude bin" (S. 208).

Als Reaktion auf das frühe Sowjetsystem erlangte der Antisemitismus eine neue Qualität. In der Ukraine und in Galizien kam es durch antisemitische Nationalisten zu blutigen Pogromen. Am 8. März 1919 berichtete die "Frankfurter Zeitung" über ein "systematisches Abschlachten zahlloser Frauen, Greise und Kinder durch die polnische Legion in Lemberg. Dabei hörte man die Parole: "Tötet die Juden, rettet Rußland!"

Am 10. Oktober bekannte sich der "American Hebrew" zur Oktoberrevolution: "Die bolschewistische Revolution in Rußland war das Werk jüdischen Denkens, jüdischer Unzufriedenheit und jüdischer Planung, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Was dank dem jüdischen Geist so hervorragend in Rußland geschaffen worden ist, ... soll in der ganzen Welt Realität werden" (S. 225). Und am 19. Juni 1920 hatte die "Chicago Tribune" den Bolschewismus als "Instrument der jüdischen Kontrolle über die Welt" charakterisiert. Die Nazis konnten sich daher leicht auf ausländische Zeugnisse für ihren Kampf gegen die Juden stützen.

Nach dem Ersten Weltkrieg eskalierte die Judenfeindschaft in den USA, weil die eingewanderten Juden einen "Vortrupp des Bolschewismus" darstellten. Der Autokönig Henry Ford bezeichnete in seinem Buch "Der internationale Jude" "den" Juden als "Weltbolschewisten", der "in hervorragendem Maß Revolutionsmacher in Deutschland" gewesen sei (S. 227). Der britische "Globe" unterstellte am 5.4.1919, daß der Bolschewismus der "erste offene Angriff des Judentums auf das Christentum" sei (S. 228). Die kommunistische Partei Polens wurde in hohem Maß durch Juden geprägt.

Nach Schätzungen waren 1930 etwa 35 % ihrer Mitglieder Juden, in Warschau sogar 65 %. So erklärt sich der nationalpolnische Antisemitismus. Die Kluft zwischen Polen und den polnischen Juden wurde durch Pogrome bei der polnischen Staatsgründung und im polnisch-russischen Krieg von 1920 noch vertieft (S. 230 ff.).

In Berlin war die sowjetische Botschaft der Herd der bolschewistischen Agitation. Da es in der KPD viele jüdische Spitzenfunktionäre gab, setzten viele Juden und Kommunisten gleich. Mehr noch als in Berlin traten in München jüdische Revolutionäre in Erscheinung, was zu einem aggressiven Antisemitismus führte.

Auf der Tagung "Yiddish and the Left" 2001 in Oxford erklärte Tony Michels, der Sozialismus habe ein 'jüdisches Gesicht' gehabt. Zugleich konstatierte er das Widerstreben seiner Zeitgenossen, öffentlich die "disproportionale" Zahl der jüdischen Mitglieder der kommunistischen Parteien zu diskutieren.

Jedoch Tatsachen verschwinden nicht dadurch, daß man sie geflissentlich verschweigt. Zunächst gilt es, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und dann nach einer Erklärung zu suchen. Sie ist weitgehend darin begründet, daß Juden jahrhundertlang unterdrückt wurden. Es ist aber keine böswillige Unterstellung, sondern unanfechtbare Tatsache, daß gerade jüdische Revolutionäre das Christentum zu vernichten suchten (S. 263).

Die Mehrheit der Christen war dennoch nicht antisemitisch eingestellt. Der jüdische Theologe und Historiker Pinchas E. Lapide stellte in seinem 1967 als "Anti-Hochhuth-Buch" konzipierten Werk "Rom und die Juden" fest, daß die katholische Kirche unter Papst Pius XII. weit mehr Juden gerettet hat, als sämtliche anderen Kirchen, Religionsgemeinschaften, das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Alliierten zusammengenommen (S. 188).

Und der Schriftsteller Thomas Mann und der jüdische Sozialphilosoph Max Horkheimer, beide nicht gerade Freunde der katholischen Kirche, ließen nach 1945 untersuchen, welche Bevölkerungsschichten den Juden am meisten geholfen haben. Horkheimer nannte in einem "Spiegel-Interview" das Ergebnis seiner Studie, das ihn und Thomas Mann überraschte: "Gläubige Katholiken haben die größte Bereitschaft gezeigt, den Verfolgten zu helfen."

Im Revolutionsjahr 1848 kursierte in Wien ein Flugblatt mit folgendem Inhalt: "Die Christen, die keinen Christusglauben mehr haben, werden die wütendsten Feinde der Juden sein. Wenn das Christenvolk kein Christentum und kein Geld mehr hat, dann ihr Juden, laßt euch eiserne Schädel machen, mit den beinernen werdet ihr die Geschichte nicht überleben" (S. 264). Man erinnere sich an die unerbittlichsten Judenfeinde im Dritten Reich, die sämtlich aus der Kirche ausgetreten waren. Lediglich Hitler und Goebbels waren aus taktischen Gründen in der Kirche verblieben.

Während vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg der Begriff "Rasse" einen diskriminierenden

Beigeschmack erhielt, war dies ursprünglich nicht der Fall, sondern wurde synonym für "Volk" verwendet. Auch Juden bezeichneten sich früher als Angehörige der jüdischen "Rasse", so etwa der jüdische Arzt Fritz Kahn in seinem seinerzeitigen Bestseller von 1920 "Die Juden als Rasse und Kulturvolk". Gewiß gab es wechselseitige Abgrenzung. Für fromme Juden kam eine Ehe mit einem Christen nicht in Frage, wie es im Musical "Anatevka" so drastisch geschildert wird. Ähnliches gab es übrigens - bis weit ins vergangene Jahrhundert hinein - zwischen Katholiken und Protestanten.

Die amerikanische Historikerin Sarah Gordon bemerkte 1984, es gebe eine Tendenz, die "signifikante Rolle", die jüdische Intellektuelle in SPD und KPD gespielt hätten, auszuklammern und zu ignorieren und so "genuine und objektive Gründe für den verstärkten Antisemitismus zu vernachlässigen" (S. 271). Und Henryk Broder wies im "Spiegel" vom 24.9.2001 anlässlich der Eröffnung des jüdischen Museums in Berlin darauf hin, daß dieses Museum nur "brave Juden" präsentiere, dagegen in ihm jüdische Ketzer wie Karl Marx und Rosa Luxemburg als "unerwünscht" überhaupt nicht vorkämen.

Ohne die Existenz vieler jüdischer Kommunisten wäre die Vorstellung von einem "jüdischen Kommunismus" nicht entstanden und auch nicht plausibel zu machen (S. 274). Nach Ezra Mendelsohn von der Hebräischen Universität in Jerusalem war die "Prominenz" von Juden in kommunistischen Regimen ein "Desaster für die gesamte jüdische Gemeinschaft" (S. 274). So wurden Pogrome in Litauen und Polen - denken wir etwa in Jedwabne - erklärlich, wenn auch nicht im mindesten zu rechtfertigen.

Die Kampfansage des Bolschewismus an die bürgerliche und christliche Welt, die durch extremistische und terroristische Juden wie Trotzki, Jagoda oder Bela Kun wesentlich mitgetragen wurde, hat den überlieferten Antisemitismus noch verstärkt. Diese Zusammenhänge zu ignorieren und, wie Goldhagen, zu behaupten, daß "Antisemitismus nichts mit dem Handeln der Juden zu tun hat, verfälscht die Geschichte. Die Identifikation von Juden und Bolschewisten diente den Nazis als "perfekter Vorwand" für Pogrome.

Der ehemalige Auschwitz-Häftling Carl Amery schrieb in seinen "Widersprüchen", daß das oft tabuisierte "Problem der Rache, richtiger der rächenden Gewalt", nicht ausgespart werden dürfe (S. 281).

Biebersteins Buch dürfte nicht bei allen ungeteilten Beifall finden, da es nicht im Einklang mit der political correctness steht. Eine These von Juden als durchgängig unschuldigen Opfern ist aber ebenso wenig haltbar wie die von "Hitlers willigen Vollstreckern". Die sorgfältigen Belege des Autors für seine Darstellung sind geeignet, Juden wie Nichtjuden vom hohen Roß der Selbstgefälligkeit und des arroganten Pharisäismus herunterzuholen, sofern die Leser bereit sind, sich nicht von vorgefaßter Ideologie, sondern der Wahrheit leiten zu lassen und die Geschichte so zur Kenntnis zu nehmen, "wie es eigentlich gewesen ist." Das ausgezeichnete Buch verdient weiteste Verbreitung.

*Lothar Groppe ... <<*

Der Konvent und legte dem Europäischen Rat am 10. Juli 2003 einen Entwurf für eine europäische Verfassung vor.

Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski schrieb am 15. Juli 2003 in der polnischen Zeitung "Rzeczpospolita" (x309/95): >>Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 wurde über den Transfer der deutschen Bevölkerung aus jenen Gebieten entschieden, welche Polen zugeteilt wurden, und zwar nicht im Ergebnis einer freien Willensäußerung unserer Gesellschaft.

Und es war auch gewiß kein Grund zu ungetrübter Freude für die Polen, daß sie im Austausch gegen acht Wojewodschaften (Regierungsbezirke), in denen sie seit Jahrhunderten gelebt hatten und die nun der damaligen Sowjetunion zugeschlagen wurden, die Gebiete an der Oder und Neiße erhielten.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>>Hintze: Duckt Euch!

### **Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen**

Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen - war doch aus dem Hickhack, aus der Pöbelei des sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Martin Schulz gegen den italienischen Ministerpräsidenten und dessen ebenso witz- wie niveauloser Replik, die Luft raus - wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.

Der fand zwar auch Berlusconi's Bemerkung unappetitlich, der Sozi solle sich in einem Film über KZs als Kapo-Darsteller bewerben, doch empörte es ihn noch viel mehr, daß Bundeskanzler Schröder daraufhin seinen Urlaub in Italien abgesagt hatte. Es habe bisher, so Hintze, allgemeine Übereinstimmung bei allen Bundesregierungen von Willy Brandt bis Helmut Kohl gegeben, im internationalen Verkehr nicht für Deutschland dessen Gewicht als größtes, volkreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land Europas in die Wagschale zu werfen - "wegen unserer Vergangenheit".

Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).

Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!

"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht.

Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich

25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.

Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katzbuckelei.

Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.

Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."

Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.

Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.

So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>**Die vielen Hansjürgens und Utes**

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Zum brieflichen Beschnuppern der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.

Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inne-

ren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.

Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Niederlage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.

Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauer überlaufen.

Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."

In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt: Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."

Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischten, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren.

Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.

Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der, auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".

*Lorenz Jäger*

Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 23. August 2003 (x887/...):  
**>>Skandalöser Artikel über Vertriebene in polnischem Magazin**

von *Martin Schmidt*

Daß die Sudetendeutschen und der Bund der Vertriebenen in Tschechien häufig als antideutsche Schreckgespenster erhalten müssen und ihr Einfluß von der Presse grotesk übertrieben wird, ist manchen hiesigen Beobachtern wohl noch bewußt.

Anders sieht es beim Nachbarn Polen aus: Zwar gibt es jenseits von Oder und Neiße unter den heranwachsenden Generationen eine wachsende Bereitschaft, alte deutschfeindliche Geschichtsbilder schrittweise zu berichtigen, aber man findet immer wieder auch Belege für gegensätzliche Strömungen.

Ein alarmierender Fall aus jüngster Zeit ist ein Artikel in der Zeitschrift Wprost vom 3. Au-

gust. Man könnte über diesen polemischen und nicht selten böswilligen Beitrag einer gewissen Krystyna Grzybowska über die bundesdeutsche Politik und die Vertriebenen hinweggehen, wäre er nicht im vielbeachteten Wochenmagazin Wprost (Direkt) erschienen - einer Art polnischem Spiegel mit Elementen von Focus und Bild.

Schon der Einstieg offenbart einen emotionalen Ansatz: "Die in Deutschland regierenden Linken haben mit ihrer Feinfühligkeit aufgehört. ... Es ist ein gewisses Verständnis in bezug auf die territorialen Ressentiments aufgetreten, und zwar sogar bei Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem deutschen Außenminister Joschka Fischer. Bisher wird dies durch den verstärkten Druck auf Tschechien zum Ausdruck gebracht, die Benesch-Dekrete zu annullieren."

Abgesehen davon, daß die Bezeichnung "territoriale Ressentiments" für das Bemühen um eine Aufarbeitung der Massenvertreibung von Deutschen aus dem Osten oder für völkerrechtlich gestützte Forderungen nach Heimatrecht und Eigentumsschutz eine Frechheit ist, fragt man sich erstaunt, wie die in Posen ansässige Zeitschrift zu ihrer Einschätzung der deutschen Regierungspolitik kommt.

Zwar gab es in jüngster Zeit zaghafte Zugeständnisse aus Prag - etwa die Erklärung vom 19. Juni zur EU-Volksabstimmung, in der die Vertreibung der böhmischen Deutschen als "aus heutiger Sicht unannehmbar" bezeichnet wird -, jedoch stellen diese zuallerletzt eine Antwort auf massiven "Druck" seitens der deutschen Zentralregierung dar.

Auch der Vorschlag des Bundesrates vom Juli, den 5. August zum "Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung" zu erheben, geht bekanntlich nicht auf Rot-Grün, sondern auf die in der Länderkammer maßgeblichen Unionsparteien zurück.

Somit entbehrt schon die argumentative Ausgangsposition Frau Grzybowskas jeder Grundlage. Doch auch so sind die nachfolgenden Thesen haarsträubend. Zum Beispiel ihre Bewertung des BdV: "Je besser die Beziehungen (zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen; Anmerkung des Verfassers) waren, desto geringer war die Bedeutung des Vertriebenenverbandes. ... Um den Bund der Vertriebenen ist es jedoch heute besser bestellt als je zuvor."

Hier wird der Popanz eines aggressiven anti-polnischen Interessenverbandes aufgebaut, der mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. In Wahrheit waren es in der Nach-Wende-Zeit insbesondere vertriebene deutsche Schlesier, Pommern, West- oder Ostpreußen, die jenseits der Grenze ihre Heimat besuchten und vielfältige Beziehungen zu heute dort lebenden Polen knüpften.

Zu einer Zeit, da die Masse der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber den Nachbarn im Osten noch immer von tiefer Skepsis und noch mehr von völliger Unwissenheit und Desinteresse geprägt wird, kommt den Vertriebenen eine Vorreiterrolle zu, wenn es gilt, den Europa zerteilenden eisernen Vorhang in den Köpfen endgültig zu zersprengen.

Jenseits solcher Einsichten wird in der gemeinhin als konservativ, antikommunistisch und pro-amerikanisch eingestuften Zeitschrift Wprost publizistisches Gift verspritzt: "Jeder, der sich während der Nazizeit nur einen Moment außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik Deutschland aufhielt und dann zurückkehrte, verfügt über den Status eines Vertriebenen. Joschka Fischer hat demnach den Status eines Vertriebenen aus Ungarn."

Nach der deutschen Interpretation können sogar sowohl der Sohn des Gouverneurs Hans Frank als auch die Kinder der Belegschaft von Auschwitz als Vertriebene anerkannt werden. Auf diese Weise wurde auch Erika Steinbach selbst als Vertriebene anerkannt, deren Vater einige Jahre im Gebiet der polnischen Region Pomorze (Pommern) diente."

Hier soll der Eindruck erweckt werden, als ob es sich bei den deutschen Vertriebenen mehrheitlich um Personen handelte, die sich infolge der NS-Herrschaft kurzzeitig aus dem Gebiet zwischen Rhein und Oder auf polnischem Boden niederließen und nach Kriegsende in den Westen "zurückkehrten".

Der Großteil der polnischen Leser dürfte tatsächlich nicht wissen, daß die Masse der rund 15

Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Gebieten wie Schlesien, Pommern oder Ostpreußen stammten, die inzwischen zu weiten Teilen zum polnischen Staat gehören, aber bis zum Ende des Krieges zu über 90 Prozent von alteingesessenen Deutschen bewohnt waren.

Anders geartete Formen des Heimatverlustes wie die Umsiedlungen der Baltendeutschen, der Wolhynien-, Galizien-, Buchenland- und Bessarabiendeutschen oder der Deutschen aus der Gottschee sind demgegenüber mit einer Gesamtzahl von rund einer halben Million Betroffener quantitativ zu vernachlässigen.

Erst recht gilt das für jene Personen, die zum Zeitpunkt der Vertreibung beispielsweise aus beruflichen Gründen oder auf Weisung der Partei erst kurze Zeit im Osten des Reiches lebten und dann gezwungenermaßen wieder gen Westen gingen.

"Joschka" alias Joseph Fischer hielt sich nie in der ungarndeutschen Heimat seiner Eltern auf, doch deren Vertreibungsschicksal hat unbewußt zweifellos seinen Werdegang beeinflußt.

Seine Familie mußte wie mehr als 220.000 Ungarndeutsche das von den Vorfahren im 18. Jahrhundert nach großen Strapazen neuerworbene Zuhause aufgeben. Für die Fischers hieß das, im März 1946 mit nur 50 Kilo Gepäck aus Wudigeß (Budakeszi), einem Vorort Budapests, aufzubrechen, um im Schwäbischen neu anzufangen. Dort wurde 1948 auch Sohn Joschka geboren.

Während bei der Familie des Metzgermeisters Jakob Fischer nur die Urahnen einen direkten Bezug zu Binnendeutschland hatten, stammten Erika Steinbachs Eltern tatsächlich aus Westdeutschland. Genauer: aus Bremen bzw. Hanau. Kennengelernt haben sie sich aber in Westpreußen, wohin Steinbachs Vater als Offizier versetzt wurde und wo in Rahmel im Juli 1943 Tochter Erika zur Welt kam.

Die Vertreibung der eigenen Familie und der Masse alteingesessener westpreußischer Deutscher erlebte die heutige BdV-Vorsitzende somit nicht bewußt mit, doch auch sie erlitt ein nicht selbst verschuldetes Kriegsfolgeschicksal.

Zu dem von der Verfasserin wörtlich erhobenen Vorwurf, die deutsche Seite würde die Unterschiede zwischen Evakuierungen, zwangsweisen Umzügen, Flucht und Vertreibung "verwischen", sei mit dem amerikanischen Völkerrechtler und Historiker de Zayas darauf hingewiesen, daß praktisch alle Betroffenen nach dem Ende der Kämpfe heimkehren wollten. Daran wurden sie dann von den polnischen, tschechischen oder sowjetischen Behörden gehindert und so zu Vertriebenen gemacht.

Besonders abwegig ist die folgende Passage: "Die Vertreibung" wurde "niemals rücksichtslos und konsequent umgesetzt. Wenn es so wäre, gäbe es heute keine deutsche Minderheit in Polen sowie deren Vertretung im Sejm. Weder die Flüchtlinge und Aussiedler noch die falschen Deutschen, die in der Zeit des Kommunismus in die Bundesrepublik Deutschland gelangten, ... sind Vertriebene."

In aller Kürze sei zu diesen Behauptungen, die einem schier die Sprache verschlagen, Folgendes angemerkt: Die Warschauer Kommunisten setzten die ethnischen Säuberungen nur dort nicht konsequent durch, wo sie Deutsche als Fachkräfte für die Wirtschaft brauchten (etwa bei Waldenburg) oder wo sie - wie in Oberschlesien und Masuren - in Anwendung der "Autochthonen"-Theorie auf eine rasche Polonisierung hofften.

Daß letzteres kaum Erfolg hatte und es immer mehr "falsche Deutsche", wie Grzybowska Teile der schlesischen oder masurischen Aussiedler nennt, wegzog, hat viele Gründe. Nicht zuletzt besteht ein Zusammenhang mit der Entdeutschung der Oder-Neiße-Gebiete durch die Massenvertreibungen. Denn diese entfremdeten auch die Verbliebenen von ihrer Heimat.

Gegen Ende des Wprost-Artikels schwadroniert die Verfasserin darüber, daß die angebliche neue deutsche Interpretation des Krieges und seiner Folgen einen "Verlust an Sensibilität" beweise, da die "Leiden des Verursachers und das Leiden des Opfers ... niemals moralisch

gleichgestellt werden" könnten.

Damit redet die Wprost-Autorin einer Kollektivschuld-Mentalität und der Zweiteilung in gute und böse Opfer das Wort, deren ethische Fragwürdigkeit den Keim für neuen Völkerhaß legen.

Statt dessen sollte sie sich an Sätze aus einem Memorandum erinnern, das Robert Murphy, Berater der US-Militärregierung in Berlin, am 12. Oktober 1945 angesichts der zahllosen Vertriebenen verfaßte: "Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Dies ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ..." <<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. September 2003 (x887/...):

>>**Gut gehütetes Kainsmal**

Hans-Joachim von Leesen über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:

Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museal dargestellt werden.

Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.

Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus.

Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süßmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektivschuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.

Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstrument, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt. Der sudeten-deutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil, faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" (... München 2002 ...) zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kollektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß.

In einem Nachwort des Psychologen Prof. Herbert Speidel wird aus der Sicht des Wissenschaftlers untersucht, wie die permanenten Selbstbeschuldigungen der Deutschen aus dem Munde ihrer politischen Klasse vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu deuten sind und wohin die Bekenntnisse der angeblich "unvergleichlichen Schuld", die nichts anderes ist als eine seelische Erkrankung, führen.

Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.

Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.

Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabeauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.

Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekennnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. (Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.)

Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.

Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne eigene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese. Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".

Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.

Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.

Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß ausländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.

Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Au-

ßenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte (so wie Frankreich durch die Revolution 1789), antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.

In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekennnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich (natürlich) finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.

Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.

Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Totschweigen (von Sieger-Verbrechen) nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen.

Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen." Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man versucht, sie aufzurechnen.

Welche absurden Folgen der so herangezöchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."

Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.

Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorgekommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzweifelt an "selige DDR-Zeiten".

Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in

Deutschland keine Rechtspartei geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.

Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen.

Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.

Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.

Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintjekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<

Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker (1925-2016) schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**

Vae victis - wehe den Besiegten

Nach ihrer schweren Niederlage gegen die Gallier vor 2.390 Jahren erkaufte sich die Römer den Abzug der Fremden aus ihrer Stadt mit einem hohen Lösegeld in purem Gold. Als die Gallier beim Abwiegen des Goldes manipulierte Gewichte benutzten und die Römer dagegen protestierten, rief Brennus, der gallische Heerführer, "Vae victis!", was nichts anderes bedeutete als: ihr habt nichts zu sagen, seid froh, daß wir euch nicht umbringen.

Dieses "Vae victis!" wurde in den folgenden Jahrhunderten zum Sinnbild einer gnadenlosen und rechtlosen Behandlung besiegter Gegner. In der Antike bestand eine weitverbreitete Gewohnheit, die Soldaten eines besiegten Heeres zu töten oder in die Sklaverei zu führen.

Die Grausamkeit unter streitenden Parteien und Staaten nahm zu. Die Kirche war nicht imstande, dieser Entwicklung moralische oder rechtliche Barrieren entgegenzusetzen. Erst mit der Reformation durch Martin Luther und Johannes Calvin, mit der Veränderung des Weltbildes durch Kopernikus und Galilei veränderten sich auch Lebensgefühl und Lebensformen der Menschen.

Hinsichtlich der antiken Rechtsansichten wurden neue Überlegungen angestellt. Einer der herausragenden Vertreter der neuen Rechtslehre war der 1583 geborene Hugo Grotius. Man nennt ihn den Vater des Völkerrechts. Er forderte die Einhaltung von Rechtsregeln nicht nur im friedlichen Verkehr der Völker untereinander, sondern auch während und nach Austragung von kriegerischen Konflikten.

Das bisher geltende "ius ad bellum", das Recht eines Staates zur Kriegführung, wurde durch die Lehre vom "gerechten Krieg" - das "bellum iustum" - ersetzt. Ein gerechter Krieg sollte nach Hugo Grotius im Interesse des Rechtsfriedens mit einem "guten Frieden" beendet wer-

den. Zu einem guten Frieden gehörte nicht nur ein totales Vergessen der gegenseitig zugefügten Gewalttaten, sondern auch die Gewährung gegenseitiger Amnestie.

Der Westfälische Friedensvertrag, der den Dreißigjährigen Krieg 1648 beendete, wurde daher mit der Klausel eingeleitet: alle Gewalttaten sollen gegeneinander aufgehoben sein und dem immerwährenden Vergessen anheimgegeben werden. Diese Klausel enthielt auch der Friedensvertrag zwischen Schweden und Preußen vom 21. Januar 1720 und endlich auch der Hubertusburger Frieden, der den Siebenjährigen Krieg 1763 beendete.

Aber auch die Lehre des "gerechten Krieges" gab man im 18. Jahrhundert auf und versachlichte die Kriegsgründe. Man nannte die Kriege deshalb "Kabinettskriege". Den zahlreichen seit 1700 von den Großmächten geführten Konflikten fehlte daher das zerstörerische Element der Berufung auf den "wahren Glauben" oder auf die "bessere Moral". Das hatte zur Folge, daß die Friedensschlüsse den Kriegsparteien Versöhnung brachten und eine zügige Wiederaufnahme von menschlichen und staatlichen Beziehungen nach Ende der Kampfhandlungen. Friedrich der Große meinte, die Bevölkerung dürfe es nicht merken, wenn der Staat einen Krieg führe.

Der erste internationale Vertrag, der humane Forderungen als verbindlich zwischen den Staaten im Krieg und Frieden festlegte, war der Vertrag zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1783. Hier sind zum ersten Mal - übrigens auf Veranlassung Preußens - Bestimmungen zur Humanisierung der Kriegführung als elementare menschliche Grundrechte ins Völkerrecht eingegangen. Während des 19. Jahrhunderts wurde dieser Vertrag im gegenseitigen Einverständnis mehrmals verlängert, zuletzt durch Wilhelm II. Ende des 19. Jahrhunderts.

Es hatte gute Gründe, daß man von der Rechtfertigung eines Krieges "als gerecht" abgerückt war, denn die Berufung auf die gerechte Sache führte zur Verabsolutierung des eigenen Standpunktes und somit zu Intoleranz und Fanatismus. Der Sieg des Stärkeren oder des zahlenmäßig Überlegenen sollte nicht länger als Sieg der gerechten Sache gelten. Die Identifikation von Sieg mit dem Recht, kurz Siegerjustiz genannt, zerstörte in Wirklichkeit den Glauben an das Recht und seine Gültigkeit.

Die Versachlichung des Völkerrechts, die der Menschlichkeit diene, das Abrücken vom moralisch gerechtfertigten Krieg haben Großbritannien und die USA im Ersten Weltkrieg zum Schaden Europas aufgegeben und den Grundsatz vom "gerechten Krieg" nach 200 Jahren wiederbelebt. Außenpolitische und völkerrechtliche Fragen wurden wieder moralistisch und ideologisch behandelt. Diese moralisierende Verherrlichung des eigenen Standpunktes führte zum Fanatismus und zur Inhumanität.

Europa erlebte fanatisierende ideologische Auseinandersetzungen von einer Stärke, wie sie auf dem Kontinent in den beiden zurückliegenden Jahrhunderten unbekannt geworden waren. Die Selbstvergötzung der Alliierten, die künstliche Politisierung mit Hilfe der modernen Propagandaapparate wurde zur Quelle des Unheils in Europa. Es wurde die Ursache für jene maßlose Überschätzung des Politischen, jene Aufwühlung politischer Leidenschaften, die mit der totalen Politisierung allen Lebens, dem Aufsaugen aller echten Gemeinschaftsbildung durch den Staat geendet haben. Ein Ignorant, wer diese Ursachen nicht erkennt.

Der Friedensschluß in Versailles nach dem Ersten Weltkrieg machte die Aufgeblasenheit und den Unfehlbarkeitsdünkel der Alliierten zum Vertragsinhalt. Seine Wirkungen beschrieb Altbundespräsident Richard von Weizsäcker wie folgt: "Frankreich, England und die USA verloren jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kainsmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte Folgen haben, sie kamen, und sie waren schwer".

Auch der Zweite Weltkrieg wurde durch den Einfluß der Vereinigten Staaten mit der Selbstvergottung der Sieger beendet. Der gegenüber allen Deutschen erhobene Vorwurf der

Kollektivschuld und des Gewußthabens von rechtlichen Verfehlungen diene nicht der Förderung des Verständnisses geschichtlicher Zusammenhänge, sondern man verfolgte das politische Ziel der persönlichen Demütigung und Erniedrigung der Deutschen, das Untergraben ihres nationalen Selbstbewußtseins. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dieses Ziel erreicht worden.

Es ist folgerichtig, wenn wir hier die umgekehrte Frage stellen, nämlich nach der Verantwortung der Bürger der alliierten Länder an den völkerrechtswidrigen, rechtswidrigen oder nur moralisch unsittlichen Verhaltensweisen ihrer Regierungen und ihrer Armeen während und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Für die bestialischen Untaten an den europäischen Juden trägt Deutschland, unabhängig vom Wissen des einzelnen, die Verantwortung. ...

Angesichts der deutsch-preußischen Geschichte werden diese Untaten ewig unerklärlich bleiben, ein schwarzer Fleck, der sich niemals tilgen läßt, weder durch Zeitablauf noch durch Vergessen. Dieser unbegreifliche Frevel läßt sich auch nicht durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen ähnlicher Art in seiner moralischen Bewertung abschwächen oder tilgen.

Diese Regel gilt jedoch für beide Seiten. Das heißt, in umgekehrter Weise auch für die von Amerikanern, Engländern oder Russen begangenen Verbrechen, deren Unrechtsgehalt ebenfalls weder durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen, schon gar nicht durch Berufung auf Hitler gerechtfertigt oder moralisch gemindert werden kann. Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit fordern gleiche Behandlung gleicher Tatbestände, und zwar ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen der Nationalität. Von deutschen Verfehlungen wird in den inländischen und ausländischen Medien im Übermaß berichtet. Daher wollen wir uns hier den Verfehlungen der anderen Seite zuwenden.

Schon bei Beginn des Krieges wurde in England unter Verstoß gegen das Völkerrecht die Bombardierung der deutschen Städte mit dem Ziel der Terrorisierung der zivilen Bevölkerung erörtert und zur Strategie der Kriegführung bestimmt.

Es widerspricht allen Forschungsergebnissen, die englischen Bombenangriffe als vom Völkerrecht sanktionierte Vergeltung für gleichartige deutsche Angriffe entschuldigen zu wollen. Uneingeschränkt gilt das auch für den deutschen Bombenangriff auf Coventry, der nur auf militärische Objekte zielte, nicht auf die Bevölkerung. Das ist heute in der Wissenschaft unstrittig. Trotzdem wird von Journalisten, Politologen und der Evangelischen Kirche in Potsdam immer wieder und wieder das Gegenteil behauptet. Ist es Nachlässigkeit oder ideologische Absicht?

Am 8. Juli 1945 bat der japanische Kaiser über den schwedischen König die USA um die Einleitung von Friedensverhandlungen. Trotzdem erfolgten am 6. August und am 9. August die Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben. Ungeheure Verluste und die schrecklichsten Verletzungen unter der Zivilbevölkerung waren die Folge. Es ist eine unentschuld bare Unwahrheit zu behaupten, die Atombomben haben der Kriegsverkürzung und damit der Schonung von Menschenleben gedient.

Es waren Bombentests, Versuche am Menschen. Hat von der US-amerikanischen oder britischen Bevölkerung keiner von diesen Verbrechen etwas gewußt? Wer hat sie verhindert, zumindest versucht, sie zu verhindern? Diese Frage ist natürlich nur rhetorisch gemeint, sie sollte nur die Absurdität des Schuldvorwurfs deutlich machen, der gegenüber den einzelnen Deutschen wegen der Untaten an den Juden erhoben wird.

Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in

Preußen.

Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert.

Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern. Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.

Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliardenschwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.

Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden.

Ein weiterer Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen aus ihren angestammten preußischen Siedlungsgebieten. Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt.

Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben. Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen. Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.

Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen.

Preußen sollte auch mit dem britischen Luftangriff auf Potsdam am 15. April 1945, nur wenige Tage vor Ende des Krieges, getroffen werden. Die Zerstörung Potsdams war ohne die geringste militärische Bedeutung. Sie sollte den kulturellen Kern Preußens zerstören. Potsdam war die preußischste Stadt der preußischen Könige, die Stadt entsprach im Tiefsten ihres Wesens dem preußischen Staat. Holland, Italien, Frankreich und England, die Antike, Renaissance, aber auch Rußland und selbst der Islam waren in der Stadtarchitektur mit Bauten und Nachbauten vertreten. Aus dieser kulturellen und geistigen Fülle ist in Preußen eine Einheit

geworden.

Das Fremde zu integrieren und es der Entwicklung Preußens dienlich zu machen, hat keine Stadt so repräsentiert wie Potsdam. Das wußte die britische Führungsschicht, deshalb mußte Potsdam nur wenige Tage vor Ende des Krieges als Kulturdenkmal zerstört werden. Der Angriff auf Potsdam, es war ein Akt kultureller Barbarei, bewies die gleiche militärische Unsinnigkeit wie der Angriff auf Dresden im Februar 1945. Wie glücklich kann sich die Welt heute schätzen, daß sich deutsche Offiziere eingedenk ihrer preußischen Tradition trotz gegenteiliger Befehle bemüht haben, Rom und Paris vor der Zerstörung zu bewahren.

Aus der Tatsache, daß die deutsche Zivilbevölkerung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen sich nicht an abgesprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, läßt mehr über die Deutschen erkennen, als aus den von einer aufgehetzten SS-Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen.

Der höchstdekorierte amerikanische Jagdflieger, der spätere General Chuck Yeager berichtete in seinen Kriegserinnerungen, daß den US-amerikanischen Jagdfliegern im Herbst 1944 der Befehl erteilt wurde, auf alle sich bewegenden Zivilisten zu schießen und zwar mit der Begründung, mit der Terrorisierung der Zivilbevölkerung sollte ihr Widerstandswille gebrochen werden. Der General schreibt, dieser Befehl war grausam, und doch gehorchten wir alle und schossen auf wehrlose Menschen.

Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Vae Victis" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde. Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung.

Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. "Vae Victis".

Preußen setzte sich für die Humanisierung der Kriegführung ein. Im Ersten Weltkrieg wurde der "gerechte Krieg" revitalisiert.

"Wehe den Besiegten": Als die belagerten Römer sich darüber beschwerten, daß die gallischen Belagerer beim Abwiegen des römischen Lösegeldes in purem Gold mit manipulierten Gewichten arbeiteten, legte der gallische Heerführer Brennus sein Schwert zusätzlich auf die Waagschale mit den Gewichten und sagte: "Vae victis!" - Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 (x887/...):  
>>"Hällowien" / Horror statt Christentum

Sankt Martin hat in den Abartigkeiten des Halloweens eine unheilige Konkurrenz bekommen. Dies kann man in diesen Tagen feststellen. In den katholischen Hochburgen - allen voran im

Rheinland - war es bisher von alters her Brauch, daß die Kinder am 9. November mit selbstgebastelten Laternen in einem Lichterumzug einem stolzen Reiter folgten.

Der Reiter, er trägt einen roten Mantel, verkörpert den um 316 in Pannonien geborenen Sohn eines römischen Tribuns. Martinus, der dem römischen Kriegsgott Mars geweihte, gehörte seit seinem 15. Lebensjahr der kaiserlichen Garde an. Mit 18 aber nahm Martin den christlichen Glauben an. 361 gründete er in Ligugé das erste Kloster Galliens und wurde zehn Jahre darauf von den Gläubigen zum Bischof gewählt.

Von dem 375 durch ihn gegründeten und nahe Tours gelegenen Kloster Marmoutier aus verbreitete Martin das Evangelium in Gallien. Unter Chlodwig, dem Merowinger, wurde der am 8. November 397 verstorbene Martin Schutzheiliger und sein Mantel zur Reichsreliquie.

Seitdem wird das Fest als christliches, weniger merowingisches, von den Franken gefeiert. Heute gilt Martins Beispiel, der einen Teil seines Legionärsmantels einem Bettler gegen die winterliche Kälte gab, als ritterlicher Gnadenakt. Die Kinder begehen das Martinsfest nicht nur mit einem Lichterumzug. Sie ziehen mit ihren bunten Laternen außerdem von Haus zu Haus und künden den Menschen mit ihren Liedern von der christlichen Barmherzigkeit, die Martin uns vorgelebt hat. Dieser christliche Brauch wird nun zunehmend von einem aus Amerika herüberschwappenden Halloweengrusel verdrängt.

Kinder verkleiden sich nun als Gespenster und sonstige Horrorfiguren, nerven die Menschheit mit ihrem drohenden "Süßes oder Saures!" und ziehen mit der Gewißheit ins Leben hinaus: Wer Drohungen ausspricht, statt von Barmherzigkeit zu singen, der kommt auch an sein Ziel. Doch woher kommt dieser unheilige "Miß"-Brauch? Schon die frühen Kelten kannten ein herbstliches Fest, das sie "Samhain" nannten - erst später, im christianisierten Schottland, kam der Name "Halloween", deutsch: "Hällowien", auf.

Samhain ist nicht Hexen-Sabbat, es bedeutet das Ende der dritten und letzten Ernte im Jahr, den Beginn des Winters. Zugleich gilt der Herbst als Jahreszeit der Geister. Umherspukende Wesen sollten besänftigt werden, indem man ihnen "Seelen-Kuchen?!" opferte. Der Halloween-Brauch, der in ähnlicher Form auch als tradiert heidnischer Brauch in deutschen Regionen gepflegt wurde, wurde vor allem von den Iren mit in die "Neue Welt" gebracht, als sie während der großen Hungersnöte zwischen 1830 und 1850 in großer Zahl in die USA einwanderten.

In den 1960er Jahren wurde es erstmals große Mode, den Nachwuchs als Fernsehfigur zu verkleiden. In den 70er Jahren tauchten dann Halloween-Dekorationen in den Geschäften auf. Leute, die Spaß an Halloween hatten, schmückten nun ihre Häuser innen und außen mit Kürbis-Laternen, Monster-Fratzen und künstlichen Spinnengeweben. Der Brauch wurde kommerzialisiert und erreichte in den letzten Jahren die "alte Welt", aus der er einst kam.

Mit anderen Worten: es hat sich durchgesetzt, woran man Geld verdienen kann. Was bleibt ist Grusel statt Gott und Horror gegen christlichen Ethos. Sichtbarere Zeichen des Werteverlustes in der Erziehung unserer Nachkommen gibt es nicht.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 über die deutschen militärischen Verluste (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**

### **Die deutschen militärischen Verluste betragen 5.318.000 Gefallene**

Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.

Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im

Zweiten Weltkrieg zu liefern. ...

Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.

Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.

Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen. Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. ...

Es ... mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen.

Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.

Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendig umgekommen waren.

Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.

1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. ...

Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.

Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. ...

Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.

Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betragen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. ...<<

Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>**Undank ist der Deutschen Lohn**

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen

Währungen untereinander ablöste.

Die heutige Bundesregierung handelt sich europaweit "Ermahnungen" ein, von der EU-Kommission, vom spanischen Premier Aznar und unlängst auch vom niederländischen Finanzminister Zalm, der Deutschland als dem "Erfinder des Paktes" vorwarf, "von der deutschen Stabilitätsdisziplin sei leider nicht mehr viel übrig", nicht ohne zugleich auf den "Präzedenzcharakter" der Verstöße gegen den Pakt hinzuweisen.

Angesichts dieser Entwicklungen würde Konrad Adenauer - einmal mehr - sagen: "Die Lage ist ernst", und er hätte recht. Doch weit und breit ist kein Adenauer zu sehen, der diese Lage meistern könnte - und erst recht kein Ludwig Erhard, aber auch keine Maggie Thatcher, die 1984 ihre Tasche auf den Brüsseler Verhandlungstisch knallte und die klassischen Worte sprach: "I want my money back." Rund zehn Milliarden - in Mark gerechnet - bringt seitdem der "Brittenrabatt" dem Königreich jährlich ein, und Deutschland ist mit rund drei Milliarden - wiederum in Mark gerechnet - dabei, ihn aufzubringen: Jahr für Jahr.

Damit sind die deutschen Zahlungen an die Europäische Union (EU), die zwischenstaatliche bürokratische Umverteilungsmaschinerie in Brüssel, angesprochen, um die die deutsche Politik herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei. Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettoszahungen an die EU weiter an. Willeke kommt zu dem Schluß, daß die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit auch mit diesen hohen Nettobeträgen zusammenhängen.

Dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar, der deutsche Haushaltsdisziplin anmahnte, rechnet der deutsche Wissenschaftler vor, daß Spanien allein von 1992 bis 1997 von der EU Nettoteleistungen von 28,8 Milliarden Ecu erhalten hat und damit einer der größten Nettoempfänger ist. Da Deutschland in diesen Jahren zumeist mit mehr als 60 Prozent für die Nettobeiträge der EU aufkam, wurde Spanien de facto mit rund 17 Milliarden Ecu oder Euro aus Deutschland subventioniert.

Damit hat Spanien einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur gegenwärtigen Stabilisierung seines Haushalts, auf die Aznar gern voll Stolz hinweist, von Deutschland erhalten. Willeke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es allerdings nicht den gegenwärtigen internationalen Gepflogenheiten entspräche, "jemandem zu danken, dem man etwas zu verdanken hat". Andere Nettoempfänger sind Griechenland, Portugal und Irland, und künftig werden es alle neuen Mitgliedsstaaten der Ost-Erweiterung sein.

Angesichts dieser bisherigen und zu erwartenden Entwicklungen können und dürfen Deutschlands Zahlungen ins Ausland - übrigens auch seine überhöhten Beiträge an die Vereinten Na-

tionen - bei den Anstrengungen zur Bewältigung der gegenwärtigen krisenhaften Situation im eigenen Land nicht länger außen vor bleiben. Das liegt nicht nur im deutschen, sondern nicht zuletzt auch im europäischen Interesse.

Leider ist kein Adenauer in Sicht, der die deutsche Krise meistert ...<<

Die Verhandlungen über die europäische Verfassung scheiterten am 13. Dezember 2003 in Brüssel.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Dezember 2003: >>**Europäische Verfassung: "Historische Chance verpaßt" - EU-Gipfel gescheitert**

Der EU-Gipfel zur europäischen Verfassung ist gescheitert und hat die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt. Die Staats- und Regierungschefs hätten sich am Samstag in Brüssel nicht über die künftige Stimmengewichtung im Ministerrat einigen können, hieß es aus der italienischen Delegation. Im Januar soll unter irischer EU-Präsidentschaft ein Ausweg aus der Sackgasse gesucht werden, hieß es nach belgischen Angaben.

Der amtierende EU-Ratspräsident und italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi lehnte es nach Angaben seiner Verhandlungskreise ab, einen Minimalkompromiß vorzuschlagen. "Berlusconi hat eine letzte bilaterale Sitzung mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien abgehalten, an deren Ende er entschieden hat, das Treffen zu unterbrechen", sagte ein spanischer Diplomat. Vor dem offiziellen Abbruch der Verhandlungen kamen die Gipfelteilnehmer der 25 Länder noch zu einem gemeinsamen Mittagessen zusammen.

**Fischer warnt vor "Europa der zwei Geschwindigkeiten"**

Zuvor hatte die polnische Delegation neue Hoffnung auf Bewegung in den Verhandlungen genährt. Premierminister Leszek Miller wolle nach dem Mittagessen zu neuen Beratungen mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski nach Warschau fliegen, sagte ein Regierungssprecher. Außenminister Wlodimierz Cimoszewicz hätte unterdessen in Brüssel weiter verhandeln sollen.

Nach dem Scheitern will Bundeskanzler Gerhard Schröder dafür sorgen, daß die kommende irische EU-Präsidentschaft bessere Chancen für eine Einigung im Verfassungsstreit bietet. Schröder sagte am Samstag nach Ende des Treffens, ein Ergebnis in Brüssel sei nicht möglich gewesen, da einige Staaten ihre nationalen Interessen nicht hätten zurückstellen können. Schröder nahm ausdrücklich die amtierende italienische EU-Präsidentschaft in Schutz. Sie habe ihr Möglichstes getan.

Großbritanniens Premierminister Tony Blair hat sich nun für eine Zeit der Besinnung ausgesprochen. Nach dem Scheitern des Gipfels sagte Blair, eine Einigung auf einen Verfassungstext sei einfach nicht möglich gewesen. "Wir müssen noch einige Arbeit erledigen, um eine Übereinkunft zu finden", sagte er. Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zeigte sich vom Scheitern enttäuscht. "Aus meiner Sicht ist das eine kalte Dusche", sagte er. "Wir brauchen jetzt eine Nachdenkpause."

Luxemburg schlug vor, die sechs Gründungsmitglieder der Gemeinschaft - Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg - sollten über das weitere Vorgehen in Europa beraten. Bundesaußenminister Joschka Fischer hatte bereits vor dem Gipfel gewarnt, bei einem Scheitern drohe ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten". Dies könnte bedeuten, daß einige Länder künftig in bestimmten Fragen eine engere Zusammenarbeit verabreden.

Bis zum Schluß hatte die italienische Präsidentschaft in hektischen Einzelgesprächen und mit Kompromißvorschlägen versucht, doch noch Bewegung in die Verhandlungen zu bringen. Allerdings hatte der polnische Außenminister Cimoszewicz klargemacht, es werde keine Lösung unterschrieben, die sein Land politisch schwäche.

**"Eine historische Chance verpaßt"**

Polen trage die Hauptverantwortung für das Scheitern, sagte der Parlamentsvertreter in der

Regierungskonferenz, Klaus Hänsch. "Ich hoffe, daß man bald wieder zu einem Treffen zusammenkommt und daß Spanien und Polen verstehen, daß sie eine historische Chance verpaßt haben", fügte Hänsch hinzu.

Wegen des ungelösten Streits um das politische Gewicht der Mitgliedstaaten in der erweiterten Gemeinschaft kam das Scheitern nicht unerwartet. Polen und Spanien wollten auf jeden Fall am Abstimmungsmodus nach dem Nizza-Vertrag festhalten, der ihnen mehr Möglichkeiten für Blockaden bietet. Die meisten anderen Länder forderten hingegen, wie im Verfassungsentwurf vorgesehen zu doppelten Mehrheiten überzugehen. Es würde die Bevölkerungsgröße der verschiedenen EU-Staaten besser berücksichtigen.<<

**2004**

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Januar 2004 (x887/...):  
>>"**Schuldstolz" statt historischer Wahrheit**

*Konrad Löw über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / I. Teil*

Die "Affäre Hohmann" sowie die "Erklärung des Deutschen Bundestages zum Antisemitismus" im Dezember vermitteln den Eindruck, daß der Antisemitismus in Deutschland wieder im Erstarken begriffen sei, doch wer sich ein wenig mit der nahen Vergangenheit beschäftigt, erkennt schnell, daß das Thema in den Medien eigentlich durchgehend Erwähnung findet. Blickt man nur zurück in das Jahr 2002, so fallen einem die Debatte um die vermeintlich "antisemitischen" Äußerungen des FDP-Politikers Jürgen Möllemann und das gefeierte neue Buch des Autors Daniel Goldhagen, "Die katholische Kirche und der Holocaust", ein. Beide belebten die Diskussion zum Thema Antisemitismus in Deutschland.

Während Möllemann in den Medien verdammt wurde, feierte man den jungen Goldhagen, der nun auch in seinem neuen Buch Schuldige für den Holocaust suchte. Die Süddeutsche Zeitung taufte den vorwiegend in Deutschlands Medienwelt gern gehörten amerikanischen Politologen sogar "König der Herzen".

In Frankfurt/Main gab ihm der namhafte Kirchenhistoriker Gerd Besier, jetzt Leiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Dresden, die Ehre, als Sparringspartner einen Schaukampf um Geschichte und Schuld auszutragen. Der Sieger stand von vornherein fest, wie die eben erwähnte Zeitung zutreffend titelte: "Widerspruch zwecklos - Der Politologe Daniel Goldhagen hat ... die Sympathien auf seiner Seite."

In München ist der frühere bayerische Kultusminister und Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, als Dialogpartner geladen, in Berlin der Nachfolger Maiers an der Spitze des ZK und Ex-Wissenschaftsminister von Sachsen, Hans Joachim Meyer; in Hamburg durfte ich unter den auf diese Weise Begnadeten sein.

Sie fragen sich: Welchem jungen Autor, welchem Sachbuch ist je eine solche Hommage zuteil geworden? Ich kenne keinen Autor, kein Buch. Niemand und nichts kann sich insofern messen. Warum also Daniel Goldhagen? Die Antwort steht in der Annonce: "Welterfolg Hitlers willige Vollstrecker".

Was behauptet dieses Buch? Ich zitiere einige Kernsätze: "Hitlers willige Vollstrecker befaßt sich mit der Weltsicht, den Handlungen und den Entscheidungen des einzelnen, der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Taten trägt, und mit der politischen Kultur, aus der diese Individuen ihre Überzeugungen herleiten.

Es zeigt, daß ein bestimmter Komplex von Vorstellungen und Auffassungen über 'die Juden' im politisch-kulturellen Leben Deutschlands bereits weit verbreitet war, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, und daß eben diese Vorstellungswelt darüber entschied, was gewöhnliche Deutsche, als einzelne oder als Kollektiv, in der NS-Zeit hinzunehmen oder zu tun bereit waren ... Der Holocaust hatte seinen Ursprung in Deutschland, er ist darum in erster Linie ein deutsches Phänomen ... Wer den Holocaust verständlich machen will, muß ihn als eine Entwicklung aus der deutschen Geschichte heraus begreifen."

An anderer Stelle: "Genau so wesentlich war aber die große Bereitschaft der meisten Deutschen, die rabiate Verfolgung der Juden in den 30er Jahren zunächst zu tolerieren, zu unterstützen, oft sogar tätig daran mitzuwirken ..."

Schließlich zwölf Seiten weiter: "Wenn man die Ausrottung der Juden nicht in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, kann man die deutsche Gesellschaft weder angemessen analysieren noch verstehen, noch charakterisieren."

Goldhagen unterläßt es auch nicht, allen Lesern deutlich zu sagen, welche Einsicht die Wissenschaft, ja alle Welt gerade ihm verdanke: "Meine Erklärung lautet - und dies ist neu in der wissenschaftlichen Literatur über die Täter -, daß die ganz 'normalen Deutschen' durch eine bestimmte Art des Antisemitismus motiviert waren, die sie zu dem Schluß kommen ließ, daß die Juden sterben sollten."

Wer in dem mehr als 700 Seiten umfassenden Buch Beweise für die Richtigkeit seiner ungeheuerlichen Anschuldigungen finden will, sucht vergeblich. Betrachten wir zunächst die Lage der deutschen Juden in den Jahrzehnten vor Hitlers Kanzlerschaft unter besonderer Berücksichtigung Münchens.

Der Antisemitismus war um die Jahrhundertwende in Europa weit verbreitet, manifest vor allem in Rußland mit den zahlreichen Pogromen (dieses russische Wort steht für Terror, Verwüstung) und Frankreich, Stichwort: Dreyfus-Affäre. Deutschland blieb von diesen Strömungen nicht gänzlich verschont. Aber sie gewannen im politischen Raum keine Oberhand, so daß die rechtliche Emanzipation der Juden unangetastet blieb und sogar noch weiter ausgebaut werden konnte. Daher fühlten sich die Juden mehrheitlich in Deutschland recht wohl.

"Im europäischen Kontext galt bis zum Aufkommen des Nationalsozialismus die deutsch-jüdische Geschichte durchaus als eine Erfolgsgeschichte. In kaum einem anderen Land war die Integration, aber auch die Assimilation der Juden so weit fortgeschritten wie in Deutschland."

Ein Jude erinnert sich: "Was Amram die ersten Schritte im Leben erleichterte, waren gute Freunde. F., aus demselben Milieu wie er und aus derselben Schule ... und S. aus einer ostjüdischen Familie, die wie viele andere Juden mit dem Beginn antisemitischer Ausschreitungen aus Osteuropa nach Deutschland geflüchtet waren, das nach Ende des Ersten Weltkrieges als eines der freundlichen Zufluchtsländer galt."

Die meisten Juden empfanden gesellschaftliche Brüskierungen als geradezu notwendige Begleiterscheinungen einer heterogenen Gesellschaft, in der die Bayern und Sachsen ihre anti-preußischen Ressentiments kultivierten und - umgekehrt - in der die Diskriminierung der Katholiken als rückständige, unzuverlässige Ultramontanisten an der Tagesordnung war, die ihrerseits das Laissez-faire der Liberalen tadelten. Die Juden wußten, daß sie selbst nicht verlegen waren, wenn es galt, eigene Interessen zu vertreten oder andere auf die Schippe zu nehmen. Martin Buber pries die "Symbiose von deutschem und jüdischem Wesen" und ihre große "Fruchtbarkeit".

Es war ein Jude, Walther Rathenau, der den gewaltigen Zustrom von Ostjuden auf geradezu anstößige Art kommentierte: "Inmitten deutschen Lebens ein abgesonderter fremdartiger Menschenstamm ... Auf märkischem Sand eine asiatische Horde ... In engem Zusammenhang unter sich, in strenger Abgeschlossenheit nach außen: so leben sie in einem halb freiwilligen Getto, kein lebendes Glied des Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe."

Höchst aufschlußreich eine statistische Erhebung für den Bereich der Hochschulen aus der Zeit um 1900: "Akademische Dozenten aller Stufen auf eine Million der menschlichen Bevölkerung berechnet; für die Katholiken 35, die Evangelischen 106,5, die Juden 698,9; an Ordinarien: Katholiken 16,9, Evangelische 33,5, Juden 65,5." Diese Zahlen beziehen sich auf Preußen, doch dürften sie nahezu für ganz Deutschland repräsentativ sein. Vier der sechs Universitäten waren den Katholiken (!) gänzlich verschlossen.

Über drei Jahrzehnte hinweg stand Kaiser Wilhelm II. an der Spitze des Deutschen Reiches bis zum Untergang der Monarchie 1918. Was sein Verhältnis zu den Juden anlangt, so gehen die Meinungen auseinander. Ich habe insofern seine Vita nicht umfassend studiert und erlaube mir deshalb keine Stellungnahme. Doch gebe ich zu bedenken, was ich in Haifa, also einer der drei großen Städte Israels, selbst gesehen und bestaunt habe. Ganz oben auf dem Berg Carmel stieß ich auf einen Obelisk, errichtet zu Ehren dieses Kaisers und seiner Gemahlin; für mich ein hinlänglicher Beweis dafür, daß ihn in Israel die Antisemitismuskeule nicht zur Unperson gemacht hat.

Weil schon vom Hochadel die Rede ist, soll auch der bekannteste bayerische König nicht unerwähnt bleiben, Ludwig II. Er hat sich dafür eingesetzt, daß im Jahre 1882 mit dem Bau einer Hauptsynagoge gegenüber der Münchener Maxburg begonnen werden konnte - also in unmittelbarer Nähe der Frauenkirche. Die jüdischen Bürger sollten nicht länger gezwungen sein, sich hinter unscheinbaren Fassaden in den Vorstädten zu versammeln. "Ein beeindruckender Sakralbau entstand - Zeugnis der Emanzipation und Integration der Juden in Bayern", wie ein ausgewiesener Fachmann urteilt.

Die turbulenten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, die Vorgänge in Rußland, die Masseneinwanderung von Juden aus dem Osten, die von Juden angeführte Räterepublik in Bayern gaben dem Antisemitismus Auftrieb, obwohl, bildlich gesprochen, in München Juden auf beiden Seiten der Barrikaden standen. Es waren turbulente, ja chaotische Tage. Der Jude Kurt Eisner wurde in München ermordet. Doch auch der Mörder war ein Jude. Der oben zitierte Walther Rathenau fand als "Erfüllungspolitiker", wie das Schimpfwort lautete, einen gewaltsamen Tod ebenso wie auch der nichtjüdische Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger und andere.

Der Münchner Kardinal Faulhaber wurde bestürmt, dem Anschwellen jüdenfeindlicher Haßgesänge entgegenzutreten. Nur wenige Tage vor Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 sprach er in seiner Allerseelenpredigt "von der gegenseitigen Liebe im gemeinsamen Leid". Mit blindem Haß gegen Bauern und Bayern, gegen Juden und Katholiken würden keine Wunden geheilt. Der Text verdeutlicht, wie weite Teile der Bevölkerung gegenseitig Animositäten schürten und keineswegs nur die Juden zur Zielscheibe solcher Angriffe wurden. Das Ende der Inflation 1923 verbesserte die wirtschaftliche Lage und hob so die allgemeine Stimmung.

Viele deutsche Juden als Teil der deutschen Gesellschaft sonnten sich nun im Licht der "Golden Twenties", wie wir den Erinnerungen Nahum Goldmanns, 1949 zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses gewählt, entnehmen:

"Der Höhepunkt jüdischen Einflusses wurde in der Weimarer Republik erreicht - wohl eine der größten Kulturepochen deutscher Geschichte. Die drei bedeutendsten deutschen Banken - Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Dresdner Bank - hatten jüdische Direktoren; die drei größten Tageszeitungen - Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung und Frankfurter Zeitung - gehörten Juden und wurden meist von Juden redigiert; die zwei einflußreichsten deutschsprachigen Zeitschriften - Die Fackel und Die Weltbühne - wurden von Juden geleitet; der wichtigste Theaterdirektor dieser Epoche - Max Reinhardt - war Jude ..."

Also kann man mit Fug und Recht behaupten, daß gerade Juden den Geist dieser Jahre nachhaltig beeinflußt haben.

Der schöne Schein der 20er Jahre wurde etwas getrübt durch antisemitische Kriminalität, schwankend entsprechend der Stärke der NSDAP. Die Ideologie, die sie propagierte, war nicht tonangebend, wenngleich sie gerade in akademischen Kreisen ein positives Echo auslöste. Ein schöner Beleg für jüdische Integration ist die Tatsache, daß noch 1932, als der FC Bayern zum ersten Male deutscher Meister wurde, sowohl der Präsident, Kurt Landauer, als auch der Trainer ein Jude war.

Hitlers NSDAP, die Antisemitenpartei, nahm erstmals an den Reichstagswahlen des Jahres

1924 teil und erhielt die Stimmen von 6,5 Prozent der Wähler im Mai und 3,0 Prozent im Dezember; am 20. Mai 1928 waren es noch 2,6 Prozent, die NSDAP war also eine Splitterpartei. Innerhalb von nur 28 Monaten schnellte der Anteil auf 18,3 Prozent empor. Die Zahl der Abgeordneten stieg von 12 auf 107.

Für Hitlers rasanten Aufstieg gibt es nur eine Erklärung, nämlich die sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit, gegen die die etablierten Parteien kein Rezept hatten; Hitlers Antisemitismus spielte offenbar keine nennenswerte Rolle. In ihrer Verzweiflung versuchten es die Massen mit Hitler, der eine rasche Besserung versprach und der nur darum bat: "Gebt mir vier Jahre Zeit!"

Ergebnis: Die Geschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik straft die Anschuldigungen Goldhagens Lügen, genauer: demaskiert sie als Verleumdungen zu Lasten eines anderen Volkes.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Januar 2004 (x887/...): >>**Schuldstolz statt historischer Wahrheit**

*Konrad Löw über Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland / II. und letzter Teil*

Die innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers legen die Vermutung nahe, daß die große Masse von der neuen Regierung sehr angetan war. Gilt dies auch für die Judenverfolgung, die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und die Tage danach, die Stigmatisierung durch den Judenstern, die Judenvernichtung?

Was die Reaktion der Bevölkerung auf die Ausschreitungen insbesondere der SA in und nach der Reichspogromnacht anlangt, so heißt es in einer eingehenden Untersuchung zusammenfassend:

"Fast alle diplomatischen Berichte stellten die Passivität der Bevölkerung heraus, das stumme Entsetzen, Zornesausbrüche einiger weniger, die Scham der meisten. Die Diplomaten beobachteten Leute, die die Entehrung der Juden unmittelbar als Verletzung der eigenen Ehre, als Entehrung des deutschen Namens empfanden. Die auswärtigen Beobachter nahmen vor allem ein Volk in tiefer Depression wahr. Jeder, der widersprechen wollte, hatte längst begriffen, daß er auf keinerlei Schutz durch Behörden, Gerichte oder Nachbarn hoffen durfte."

Die Tochter eines Juden erinnert sich: "Mein Vater trug am Mantel den gelben Stern, so daß alle verstanden, wer er war. Die Menschen machten alle sehr betretene und beschämte Gesichter, es herrschte tiefes Schweigen. Rechts und links wurde mein Vater von seiner Frau und mir gestützt, um die Stufen (beim Einsteigen in die Straßenbahn) nehmen zu können. Was ich damit sagen will: Die von Herrn Bubis und anderen so häufig zitierte Judenhetze von damals hat doch ein sehr viel differenzierteres Gesicht. Kein einziger hat ein verunglimpfendes Wort gesagt, die wartenden Menschen bildeten ganz betreten schweigend ein Spalier."

Weil wir schon mit der Straßenbahn unterwegs sind, noch eine andere Straßenbahngeschichte: "Meine Mutter beginnt zu weinen, näht mit zitternden Händen den Stern wieder an ..." Dann begibt sich der junge Mann zur Straßenbahn. "Der Schaffner beachtete mich nicht, er lief an mir vorbei und kassierte bei den anderen Fahrgästen. Am Halleschen Tor endlich, als viele Leute ausstiegen und niemand außer mir hinten auf der Plattform stand, kam er auf mich zu, hielt eine Hand an den Mund und flüsterte vordergründig: 'Is doch jut Bengel ... Steck det Jeld ma wech.' Dann ging er ins Wageninnere, klappte den Sitz auf der Längsbank hoch, brachte eine lappig alte Aktentasche zum Vorschein und nahm zwei große Butterbrote in Pergamentpapier aus einer Blechbüchse: Da, nimm det man."

Mir war Ähnliches schon öfter passiert, in der Straßenbahn, oder in der U-Bahn. Im letzten Moment vor dem Aussteigen drückte mir jemand ein Essenspaket oder auch eine Schachtel Zigaretten in die Hand ... Es gab auch andere, die mich schubsten, wenn sie meinen gelben Stern sahen, oder mir ein Bein stellten."

Noch weit aussagekräftiger ist der Abschnitt seines Buches, in dem er schildert, daß der ganze

Ort, nämlich Blankenburg, über sein Versteck Bescheid wußte. Doch niemand verriet ihn und seine Hausleute an Hitlers Geheime Staatspolizei. Blankenburg war nicht der einzige Ort, wo alle Bewohner den Häschern ihre Mitarbeit versagten.

Hätten die Nationalsozialisten geglaubt, auch die Judenverfolgung einschließlich der "Endlösung der Judenfrage" werde von der großen Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt, hätten sie nicht diese Maßnahmen mit der größtmöglichen Sorgfalt zu kaschieren versucht. Der Massenmord an den geistig Behinderten trägt Hitlers Unterschrift, nicht aber der Massenmord an anderen Völkern. Der exterminatorische Antisemitismus ist als Massenphänomen nicht einmal unter allen Anhängern Hitlers nachweisbar.

Namhafte Stimmen im Ausland unterwarfen das Goldhagen-Buch "Hitlers willige Vollstrecker" einer harten Kritik. Seinen Blick in französische Zeitschriften betitelt der Frankreichkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Jürgen Altwegg, mit den Worten: "Goldhagens wahnhaftige Fixierung ..."

Daraus einige Textstellen: Abwegig sei "Goldhagens Fixierung auf eine deutsche Kollektivschuld, an die längst kein seriöser Historiker und Ethnologe mehr glaubt - außer vielleicht in den Vereinigten Staaten."

"Goldhagen operiere mit Begriffen und Vereinfachungen, die schon vom Nürnberger Krieggericht widerlegt worden seien." "Im Vergleich zum österreichischen, russischen und französischen zeichne sich der deutsche Antisemitismus keineswegs durch einen stärkeren 'Hang zur Ausmerzung' aus."

"Der Leser wird in seinem Glauben an die absolute Einzigartigkeit des Nationalsozialismus bestärkt - eine Interpretation hätte nach Vergleichen verlangt."

Die Zeitschrift L'Histoire lehne Goldhagens These von den Deutschen, die kollektiv 'aus Überzeugung und mit Lust' die Juden ausgerottet hätten, ab. "Es gibt kein Mördervolk!" - kein Tätervolk, wie ich hinzufüge.

Auch in den USA und Kanada wurden die Schwächen des Buches schonungslos aufgedeckt, insbesondere durch Norman G. Finkelstein und Ruth Bettina Birn, die Autoren des Buches "Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit".

Besonders bemerkenswert ist die kalte Aufnahme in Israel. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete unter der Überschrift "Der Verführer, der nicht überzeugt. Lesung vor leeren Stühlen. Israel bleibt skeptisch gegen Goldhagens einfache Antworten".

Einige der kritischen Glossen lauten: "So kann Goldhagen uns Juden und Israelis nicht an der Nase herumführen." Mit unglaublich aggressiver Werbung werfe dieser Mann mit dem "traurigen Babygesicht" sein Buch auf den Markt, in der Regel von einem Schock Begleiter umgeben wie sonst nur Michael Jackson, und ziehe Kaninchen aus dem Hut, nachdem Generationen von Historikern im Schweiß ihres Angesichts geforscht hätten. Es sei unerträglich, daß ein Buch über ein so ernstes Thema wie den Holocaust mit schneller Hand aggressiv auf den Markt gebracht werde.

Eine angesehene Wochenzeitung berichtete unter der Überschrift "In Israel durchgefallen". Der in Tel Aviv lebende Reporter bestätigt auf eindrucksvolle Weise, was im ersten Teil über die Juden in der deutschen Gesellschaft ausgeführt worden ist: Es habe ... seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland keine gesellschaftlich sanktionierte antisemitische Norm gegeben ...

Man dürfe den deutschen Antisemitismus zwar nicht verniedlichen - aber man müsse doch sehen, daß viele Juden in der Weimarer Republik in der Politik und in der Wirtschaft Spitzenpositionen einnehmen konnten und daß am Ende des 19. Jahrhunderts Juden aus Osteuropa nach Deutschland auswanderten - was sie wohl nicht getan hätten, wenn Deutschland von einem allgemeinen Antisemitismusvirus befallen gewesen wäre: Die Gruppe um Hitler sei nicht wegen ihres antijüdischen Programms an die Macht gekommen, sondern wegen der pragmati-

schen Politik, mit der sie eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen habe.

Yad Vashem, die Holocaust-Gedenkstätte nahe Jerusalem, ursprünglich als Mitherausgeber der Iwrit-Ausgabe des Goldhagen-Buches im Gespräch, verweigerte nach Bekanntwerden der Mängel die Mitwirkung.

In Deutschland war das Presseecho so gewaltig und so positiv, daß das Buch zum Bestseller wurde, trotz gelegentlicher Kritik, die dem Absatz nur zuträglich sein konnte. So nimmt es nicht wunder, daß dieser Pseudohistoriker bereits 1997 in der Bonner Beethovenhalle für sein verleumderisches Buch mit dem Demokratiepreis ausgezeichnet wurde, verliehen durch die früher aus DDR-Quellen gespeisten "Blätter für deutsche und internationale Politik".

Bei der Preisverleihung war Goldhagen umrahmt von Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma. Habermas zählt zu den namhaftesten Verharmlosern der stalinistischen Verbrechen. So hat er den Massenmord an den Kulaken als bloße "Vertreibung der Kulaken" verharmlost. Reemtsma trägt offenbar sehr schwer an seiner Abstammung aus tiefbraunem Hause.

Dem Herausgeberkreis der "Blätter" gehörten damals an: Günter Gaus, der als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin an der totalitären DDR recht wenig auszusetzen hatte, Walter Jens, der vorgibt, bis vor kurzem nichts von seiner Mitgliedschaft in Hitlers Partei gewußt zu haben, und Reinhard Kühnl, in Fachkreisen als der Linksaußen unter den Politologen bekannt.

Daher überrascht der Triumphzug kaum, von dem eingangs die Rede war, als im Herbst 2002 ein neuer "Goldhagen" angekündigt und ausgeliefert wurde. Alle Medien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, stürzten sich auf seinen Titel "Die katholische Kirche und der Holocaust", so als ob von ihm eine neue Offenbarung zu erwarten gewesen wäre. Ein ganzes Dutzend seriöser Untersuchungen angesehener Fachwissenschaftler zusammengenommen kann auch nicht annähernd mit einer solchen Aufmerksamkeit rechnen. Und dann die vollen Säle überall, wo er auftrat, wie erwähnt: in Frankfurt/Main, Berlin, Hamburg, Köln, München, Wien.

Hochangesehene Persönlichkeiten gaben ihm die Ehre, nicht nur jene, die schon genannt worden sind, sondern gleichsam die Spitze der deutschen Gesellschaft, wie ich einem zufällig angehörten Gespräch der Begleiterin Goldhagens mit einem Hamburger Diskussionsteilnehmer entnehmen konnte. (Der Umstand, daß die Information nicht für mich bestimmt war, verpflichtet mich zur Diskretion.)

Hätte man die Einladung zur Diskussion ausschlagen sollen, mag sich manch einer fragen. Ich antwortete mit einem entschiedenen Ja, vorausgesetzt man hat einen solchen Ruf, daß die Begegnung, die Nennung des Namens allgemein als Aufwertung empfunden wird und so der Verbreitung der Verleumdungen Vorschub leistet.

Als die Einladung an mich erging, willigte ich spontan ein, da ich das Bedürfnis verspürte, diesem böswilligen Hetzer die Meinung zu sagen. Der Verleger meines Buches "Die Schuld" sandte es umgehend dem Berliner Siedler-Verlag, der Goldhagen in Deutschland betreut. Schon wenige Tage später teilte mir die Katholische Akademie Hamburg, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, mit, sie müsse auf meine Mitwirkung verzichten, da Siedler Einspruch erhoben habe. Offenbar hatte man zwischenzeitlich in meinem Buch gelesen und die Stelle entdeckt, wo es heißt:

"Von der geradezu manischen Schuldbesessenheit mancher Christen war eben die Rede. Diese Feststellung trifft auch auf viele Deutsche zu. Paradigmatisch dafür ein bei Rowohlt erschienenes Buch mit dem bezeichnenden Titel 'Ich will schuldig sein'. Im Klappentext heißt es: 'Maria Erlenberger (die Autorin) begann in der psychiatrischen Anstalt zu schreiben, in die sie nach einem "Selbstmordversuch durch Verhungern" eingeliefert worden war.'

Eine psychische Verwandtschaft ist all jenen Deutschen zu attestieren, die das unsägliche Goldhagenbuch 'Hitlers willige Vollstrecker' beifällig aufnahmen. Nicht daß derlei geschrie-

ben wird, ist das Bitterste, sondern daß derlei bis hin zu 'Mein Kampf' einen Verleger und Leser findet."

Eine solche Kritik macht verständlich, daß der Kritiker seitens der Angesprochenen in Ungnade fiel und seine Teilnahme an der Diskussion tunlichst verhindert werden sollte. Auf Drängen Hamburger Katholiken wurde ich wieder eingeladen und durfte mich mit zweimal sechs Minuten in die Diskussion einbringen.

Daß sich viele Juden inmitten eines Volkes, dessen Selbstwertgefühl so sehr beschädigt ist, nicht wohl fühlen, ist nur zu verständlich. Deshalb zögern viele Juden mit deutschem Paß immer noch, als Deutsche aufzutreten (Zentralrat der Juden in Deutschland!).

Hier und heute füge ich dem eben Zitierten hinzu: Schuldstolz statt Wahrheit ist offenbar die ungeschriebene Devise gewichtiger Meinungsführer der deutschen Gesellschaft. Wer es wagt, die Deutschen gegen den ungeheuerlichen Vorwurf, ein Tätervolk zu sein, in Schutz zu nehmen, läuft Gefahr, von der deutschen Gesellschaft an den Rand gedrängt zu werden, wer es aber wörtlich oder sinngemäß als Mördervolk charakterisiert, der wird umjubelt und als "König der Herzen" gefeiert.

Hitlers willige Vollstrecker mordeten, wie gezeigt, nicht primär aus einem anerzogenen Antisemitismus heraus, sondern - soweit sie nicht von der absoluten Verbindlichkeit eines Befehls ausgingen (Befehlsnotstand?) - aus der Sorge, andernfalls der Ächtung durch Vorgesetzte und Kameraden zu verfallen, eine Schwäche, die selbst in einem freiheitlichen Gemeinwesen auf Schritt und Tritt anzutreffen ist. Lieber beim Unrechtun nicht abseits stehen, als gegen den Teamgeist verstoßen, die "Solidarität" aufkündigen! Wäre Antisemitismus das Hauptmotiv gewesen, hätten die Vollstrecker nicht den anderen "Minderwertigen" gegenüber die gleiche kalte Brutalität gezeigt wie gegenüber den Juden.

Ich schließe mit einer Einsicht, die der Jude und Emigrant Robert Waelder so vorzüglich ausformuliert hat: "Es gibt keinen Grad der Unsinnigkeit, der in den Augen der Moralisten ein Argument für die Verurteilung ihrer eigenen Gesellschaft unbrauchbar machen könnte".

Beweis: Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 2004 (x887/...):

>>**Von Kollektivschuld kann keine Rede sein**

Bei einer Nachbetrachtung der Wehrmachtausstellung verneinen Historiker deren wissenschaftlichen Wert

Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat eine gesellschaftliche Debatte entfacht, die fast zehn Jahre lang geführt wurde. Bedeutet der letztlich verbrecherische Charakter des Ostkrieges automatisch, daß auch die Wehrmachtangehörigen - fast 20 Millionen Menschen - verbrecherisch waren? Darüber wird bis heute leidenschaftlich gestritten. Jetzt ist die "Bilderschau" des Tabak-Multimillionärs Jan Philipp Reemtsma an ihren Ausgangsort Hamburg zurückgekehrt.

Der Ertrag, den die wissenschaftliche Forschung aus der Arbeit des Instituts ziehen kann, ist denkbar gering. Doch darum dürfte es den Ausstellungsmachern auch gar nicht gegangen sein. Sie wollten offensichtlich den gesellschaftlichen Legitimationskonsens der Kriegsgeneration

zerstören. Das Bild von der als Institution in ihrer Gesamtheit sauberen Wehrmacht sollte ersetzt werden durch das Bild von der allgemein verbrecherischen Wehrmacht.

Die Kriegsgeneration, die noch bis vor wenigen Jahren die Führungseliten in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen gestellt hat, sollte jetzt auf diese Weise sozusagen "post mortem" demontiert werden. Ein später Erfolg der 68er also.

Und die Deutschen? Wie reagierten sie auf diese kollektive Schuldzuweisung, die keineswegs das Ergebnis seriöser Forschung und Aufarbeitung war? Folgsam und politisch korrekt ausgerichtet, nahmen sie das düstere Bild, das hier von ihren Vätern und Großvätern gezeichnet wurde, kritiklos an. Die Medien, Politiker und Kulturschaffende überschlugen sich in ihrem einhelligen Entsetzen über "die verbrecherische Wehrmacht". Diejenigen, die sich gegen Reemtsma wandten, blieben wenige und bei ihren Veranstaltungen zumeist unter sich.

Die etablierte Fachwissenschaft schwieg lange in dieser Debatte. Kein Wunder, denn eine fundierte Quellenkritik hätte schnell zu einem vernichtenden Urteil über die Ausstellung geführt. Welcher Historiker im staatlichen Wissenschaftsbetrieb aber kann es sich schon leisten, "in die rechte Ecke gestellt" zu werden, weil er gegen den Strom schwimmt? So blieb es schließlich dem polnischen Historiker Bogdan Musial und seinem ungarischen Kollegen Krisztian Ungvary überlassen, mit den Ausstellungsmachern hart ins Gericht zu gehen. Schließlich wurde die Ausstellung vom Markt genommen und eine Historikerkommission mit ihrer Überarbeitung beauftragt.

Die Neuauflage folgt zwar einem geänderten Konzept, ihre Kernaussage ist jedoch geblieben. Geblieben ist auch der Diskussions- und Forschungsbedarf, denn es ist den Reemtsma-Historikern wieder nicht gelungen, ihre These von der verbrecherischen Wehrmacht, die eigenständig am Völkermord mitgewirkt habe, schlüssig zu belegen.

Der Hamburger Schlußakkord der Ausstellung wird von einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen, Lesungen und anderen kulturellen Darbietungen begleitet. Die in Hamburg ansässige Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG) hat mit einem eigenen Informationsabend gewissermaßen einen Gegenpol zu diesem Veranstaltungsspektrum gesetzt. Den Veranstaltern ging es um "die historische Gerechtigkeit für Millionen Soldaten der Wehrmacht". Sie wollten allen Interessierten, vor allem aber Lehrern, Eltern, Schülern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich mit ausgewiesenen Fachwissenschaftlern auszutauschen und zu einem eigenen Urteil zu kommen.

Hauptredner der Veranstaltung war der international renommierte Historiker und Jurist Alfred M. de Zayas, der für seine fundierten Forschungen zu alliierten Völkerrechtsverletzungen und insbesondere zur Vertreibung der Deutschen mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet wurde. Er konnte vor fast 250 Zuhörern referieren, unter ihnen auch viele Schüler und junge Leute. Die ebenfalls eingeladenen Medien indes glänzten durch kollektive Abwesenheit.

Für de Zayas hat die Ausstellung keinerlei wissenschaftliche Bedeutung, da sie nur Einzelfälle darstelle, die schon allein quantitativ nicht aussagekräftig seien. Er hält die Ausstellung schlichtweg für "pietätlos" und kritisiert ihre Duldung durch die Öffentlichkeit als "Versagen der Gesellschaft". Die kollektive Beschuldigung der Wehrmacht ist nach seiner Auffassung eine Unverschämtheit, da die Quellen nicht nur Schuld, sondern auch Unschuld bewiesen.

Die deutschen Vorschriften und die vielen Befehle zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts paßten nicht zu Reemtsmas These von der NS-Verschwörung an der Spitze der Wehrmacht. Entlastendes Quellenmaterial sei von den Ausstellungsmachern jedoch bewußt nicht herangezogen worden. Zudem sei der Zusammenhang von Partisanenkrieg und Vernichtungskrieg quantitativ und qualitativ vollkommen ignoriert worden.

In einem völkerrechtlichen Exkurs wies der US-Amerikaner de Zayas nach, daß viele Maßnahmen der Wehrmacht, so furchtbar sie auch gewesen sein mögen, vom Kriegsvölkerrecht

gedeckt waren und somit keine Verbrechen darstellten. Auch alliierte Streitkräfte hätten in vielen Fällen ähnlich gehandelt, ohne daß ihr Verhalten heute Gegenstand wissenschaftlicher oder gar gesellschaftlicher Debatten sei. Abschließend bezeichnete de Zayas die Ausstellung als unseriös und überflüssig.

Der Mannheimer Historiker Stefan Scheil, Autor des Reemtsma-kritischen Buches "Legenden, Gerüchte, Fehlurteile", bewertete die Bilderschau als "polemisch und einseitig". Ihr Konzept sei falsch, und sie enthalte zahlreiche sachliche Fehler. Der Titel allerdings sei brillant gewählt, ermögliche er doch eine "Suggestion über die eigentliche Aussage der Ausstellung hinaus". Die Wehrmacht als Ganzes werde angegriffen, auch wenn nur Einzelbeispiele genannt würden.

Auch Scheil trat der These entgegen, die militärische Führung habe Hitlers Kriegskonzept ausnahmslos zugestimmt. Ein schlüssiger Nachweis dafür sei nicht möglich. Vielmehr sei die Historikerkommission zu dem Schluß gekommen, daß streng nationalsozialistische Offiziere die Ausnahme gewesen seien. Von einer Kollektivschuld ihrer Soldaten könne keine Rede sein. Hitler selbst habe dem Militär deshalb bis zum Schluß äußerst mißtrauisch gegenübergestanden.

Ende des Monats wird die Ausstellung endgültig ihre Pforten schließen. Was bleibt, ist "ein ungutes Gefühl" und die Frage, "ob die von Reemtsma angestoßene Debatte über die Wehrmacht einem Thema von dieser Dimension wirklich gerecht geworden ist", so der Historiker Christian Hartmann vom Institut für Zeitgeschichte in München in seinem jüngsten Aufsatz zum Thema.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):

>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. "Bedenken Sie, für welche Inhalte die SPD heute so alles eintritt, zum Beispiel Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften. Mit so etwas hätten sich die Sozialdemokraten früher doch gar nicht hervorgetraut."

"Political Correctness" als Alibi für die Agenda 2010, Schröder als "Genosse der Bosse" und "Kämpfer gegen Rechts" in Personalunion? Wird in einer Zeit, die durch Nihilismus und Werteverfall geprägt ist, in der nur noch Ökonomismen wie "Bilanz", "Kapital", "Ressource" und "Effizienz" den Ton angeben, in der euphemistisch nur von "Reform" anstatt vom Abbau der sozialen Systeme gesprochen werden darf - wird in einer solchen Zeit also wieder einmal die "Faschismuskeule" zum "letzten Aufgebot der deutschen Linken", wie der Politologe Hans-Helmuth Knütter schon 1993 diagnostizierte?

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten?

Was dereinst noch als "antitotalitärer Konsens" für alle deutschen Demokraten von SPD bis CDU/CSU selbstverständlich war, ist heute verschwunden, wurde ersetzt durch "neue Mitte" und "Kampf gegen Rechts". Während das politische Spektrum etwa der britischen Demokratie aus Konservativen, Liberalen und Labour besteht und sich in Frankreich erstreckt von Le Pen bis zu den Kommunisten, hat man in Deutschland konservative Positionen tabuisiert.

Erst in unserer "Berliner Republik" ist es möglich geworden, rassistische und neonazistische Straftaten und Parolen einzelner glatzköpfiger Dumpfbacken "Rechts" schlechthin anzuhän-

gen (das heißt all dem, was man rechts von Rot-Grün dafür hält beziehungsweise halten will!). Die Morde der Rote-Armee-Fraktion hätte man in der alten "Bonner Republik" der 70er und 80er Jahre niemals "den Linken" insgesamt zugerechnet. Heute dagegen werden die Maßstäbe und Begriffe für vermeintlich "rechten Extremismus" absichtlich unklar gehalten, um die Gesinnungshatz auf alle möglichen Politikfelder ausdehnen zu können.

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig.

Das antifaschistische und politisch korrekte "Chorheulen der Wölfe" (Elisabeth Noelle-Neumann) manifestiert sich als massendemokratischer Schaulauf, etwa im Herbst 2000 beim angeblich rechten "Mordfall kleiner Joseph" von Sebnitz und beim angeblich rechten Synagogenanschlag von Düsseldorf.

Ist es nicht die angeblich faschistische Polizei der "restaurativen" 50er und 60er Jahre, der "Bullenstaat" unter Adenauer, Erhard und Kiesinger gewesen, als man mit ach so brutaler Gewalt gegen KPD- und 68er APO-Aufmärsche vorgegangen war? Heute kritisieren die Antifa-Helden von damals die Polizei, weil sie vermeintlich nicht hart genug gegen den "Terror von rechts" vorgeht. Aber "Bullenklatschen" kann man natürlich mit "Zeckenklatschen" ebenso wenig vergleichen wie Kommunismus und Nationalsozialismus; Molotowcocktails bei NPD-Chaoten sind eben etwas ganz anderes als bei Antifa-Chaoten.

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" (à la Goldhagen) den braunen "Gröfaz" als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" (Martin Walser) des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als (Erbsünde-)verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit

schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<<

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<<

Die deutsche Journalistin Wibke Bruhns schrieb am 5. Mai 2004 in der Zeitschrift "Stern":

### >>**Willy Brandt: Demontage einer Lichtgestalt**

Es war nicht allein Günter Guillaume, der Willy Brandt vor 30 Jahren zu Fall brachte, es war auch der Verrat in den eigenen Reihen, meint die Brandt-Vetraute Wibke Bruhns. Und es war seine totale Fremdheit in den kleinen Gefühlswelten.

Nach dreißig Jahren immer noch dieses Bild: Willy Brandt im Fraktionssaal der SPD am 7. Mai 1974, die Hände, wie nicht dazugehörig, parallel auf dem Tisch, das Gesicht versteinert. Gerade hat Herbert Wehner dem scheidenden Kanzler einen mächtigen Strauß roter Rosen in Zellophan überreicht und seine Stimme hat sich dabei fast überschlagen: "Wir alle lieben ihn!" Egon Bahr war in Tränen ausgebrochen - über diese "Gemeinheit und die Heuchelei", wie er später schreibt. Willy Brandt scheint nichts vom Aufruhr der Genossen um ihn herum wahrzunehmen, die Augen gehen ins Leere. In den Falten um seinen Mund liegen tiefe Schatten.

### **Ein unmißverständlicher Hinweis**

"Judas!" haben wir uns empört damals über "Onkel Herbert", und immer noch, wenn ich an den Rücktritt Willy Brandts denke, sehe ich dieses Bild vor mir, höre ich die Stimme Herbert Wehners, der den Kanzler ein paar Tage zuvor auf einer Klausurtagung in Münstereifel scheinheilig seiner "uneingeschränkten Treue für jede denkbare Entwicklung" versichert hat. Aber er tat nichts, um Brandt im Amt zu halten - für den Kanzler der unmißverständliche Hinweis, daß der allmächtige Fraktionschef seinen Rücktritt für unumgänglich hielt.

Im Nachhinein ist das ja gar nicht verkehrt gewesen: Für die kommenden Jahre, zunehmend dominiert von der Auseinandersetzung um die RAF, war Helmut Schmidt mit Sicherheit der bessere Kanzler. Für Brandt selbst bedeutete dieses Ende den Beginn einer glanzvollen internationalen Karriere als Präsident der Sozialistischen Internationale, als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, als begehrter Ratgeber von Regierungschefs in aller Welt. Aber für uns, für den sozialdemokratischen Teil des Wahlvolks, war der Rücktritt der Beleg für die Ranküne in der Politik, für Verrat und Machtversessenheit.

### **Wibke Bruhns**

Die Journalistin begegnete Willy Brandt als TV-Moderatorin und "Stern"-Autorin und verbrachte mit ihrer und der Kanzlerfamilie Ferien in Norwegen. Ihr Fazit: In Gefühlsdingen war der Kanzler sprachlos. Bruhns' kürzlich erschienenenes Buch "Meines Vaters Land" wurde ein Bestseller.

Daß die DDR dem Kanzler der Bundesrepublik, dem Architekten der Entspannungspolitik, eine Laus in den Pelz gesetzt hatte in Gestalt des Spions Günter Guillaume, war schlimm genug. Schlimmer war die hanebüchene Inkompetenz des Verfassungsschutzes in diesem Fall, das Lavieren der verantwortlichen Mitarbeiter von Innenminister Genscher bis zu Kanzleramtschef Horst Grabert. Am schlimmsten war die Demontage des Mannes, der angetreten war, "mehr Demokratie zu wagen".

### **Mobilisierung quer durch alle Schichten**

Denn das hatte er unter die Menschen getragen. Nie zuvor und seither niemals wieder haben sich Bürger in der alten Bundesrepublik mit einer solchen Leidenschaft für ihren Staat, seine Politik und deren Protagonisten engagiert. Die Mobilisierung ging quer durch alle sozialen Schichten, Abertausende Menschen waren aktiv und kreativ, von Dichturfürsten wie Heinrich Böll und Siegfried Lenz bis zur bayerischen Bäckerfrau, Menschen, die bisher Politik immer anderen überlassen hatten. Alles kristallisierte sich um die sozialliberale Regierung, knäuelte sich fest am Kanzler, an Willy Brandt.

Das war anderthalb Jahre vor seinem Rücktritt, ich rede vom Wahljahr 1972, die Zeit, in der ich Willy Brandt begegnet bin. Weder der Kniefall in Warschau noch der Friedensnobelpreis, auch nicht die weltweite Anerkennung der neuen Ostpolitik hatten dem Regierungschef im

eigenen Land zu einem Konsens verhelfen können. In einer beispiellosen Kampagne versuchte die Union, den Verlust der Macht von 1969 noch vor Ende der Legislaturperiode rückgängig zu machen. Willy Brandt sollte ein Übergangskanzler bleiben, ein Irrtum der Geschichte, der von den Christdemokraten schleunigst bereinigt werden würde.

Durch Überläufer war die ohnehin knappe Mehrheit der Regierung Brandt/Scheel im Bundestag geschmolzen. Rainer Barzel versuchte am 27. April sein konstruktives Mißtrauensvotum. Er scheiterte, zwei Stimmen fehlten. Draußen im Land hatten sich überall Menschentrauben vor den Fernsehgeschäften versammelt, es herrschte eine stumme, gespannte Erwartung. Dann das Ergebnis.

Wildfremde Leute umarmten sich, das Fernsehen zeigte jubelnde Bergleute und Automonteuere. Wie versteinert ging der Kanzler durch die völlig aus dem Häuschen geratenen Fraktionskollegen, nicht die Andeutung eines Lächelns stand im Gesicht. Er und Rainer Barzel drückten sich stumm die Hand.

### **50.000 Mark für ein Votum gegen Barzel**

Damals kannte ich Willy Brandt noch nicht. Aber ich war Teil dieser wütenden Empörung, die durchs Land zog, weil das Mißtrauensvotum nicht als eine demokratische Spielart des Machtwechsels angesehen wurde. Statt dessen vermuteten wir wüste Verschwörungen, wo Stimmenkauf Parlamentarier dazu brachte, die Seiten zu wechseln. So war es ja auch, wie wir heute wissen. Zusätzlich mischte die Stasi mit, die den CDU-Abgeordneten Julius Steiner mit 50.000 Mark zum Votum gegen Barzel veranlasste.

Im darauf folgenden Sommer, im Garten des Brandtschen Ferienhauses im norwegischen Vangsasen bei Hamar, erhielt ich von Brandt eine politische Nachhilfestunde über die Nachtseiten des Machterhalts. Zwar sprach er nicht expressis verbis davon, die SPD habe es dem politischen Gegner gleichgetan. Aber in seinen langen, von Konjunktiven durchflochtenen Sätzen näherte er sich umschweifig der Überlegung, daß Anstand angesichts offenkundiger Schweinereien auf der anderen Seite der eigenen Sache nicht nur nicht nützen, sondern vermutlich eher schaden würde.

Damals war ich ziemlich fassungslos. Wir hatten einen fulminanten Wahlkampf hinter uns, in dem Gut und Böse klar definiert, Politik so einfach gewesen war. Das Gute waren die Ostpolitik und die zahlreichen innenpolitischen Reformen, das Gute war dieser Kanzler, der eine makellose politische Biographie vorzuweisen und damit vielen erstmals eine Identifikation mit der Politik ermöglicht hatte.

Das Böse war ebenso leicht auszumachen gewesen. Es kam völlig unmaskiert daher, über zwei Jahrzehnte vorbereitet durch die Kampagnen wegen Brandts unehelicher Geburt, seines "Agentennamens" (Brandt alias Frahm), gegen den "Vaterlandsverräter", weil er Hitler-Deutschland verlassen und eine norwegische Uniform getragen hatte.

Jetzt war die Bundesrepublik überflutet worden von millionenschweren Anzeigen mit dubiosen Deckadressen ("Wählerinitiative Patriotische Mitte" oder "Gesellschaft für konstruktive Politik"), in denen es hieß: "Wer Brandt wählt, wählt Bolschewismus" oder - zum Aussuchen - "Bandenterror", "Hurerei", "Mord an ungeborenen Kindern". Eine "Aktion Nüchterne Bürger" hatte mit dem Bild einer Schnapsflasche inseriert: "Lieber Rainer Barzel als reiner Korn Brandt".

### **Transporteur sozialdemokratischer Tugenden**

Vor so viel Dreck war Willy Brandt zur Lichtgestalt geworden, und damit konnte er, konnten aber auch seine politischen Freunde schlecht umgehen. Daß ich mich dann später in meinem hehren Demokratieverständnis verraten fühlte, weil der Kanzler Stimmenkauf als politisches Mittel nicht grundsätzlich ausschloß, hatte etwas mit meiner Naivität zu tun und war allenfalls mein Problem. Aber der Wahlkampf und die Selbstdarstellung von Partei und Regierung waren überwiegend auf die Person Willy Brandts als Transporteur sozialdemokratischer Tugen-

den abgestellt gewesen. Das schürte nicht nur die Rivalität in den eigenen Reihen, etwa bei Schmidt und Wehner.

Es führte auch zu Enttäuschung bei Weggefährten im weiteren Umfeld, Journalisten etwa oder Wahlhelfern wie Günter Grass, wenn der Mensch Brandt dem Bild Brandts nicht entsprach. Und das tat er nicht. Er war nicht schlechter, was immer das heißen mag, er war anders, als die Leute ihn sich gestrickt hatten. Ich war 1973 sechs Sommerwochen lang viel mit ihm zusammen in Norwegen, weil ich für den "Stern" ein Porträt zu seinem 60. Geburtstag recherchierte. Rut Brandt hatte für meine Familie und mich ein Ferienhaus in ihrer Nähe besorgt. Es war der Guillaume-Sommer, der Anfang von Brandts Ende als Kanzler. Der DDR-Spion Günter Guillaume, Brandts persönlicher Referent, war als dienstliche Urlaubsbegleitung des Kanzlers mit von der Partie.

Ein Porträt über den Privatmann Willy Brandt zu schreiben, erwies sich als außerordentlich schwierig. Man kam an die Person nicht ran, nicht nur ich nicht, niemand. Wenn ich heute nachlese, was über Brandt "Menschliches" geschrieben wurde zu der Zeit, so ist das wenig, und es ist viel Projektion dabei - da wurde jemand skizziert, der sich als Vorlage verweigerte. Selbst Rut Brandt hat später mal gesagt: "Er sprach nicht."

Dabei redete er viel. Aber es waren immer die großen Weltentwürfe für ein freies, friedliches Miteinander, und der lange Weg der kleinen Schritte bis zum Ziel. Vor mir hatte ich einen der Baumeister der Helsinki-Konferenz KSZE, die - wer konnte das damals schon wissen? - zur Erosion des östlichen Machtblocks führte und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands. Willy Brandt dachte "über den Tag hinaus", und ich war fasziniert von der präzisen gedanklichen Detailarbeit dabei, von der großen Geduld, die dennoch keinen Zweifel ließ an seiner Beharrlichkeit.

Dahinter aber verschwand das Private. Selbst in seinen Tagebüchern ist seitenlang zu lesen, was er in welcher Situation zu wem warum gesagt hat, aber fast nie, was er dabei empfunden hat. Egon Bahr hat mir mal auf die Frage, ob er den Menschen Brandt erlebt habe, sinngemäß geantwortet: Politiker sind wie Traber, getrimmt auf Höchstleistung in einer widernatürlichen Gangart, von Scheuklappen gehindert, die warme Welt zu sehen. Emotionale Krüppel seien sie - "das ist der Preis".

### **"Er war emotional nicht da"**

Willy Brandt schien er nicht zu hoch zu sein. "Ich habe mich nicht nur an diese Art von Einsamkeit gewöhnt", steht als eine seiner wenigen persönlichen Anmerkungen in meinem Notizbuch. "Ich fühle mich insgesamt in ihr ganz wohl." Die Defizite lagen bei anderen. Brandts Sohn Peter erzählte mir in Norwegen, was früher in den Zeitungen teils bewundernd, teils harsch als des Kanzlers antiautoritäre Erziehung diskutiert wurde, sei in Wahrheit keine Erziehung gewesen: "Er war emotional nicht da." Peter Brandt argwöhnte zu der Zeit, vermutlich zu Recht, die vorgebliche Toleranz seines Vaters ergebe sich aus seiner Distanz. Er sei schlicht nicht interessiert.

Woran er interessiert war, außer dem Zustand der Welt und wie er zu verbessern sei, war nicht herauszubekommen. Vielleicht gab es ja tatsächlich nichts anderes. Wer abschweifen wollte auf Sport, Literatur, Musik, Kochrezepte, das Wetter, sah in ein leeres Gesicht, daß ... derlei Konversation verbat. Ich wußte nach Wochen noch nicht einmal, was er gern ißt. Meine kleine Tochter half in dem Fall, indem sie mir verriet: "Der Bundeskanzler ißt keine Kartoffeln." Das hatte er ihr bei einem Abendessen erzählt.

Mitteilungen über sich selbst fanden nicht statt. Es gab noch nicht mal Abwehr bei ihm in diesem Punkt - Willy Brandt hat mir ja durchaus Zugang gewährt. Ich glaube, so wie viele Männer nicht über ihr Innenleben reden können, weil sie es weder kennen noch zulassen, wußte er schlicht nicht, was ich von ihm wollte. Und ich war immerhin eine geübte 68erin, trainiert im Durchbuchstabieren seelischer Befindlichkeiten. Aber bei allem Erstaunen über meine Unver-

frorenheit, mit der ich damals zu Werke ging, haben mir meine vergeblichen Versuche zweierlei deutlich gemacht: Diese Kriegsgeneration war in Gefühlsdingen sprachlos, und Willy Brandt war ein besonders verschlossenes Exemplar.

### **Biographie als Abfolge chronologischer Daten**

Selbst die Beschreibung seiner Kindheit in Lübeck - "unbehaust" hat er sie genannt -, seiner frühen Erfahrung mit den Nazis, der Reise im Fischkutter über die Ostsee in die Emigration, der Rückkehr in das zerstörte Deutschland nach dem Krieg geriet bei ihm zu einer Abfolge chronologischer Daten. Wo er seinen Bedarf an Wärme erfüllte, wie er mit Angst umging, Glücksmomenten, Phasen der Trauer oder Selbstzweifeln, nichts davon war von ihm zu erfahren, auch nicht "unter drei", dem journalistischen Kürzel für Hintergrundinformationen, die nicht veröffentlicht werden dürfen.

In meinem Brandt-Porträt damals bin ich ausgewichen auf einen Satz von ihm aus dem Jahr 1960, den ich in einem seiner frühen Bücher gefunden hatte. "Ich war beliebt, sogar populär im Kreise der Schulkameraden und Jugendgenossen", schreibt er da. "Aber soweit ich in Frage kam, blieben diese Beziehungen meist äußerlich. Es gab kein starkes Gefühl, dem ich mich rückhaltlos ausliefern konnte."

Heute nennen Wissenschaftler eine solche psychische Beschaffenheit "Gefühlsblindheit", und das trifft es bei Willy Brandt ziemlich genau. Zahlreiche Weggefährten hat er verprellt - Herbert Wehner, Helmut Schmidt, auch Günter Grass - weil er Nähe nicht zulassen konnte, zu Freundschaften nicht fähig war. Ihre Wutausbrüche und Illoyalitäten aus enttäuschter Liebe haben Brandt schwer beschädigt. Egon Bahr, der Freund, ist die einzige Ausnahme, von der ich weiß, und der hat Brandts "Fernsein" immer akzeptiert.

### **Vergnügliche Abendessen im norwegischen Garten**

Sich auf einzelne Menschen einzulassen war Brandts Sache nicht. Er mochte Leute um sich haben, am liebsten in Gruppen, wo die Gefahr nicht bestand, daß ihn jemand mit Persönlichem belästigte. Dann war er witzig, schlagfertig, entspannt - wir haben mit anderen Gästen vergnügliche Abendessen in seinem norwegischen Garten erlebt, wo die hinreißende Rut Brandt mit ihrer Wärme und ihrer Selbstverständlichkeit jedem das Gefühl vermittelte, er sei besonders willkommen.

In solchen Situationen erzählte Brandt auch keine Witze. Diese Übung war für Genossen-Abende und Journalistenrunden reserviert - die auf Insiderinformationen hungrige Meute zum Lachen zu bringen, Anekdoten preiszugeben, scheinbar zugewandt und mitteilend zu sein und nichts, aber auch gar nichts zu erzählen. Brandt hat viele Stunden im Kanzlerzug mit derlei Exerzitien zugebracht.

Überhaupt, die Genossen. Ich hatte mir damals notiert: "Brandt hat ein großes Herz für kleine Leute. Aber er will sie um Gottes willen nicht um sich haben." Das verlangt im Ernst auch keiner vom Kanzler dieser Republik. Aber bei den Sozialdemokraten spielen - zu jener Zeit noch mehr als heute - der Stallgeruch, das Zusammenrücken, das distanzlose Du eine größere Rolle als in anderen Parteien.

Willy Brandt hat sich damit schwer getan. Sein Terrain war die Weltpolitik, nicht der Ortsverein. Aber dort hat man Brandt geliebt. Er verkörperte die ganze Latte sozialdemokratischer Schinderei: kleiner Leute Kind, einer von uns, der nach Jahren größter Anfeindungen und hinterhältiger Machenschaften des Großkapitals endlich der Gesellschaft das neue Gesicht verleiht. Versöhnung nach außen, Gerechtigkeit nach innen, es gibt viel zu tun, wer denn, wenn nicht er, soll es anpacken.

Mit diesem Elan scharten sich die Parteitruppen hinter Willy Brandt, aber nicht nur sie. Neuwahlen wurden nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum festgesetzt für den 19. November 1972, und draußen krepelten die Menschen die Ärmel hoch. Denn bei aller Distanz, die Willy Brandt für sich beanspruchte, was er erzeugte im Wahlvolk war Nähe - Nähe zu ihm, vor

allem jedoch Nähe der Menschen untereinander.

### **Farbe bekennen war das Leitmotiv**

Eine Million "Willy wählen"-Buttons waren im Umlauf, mindestens noch einmal so viele Buttons der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Bürger für Brandt". Die Leute trugen sie am Mantel, bepflasterten ihre Autos und Fahrräder mit Wahlslogans - an Ampeln lachten sich wildfremde Gleichgesinnte an, überall in Zügen und Straßenbahnen, auf der Straße gab es spontane Gespräche.

Farbe bekennen war das Leitmotiv dieser Wahlkampfwochen. In der Kartei der Sozialdemokratischen Wählerinitiative waren die Namen von rund 70.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern registriert, die Mehrzahl keine Parteimitglieder. Die "Bürger für Brandt" mobilisierten die schweigende Mehrheit für ihre Straßenfeste, Kunstauktionen, Informationsabende.

Sie schalteten Kleinanzeigen, holten Popstars, Sportler, Wissenschaftler auf ihre Podien. Es war harte, hochpolitische Kleinarbeit. Aber es war wie ein großes Fest. Es gab das gemeinsame Ziel, "mehr Demokratie" zu wagen, und immer mehr Menschen begriffen: Auf dich kommt es an.

Die Kundgebungen mit Willy Brandt hatten gigantische Besucherzahlen – 35.000 in Essen, 20.000 in Hannover, 17.000 in Köln. Ich hatte ihn kennengelernt auf der Schlußveranstaltung in der Bonner Beethoven-Halle, die ich zwei Tage vor der Wahl moderierte. Zum ersten Mal erlebte ich, mit welcher Intensität er einen Saal füllen konnte. Er sprach frei, schien immer wieder nachzudenken, wie er seine Sache am besten erklären könne.

Die zögerliche Sprechweise suggerierte in ihrer Eindringlichkeit jedem Einzelnen da unten, er sei gemeint, er sei wichtig, gerade bei ihm komme es Brandt darauf an, verstanden zu werden. Das war auch so - aus der Ferne war Willy Brandt sehr zugewandt. Und er war von Grund auf glaubwürdig. Ich erinnere mich, daß ich die Veranstaltung schloß mit der Feststellung, ich würde Willy Brandt wählen, "nicht um seinetwillen, sondern aus purem Egoismus". Auch das war so.

### **Zwischen Triumph und innenpolitischen Turbulenzen**

Der Triumph der gewonnenen Wahl wurde zerschossen in innenpolitischen Turbulenzen - Ölkrise, Fluglotsenstreik, härteste Auseinandersetzungen um überhöhte Lohnforderungen der ÖTV. Der Kanzler war gesundheitlich angeschlagen, eine Stimmbandoperation und allgemeine Erschöpfung setzten ihn längere Zeit außer Gefecht. Seine fehlende Durchsetzungskraft wurde immer öfter Gegenstand öffentlicher Kritik. Sie gipfelte in Herbert Wehners Ausfällen gegen Brandt während einer Moskaureise im Herbst 1973: "Der Herr badet gern lau" und "der Regierung fehlt ein Kopf".

Wehner blieb ungestraft, der Parteivorstand stellte sich mit zwölf gegen elf Stimmen hinter ihn. Die Guillaume-Affäre danach war nur noch der letzte Anstoß für das Ende.

Am 1. Mai 1974, eine Woche nach der Verhaftung des DDR-Spions, war Willy Brandt auf seiner letzten Reise als Kanzler unterwegs, ein lang geplanter Ausflug nach Helgoland. Kurz zuvor hatte er durch Innenminister Genschers Büroleiter Klaus Kinkel in Hamburg eine Liste präsentiert bekommen, in der die Aussagen seiner Leibwächter über angebliche Treffen mit Damen verzeichnet waren, die ihm Guillaume "zugeführt" haben soll. Brandt ahnte wohl, daß er dies nicht durchstehen könne, daß nach den jahrzehntelangen Diffamierungskampagnen der rechten Massenblätter ihn jetzt die Kombination von Sex und Spionagethriller zur Strecke bringen werde.

Wir, die mitreisenden Journalisten, ahnten von dieser Liste nichts. Es war trostloses Wetter, Willy Brandt verschanzt hinter seinem steinernen Gesicht. Wir trauten uns nicht, ihn anzusprechen, schon gar nicht auf Guillaume. Am Anleger war außer ein paar Genossen und dem Bürgermeister niemand zum Empfang erschienen. Die Insel schien zu dieser späten Nachmittagsstunde wie ausgestorben. Die Tagesgäste waren abgereist, die Helgoländer hockten in ih-

ren warmen Stuben und sahen Fußball. "Mit Günter wäre das nicht passiert", wurde flüsternd unter den Kollegen herumgereicht - Guillaume hätte den Kanzler mitten ins Gewühl der Butterschiffe geschickt und die Fußballzeiten im Kopf gehabt.

### **"Scheißleben!"**

Es wurde ein Schunkelabend mit viel Alkohol und "Herrn Pastor sin Kau-jau-jau". Die tapferen Genossen hauten dem großen Vorsitzenden aufmunternd auf die Schulter - "wi mok dat schon!" Brandt, der solche Abende ohnehin schwer aushielt, griff zum bewährten Abwehrmittel: Er erzählte Witze. Mitten im trunkenen Trubel starrte er plötzlich auf seine Hände. "Scheißleben!", murmelte er.

Am nächsten Morgen hatte Brandt einen Kater und erschien mit einer Anzugjacke, die nicht zur Hose gehörte. Der Ersatzreferent, ein unerfahrenes Kerlchen, ließ den Kanzler und alle anderen warten, weil er nicht rechtzeitig aus dem Bett gekommen war. Es wurde eine ungemütliche Rückfahrt über rauhe See.

Vier Tage später, am 6. Mai 1974, trat Willy Brandt zurück.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2004 (x887/...):

### **>>Vor dem Bürgerkrieg**

Europa und die Expansion des Islam

Der Volltreffer auf das mit einem eigenen Raketenabwehrsystem geschützte Pentagon am 11. September 2001 sowie der asymmetrische Krieg in Israel und nunmehr im Irak haben zu einem Erstarken des islamistischen Bewußtseins in der Umma geführt.

Die Moslems zwischen Mindanao, den islamischen Provinzen Thailands, Taschkent, Casablanca und Europa glauben heute mehr denn je, daß der Friedensbegriff des Islam in einem endzeitlichen Dschihad global verwirklicht werden kann. Sie verkörpern damit eine außerordentliche Gefahr nicht nur für die in ihren Augen besonders verachtungswürdigen USA, sondern für den gesamten christlich geprägten abendländischen Kulturkreis.

Mit dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 wurde eine neue weltpolitische Ära eingeleitet: die Neuordnung des Nahen Ostens unter dem Banner der Demokratie, ganz im Sinne des US-Vizeaußenministers Wolfowitz.

Nicht nur für ihn ist der Irak der erste Dominostein auf dem Wege dieser Neuordnung. Auch unsere deutschen Deutungseliten hoffen, daß ein islamisches Land zur Demokratie finden kann, etwas, was in Europa weder im Kosovo noch in Bosnien gelungen ist. In Wirklichkeit ist ein stabiler, demokratischer Irak ebenso unwahrscheinlich wie ein demokratisches Afghanistan, ein Land, in dem der amtierende Präsident Karsai kaum seinen eigenen Palast unter Kontrolle hat und durch US-Leibwächter geschützt werden muß.

Die Welt-Unordnung wird sich nach dem absehbaren amerikanischen Rückzug aus dem Irak dann erheblich verstärken, wenn es, was zu vermuten ist, den Amerikanern nicht gelingen sollte, unter Respektierung der Traditionen und Realitäten eines islamischen Landes Ordnung und Frieden zu hinterlassen.

Ein solcher US-Rückzug würde nicht nur den gesamten Nahen Osten destabilisieren, sondern auch eine Reihe wackliger Systeme in anderen islamischen Staaten hinwegfegen und die Bedrohungslage für den Vorposten des Westens, nämlich Israel, bedrückend verschärfen. Darüber hinaus wären Auswirkungen auf die der NATO feindlich gesinnte, sowjetisch geprägte militärische Nomenklatura Rußlands absehbar, aus deren Sicht die Umzingelung durch die USA im "Unterleib" der ehemaligen Sowjetunion bzw. im Kaukasus auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

Der durch den nicht lösbaren Konflikt in Israel bzw. Palästina angefachte und durch den Irak-Krieg enorm verstärkte Haß gegen die westliche Welt wirkt bis in die islamischen Parallelgesellschaften Europas.

Unser Kontinent ist bereits voll in diesen Sog von Gewalt, Terror und Krieg einbezogen, einhergehend mit einer anschwellenden Welle von Antiamerikanismus und von nachweislich wachsendem Antisemitismus, so wie das nicht nur in den Trabantenstädten Frankreichs beobachtet werden kann, sondern auch in der muslimischen Parallelgesellschaft Deutschlands.

Spätestens nach dem Anschlag von Madrid sollte die neue Bedrohungslage eigentlich allen Europäern bewußt sein. Doch zumindest viele Politiker stecken noch immer den Kopf in den Sand. Bezeichnend dafür ist, daß die EU klammheimlich eine durch das renommierte Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin erarbeitete Studie über den Antisemitismus in Europa umschreiben lassen wollte. "Die EU hat die Studie begraben, aus Angst vor einem Bürgerkrieg", sagte der Soziologe Prof. Werner Bergmann, unter dessen Leitung die Schrift entstanden war.

Diese Studie, so die britische Financial Times, sollte zurückgehalten werden, weil erkennbar ist, "daß hinter den zunehmenden antisemitischen Erscheinungen Moslems und pro-palästinensische Organisationen stehen".

Nicht ganz unrecht hat der französische Philosoph Alain Finkielkraut, der seit längerem einen linken, progressiven "anti-faschistischen Antisemitismus" im Namen der Menschenrechte beobachtet, der Israel im Kampf mit den Palästinensern die Rolle der Nazis überstülpt.

Die Vereinigten Staaten haben registriert, daß sie sich in einer globalen Auseinandersetzung befinden. Europas und insbesondere Deutschlands Deutungseliten verdrängen bzw. tabuisieren das, obwohl auch wir uns schon länger in einer Vorstufe dieses Konflikts befinden. Aus Deutschland kommende Muslime sind bei Kämpfen in Tschetschenien gefallen, in einer hiesigen Moschee gab es donnernden Beifall für eine ihren Märtyrermann preisende Ehefrau, die hofft, daß ihr Sohn den gleichen Weg gehen wird, und unter den Mordgesellen von Istanbul befand sich ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Türke.

Mehrere Tausend von unseren Sicherheitsbehörden als akut gewaltbereit eingestufte Muslime leben in Deutschland in einem unbekanntem Heer von Sympathisanten und in durch Gruppenzwang geprägten Kollektiven.

Dennoch verhindern die politisch Verantwortlichen, diejenigen Extremisten, die Terroranschläge befürworten, für Terrororganisationen werben oder Terror vorbereiten, in ihre Heimatländer abzuschieben.

Es gibt kein Warnsystem über asymmetrische Gefahrenlagen. Es gibt auch keine Pläne für die Harmonisierung von Zivil- und Katastrophenschutz. Desgleichen existiert kein übergeordnetes Verteidigungskonzept, das die Polizei, den Grenzschutz, den Katastrophenschutz, die Bundeswehr und die Nachrichtendienste einbindet.

Statt dessen gibt es Pläne und Durchführungsmaßnahmen, die Ressourcen für die schon von den Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigten Streitkräfte schwerpunktmäßig für militärische Expeditionsaufträge zu verwenden, die Wehrpflicht möglicherweise aufzugeben, das Heer zu verkleinern und das für den Schutz von zivilen und militärischen Objekten (und für neu zu bildende regionale Krisenreaktionskräfte) so notwendige Reservistenpotential zu verringern.

Noch wäre es möglich, derartige Fehlentwicklungen zu stoppen. Doch es eilt, denn bereits in sechs Jahren sind verschiedene Großstädte, vor allem in Nordrhein-Westfalen, bei der Altersgruppe der 20-40jährigen nicht mehr "in deutscher Hand", ab 2050 ist der Islam dann der Statistik zufolge sogar zur stärksten religiös-politischen Kraft geworden. Dann können sich die wenigen Nachkommen der deutschen Stammbevölkerung nur noch die Frage stellen, die Soltschenizyn in seinem berühmten Fastenbrief aufwarf, als er den Absturz der europäischen Brudervölker in den Ersten Weltkrieg betrachtete: "Wie konnte es so kommen?"

Das ethnisch-religiöse Überfremdungsproblem betrifft weite Teile Europas, wobei allerdings die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten - abgesehen vielleicht von Slowenien -

nicht direkt betroffen sind.

Europa zählt heute insgesamt 750 Millionen Einwohner. Von diesen sind 269 Millionen Katholiken, 171 Millionen Orthodoxe, 79 Millionen Protestanten und 52 Millionen Muslime. 151 Millionen gehören keiner religiösen Orientierung an. Da die Muslime jährlich um 6,5 Prozent zunehmen, werden sie voraussichtlich 2014 nach den Katholiken die zweitstärkste religiöse Gruppe auf dem Kontinent sein.

Das Reich Allahs ist identisch mit der politischen Ausdehnung des Islam und der Gültigkeit der Scharia. Gebiet, das einmal islamisch war, kann nach islamischer Lehre nie wieder de-islamisiert werden. So sind in der Theologie der Muslime auch Spanien oder der Balkan "waqf", islamische Territorien.

Niemand auf dem Balkan wünscht sich eine Rückkehr der Osmanenherrschaft, wohingegen beispielsweise die Bewohner des Trentino und Triests den vergangenen Zeiten der Habsburgerherrschaft nachtrauern.

Insbesondere in Bosnien (aber auch in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien) helfen die westlichen Staaten mit Haus- und Straßenbau, während islamische Staaten Moscheen errichten.

Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.

Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.

Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".

Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.

Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<

Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Juni 2004 (x887/...):

#### >>Die Saat einer falschen Politik

Schatten von Multikulti: Berlin in Angst vor dem Islamismus

Der neue Berliner Verfassungsschutzbericht ist rund 300 Seiten dick. Er wurde zwei Monate später veröffentlicht als gewöhnlich. Denn diesmal stehen die Aktivitäten der Islamisten in der Hauptstadt im Mittelpunkt. Und diese sind - wie schon der Autor Udo Ulfkotte anlässlich seines Buches "Der Krieg in unseren Städten" erleben mußte - in der Lage, eine enorme juristische Streitmacht in Gang zu setzen. Also empfahl sich besondere Sorgfalt bei der Arbeit.

In Berlin leben rund 200.000 Muslime. Unter ihnen werden rund 3.700 Personen zu den Islamisten gezählt. Die meisten von ihnen sind Türken, gefolgt von Arabern. Zu ihren wichtigsten Organisationen gehören die islamische Gemeinschaft Milli Görüs, der verbotene Kalifatsstaat, die Muslimbruderschaft oder die "Partei Gottes", Hisbollah.

Den Gruppen wird unter anderem im Verfassungsschutzbericht vorgeworfen, Organisations- und Betätigungsverbote zu unterlaufen, Judenfeindlichkeit zu propagieren und Anschlagpläne gegen jüdische Einrichtungen zu hegen. Manches klingt vage, was liberale Kritiker zu dem Vorwurf veranlaßte, hier werde ein "Kampf der Kulturen" betrieben.

Um was es aber geht, ist das Unbehagen am Islamismus als "eines der zentralen Probleme", wie Innensenator Ehrhart Körting (SPD) erklärte. Gemeint sind die Bestrebungen, eine islamische Gegengesellschaft zu etablieren, und die schleichende Veränderung der öffentlichen Atmosphäre.

Der massive Ausbau von Moscheen weckt genauso Furcht wie körperliche Angriffe auf Juden, die durch Davidstern, Kipa oder orthodoxe Kleidung als solche kenntlich sind. Sie finden nicht nur in Neukölln statt, wo ganze Straßenzüge fest in arabischer und türkischer Hand sind, sondern auch auf dem Kurfürstendamm. Die Täter sind fast immer arabische oder türkische Jugendliche. Obwohl ein direkter Zusammenhang mit der Indoktrination durch islamistische Organisationen selten nachweisbar ist, liegt er doch auf der Hand.

Der Verfassungsschutzbericht spiegelt damit die Folgen einer verfehlten Zuwanderungs- und Asylpolitik wider. Die jungen Muslime in Berlin, zumeist einfachen Familien entstammend, sind zu 40 Prozent arbeitslos, ein Drittel verfügt nicht einmal über den Hauptschulabschluß. Hinzu kommen mangelnde Sprachkenntnisse. Alles Gerede von Integration erscheint vor diesem Hintergrund lächerlich.

Längst hat sich eine Unterschicht etabliert, die vom deutschen Staat nicht mehr erreicht wird, dafür aber von islamistischen Organisationen. Diese bieten, laut der Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, eine "soziale Rundumbetreuung" an, die sogar Frauengruppen und Kindergärten umfaßt. Pompöse Moscheen, die sich über geltende Bauvorschriften hinwegsetzen, und ein zurückweichender Staat komplettieren das Bild eines veränderten Kräfteverhältnisses.

Die Bemerkungen der Verfassungsschützer zum "Rechtsextremismus" sind eher eine Pflichtübung. Hierzu werden sowohl bekennende Neonazis gezählt, die sich in Kameradschaften zusammenfinden, als auch Parteimitglieder der Republikaner, der NPD und DVU. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten beträgt 944 und ist zum Vorjahr unverändert geblieben. Davon sind 71 Prozent lediglich Propagandadelikte, also das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole, Hakenkreuzschmierereien und ähnliches. Wobei nicht unterschieden wird zwischen tatsächlichen politischen Bekenntnissen und Dummen-Jungen-Streichen.

Linksextremisten befinden sich da in einer komfortablen Situation. Ihr Roter Stern, unter dem nicht weniger Menschen gestorben sind als unter dem Hakenkreuz, wird an den sowjetischen Ehrenmälern sogar noch durch Steuergelder erhalten.

Die Zahl der "rechten Gewalttaten" ist von 52 auf 70 gestiegen. Dazu zählen vor allem Übergriffe auf Ausländer. Wobei unklar bleibt, wie viele davon tatsächlich politisch oder rassistisch motiviert waren. Umgekehrt wäre es interessant zu erfahren, wie viele Deutsche von Ausländern verprügelt wurden, und aus welchen Gründen, aus Deutschenhaß etwa. Das Risiko eines Deutschen, Opfer von Ausländerkriminalität zu werden, ist schließlich mehrfach so hoch wie umgekehrt. Kürzlich wurde sogar ein Blinder in einer Neuköllner U-Bahnstation von jugendlichen Arabern verprügelt. Aber solche Fragestellungen würden den Rahmen des politisch Erlaubten und Erwünschten sprengen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juli 2004 (x887/...):  
>>**Muttersprache - ein "nationales Kulturgut"**

Wirtschaft, Politik, Medien, Verwaltung, Wissenschaft, auch die Kirchen in Deutschland sind ganz offensichtlich nicht in der Lage oder, was noch schlimmer wäre, nicht bereit, die deutsche Sprache als Grundlage der kulturellen Identität unseres Landes zu schützen und zu bewahren.

"Ohne Englischkenntnisse kann man sich auf dem Bahnhof, dem Postamt, in Einkaufstraßen bald gar nicht mehr zurechtfinden", hört man aus dem Verein Deutsche Sprache (VDS), der sich als Bürgerinitiative verdienstvollerweise dieser Problematik angenommen hat.

VDS-Vorsitzender Professor Walter Krämer stellte fest, dabei handele es sich nicht nur um ein kulturelles Problem mit großen wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern auch um ein soziales. Bürger, die aus den verschiedensten Gründen Englisch nicht hinreichend oder gar nicht verstünden, würden bei der Teilnahme am geschäftlichen und gesellschaftlichen Leben behindert oder gar ausgeschlossen.

Als unlängst der Begriff "Facility Manager" - was nahe liegt - gar nicht und wenn, dann falsch, als "Hausmeister" verstanden wurde, erregte sich Professor Michael Bosch, das sei "Ehrverletzung" und habe seinem wissenschaftlichen Anliegen schweren Schaden zugefügt. Tatsächlich sei "Facility Manager" ein Studiengang an einer Fachhochschule.

Aus dem VDS hieß es dazu knapp und treffend: "Wer Nebelkerzen wirft, darf sich nicht wundern, wenn seine Mitmenschen den Durchblick verlieren." Eine klare muttersprachliche Bezeichnung hätte Mißverständnisse und seitenlange Erklärungen überflüssig gemacht.

Tatsache ist, daß sogenannte "Consultants" - also Unternehmensberater - viel, sehr viel Geld damit verdienen, daß sie Unternehmen dazu bringen, sich am Markt durch Vortäuschung von Internationalität und Modernität insbesondere bei der Jugend anzubiedern. Verbraucher sollen mit anglizistischem Wortgeklingel zu einem bestimmten Kaufverhalten genötigt werden, eine Methode, die nicht weit entfernt ist von der Manipulation, mit denen im politischen Bereich totalitäre Ideologien ihre Weltanschauungen den Menschen aufnötigen.

Wenn sogar im kirchlichen Bereich die Jugend als "Generation under the cross" angesprochen wird, bleibt eigentlich nur Kopfschütteln und die Anmerkung, daß sich Martin Luther im Grabe herumdrehen würde.

Was also muß geschehen, um in Deutschland dieser Zerstörung seiner kulturellen Identität entgegenzutreten? Appelle und Einsichten genügen offensichtlich nicht mehr. Sind doch mehr als drei Jahre vergangen, seit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) zum gesellschaftlichen Widerstand gegen die "Sprachverhuzung" aufrief und feststellte: "Was an sprachlich-moralischer Verlüderung stattfindet, ist immer schwerer zu ertragen." Seine grüne Stellvertreterin Antje Vollmer beklagte damals, daß "schrille, modische und expertenlastige Anglizismen" ohne Not "viele Menschen von der Verständigung ausschließen".

Der damalige FDP-Chef Wolfgang Gerhardt kritisierte die "Flut von Anglizismen" in den Medien, der Werbung oder der Produktbeschreibung. Eberhard Diepgen von der CDU, seinerzeit noch Regierender Bürgermeister von Berlin, plädierte für "kulturellen Verbraucherschutz", und sein Innensenator und Parteifreund Eckart Werthebach kam ebenso konkret zur Sache wie Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmaier von der CSU: Beide forderten gesetzlichen Schutz für die deutsche Sprache durch ein Sprachschutzgesetz, "wie es bereits in Frankreich existiert".

Damit steht fest: Politiker aus allen Parteien haben vor Jahren das Problem erkannt, aber geschehen ist nichts, und Deutsche werden weiterhin in ihrem eigenen Land zu sprachlichen Fremden gemacht. Statt dessen veranstalten die für die Sprache zuständigen Kultusminister im Verein mit dem Bundesminister für Bildung und Erziehung einen "Girls Day" zur Einführung deutscher Mädchen in den Berufsalltag, und die grüne Frau Bundesministerin Renate Künast verbraucht ihre Arbeitszeit mit dem Start eines "biofood projects" für die deutsche Jugend. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sprach in seiner letzten Regierungserklä-

rung von "Cluster-Bildung", "Benchmarking" und "Know-how".

Selten genug mahnen Abgeordnete in Bund und Ländern die Vermeidung von Anglizismen an, und noch seltener finden sie dabei in den Medien Unterstützung. Im Gegenteil, sie ernten mokante und dümmlich-arrogante Kommentare. Eine lobenswerte Ausnahme ist die Stuttgarter Zeitung, die bewußt Anglizismen vermeidet, ohne in übertriebenen Purismus zu verfallen. Andere europäische Sprachen sind zudem ähnlicher Pidginisierung ausgesetzt wie die deutsche, allerdings nicht in dem Ausmaß.

Unsere westlichen und östlichen Nachbarländer Frankreich und Polen und anderen haben sich schon vor einiger Zeit Gesetze zum Schutz ihrer Sprachen gegeben, die sich zwar nicht als Allheilmittel, aber doch als stabile Eckpfeiler zum Schutz ihrer Landessprachen erweisen.

In Deutschland besteht angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren - auch mit Blick auf die mißlungene Rechtschreibreform - keine wirkliche Verantwortungsbereitschaft von Politik und Wirtschaft für den Schutz der deutschen Sprache, so daß ein Bundesgesetz über die deutsche Sprache unumgänglich geworden ist.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2004 (x887/...): >>>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.

Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst'."<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.06.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x281/79) = Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, Seite 79.

x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

## Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x882	<a href="http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/">http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/</a> - Dezember 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x938	<a href="http://www.gottliebuns.com/round_table_cfr_3.htm">http://www.gottliebuns.com/round_table_cfr_3.htm</a> - Juli 2019